

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



24. Juli 1987
Jg. 8 Nr. 15

G 7756 D

Preis:
2,50



„Abi-Deform“: Die Reaktion will Konkurrenz und Auslese an den Gymnasien verstärken
Seite 10



Sowjetunion: Welche Interessen verfolgen die Reformen der Wirtschaftsverwaltung?
Seite 12



Müttermanifest in der Partei der Grünen: Mutter als Qualifikation oder „die wahre frauliche Menschlichkeit“
Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/21 1658.
Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

von Weizsäcker in der SU: Revanchistischer Übermut gedämpft: SU fordert Auslieferung von Kriegsverbrechern, warnt vor Provokationen in Westberlin 4

US-Arbeitsicherheit: 128000 tödliche Arbeitsunfälle – keine Gefängnisstrafe 7

Politische Gefangene: Zunehmende Verfolgung der Angehörigengruppe 7

Brasilianisch-argentinische Autolatina: VW-Ford-Fusion gegen die Gewerkschaften, die Regierungen und die Konkurrenz 8
VW: Mit der Autolatina zu noch größerer Expansion 9

„Abi-Deform“: Die Reaktion will die Konkurrenz und Auslese an den Gymnasien verstärken 10
Dokumentiert: KMK-Positionen zur Reform der gymnasialen Oberstufe 11

Auslandsberichterstattung

Sowjetunion: Welche Interessen verfolgen die Reformen der Wirtschaftsverwaltung? 12

Türkei: Die Lage der Gefangenen wird erneut schlechter 13

Schweiz: Flüchtlingsbehörde will Tamilen ausweisen 14

Asylpolitik: Europaweite Harmonisierung steht bevor 14

Haiti: Breites Bündnis gegen Militärregierung 15

USA: Kampf gegen Apartheid in einer neuen Phase 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
BDI zur EG-Reform: „Basis für Fortschritte“ 18
Gewerkschaftsjahrbuch 1987 18
Das Ende des Nuklearzeitalters 18
Eine Hilfe für die Bekämpfung des deutschen Imperialismus 19

Grünes Müttermanifest: Mutter als Qualifikation oder „die wahre frauliche Menschlichkeit“ 19

Junge Union-Forderungen „gegen Arbeitslosigkeit“

Die Junge Union hat der Bundesregierung vorgeworfen, kein ausreichendes Konzept „im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ zu haben. Ihr Vorsitzender Christoph Böhr äußerte im Kölner Express vom 14.7., daß Angriffe auf die verschiedensten tariflichen Standards wünschenswert seien, um den Kapitalisten den Ankauf neuer Arbeitskräfte schmackhaft zu machen. Böhr trat für eine „Wende am Arbeitsmarkt“ ein. Im einzelnen forderte er:

– Einführung des Vorruhestands im Öffentlichen Dienst und zugleich Verlängerung für alle Bereiche über 1991 hinaus.

– Ab dem 55. Lebensjahr zahlen Staat und Rentenversicherung Teilrente, wenn jemand freiwillig statt ganztags nur noch halbtags arbeitet.

– Jeder, der länger als 18 Monate arbeitslos ist, kann zum halben Tarif eingestellt werden. Zwei Jahre lang zahlt der Staat einen 50-prozentigen Lohnkostenzuschuß, wenn der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung garantiert.

– Lohnkostenzuschuß von 75 Prozent für alle ab 50 Jahre, die länger als 18 Monate arbeitslos waren, bis zum Erreichen der Vorruhestandsgrenze.

Diese Maßnahmen muß die Bundesregierung schon jetzt bei der Planung von Renten- und Steuerreform berücksichtigen.“

Wovon viele Kapitalisten (noch) gar nicht zu träumen wagen – die Junge Union erhebt's zu ihrem Programm. – (uga)

Honecker-Besuch: BRD-Anmaßungen

Kaum hat die Bundesregierung zeitgleich mit der Regierung der DDR bekanntgegeben, daß der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker vom 7. bis 10. September in die BRD kommen wird, da beginnen Regierung und Reaktionäre schon mit der Vorbereitung von Provokationen gegen die DDR und mit anmaßenden Forderungen. Die „Welt“ regt sich darüber auf, daß der DDR-Staatsratsvorsitzende protokollarisch im Kanzleramt empfangen wird. 1984 sei nur ein Treffen mit Kohl in Kreuznach geplant gewesen, bemäht sie und verlangt, die Bundesregierung müsse dem DDR-Staatsratsvorsitzenden mit ebensolchen Zumutungen kommen, wie sie sich von Weizsäcker bei seinem Besuch in der Sowjetunion geleistet hat: „Wer die innerdeutschen Beziehungen pflegen will . . ., kommt an Kontakten mit jenen, die drüben die Macht ausüben, auch auf hoher Ebene nicht vorbei. Doch daraus darf niemals Kameraderie werden, die Gegensätze verniedlicht. Richard von Weizsäcker hat in Moskau bewiesen, wie man Diplomatie mit Würde vereint. Darauf wird es beim Honecker-Besuch auch ankommen.“ In einem

Kommentar wünscht sich das Blatt Demonstrationen gegen den Besucher und daß „einige Menschen Schilder hochhalten, auf denen der Abriß der Mauer und Freiheit und Selbstbestimmung für die Menschen in Mitteldeutschland gefordert werden.“ CDU/CSU-Fraktionschef Dregger unterstützt solche revanchistischen Auftritte. In „Bild“ forderte er als „Zeichen guten Willens, daß der Schießbefehl aufgehoben wird.“ Von SPD-Vogel kam erneut Hilfestellung für solche Anmaßungen.



Es gehe darum, „die Mauer durchlässiger zu machen“, teilte er als SPD-Parteivorstandswunsch zum Honecker-Besuch mit. Anerkennung der DDR, Auflösung der Erfassungstelle in Salzgitter? Dem Revanchismus dieser Regierung tritt in den Parlamentsparteien zur Zeit niemand entgegen. – (rül)

Rechtlosigkeit von Ausländern ewiger Verfassungswert

Das Bundesinnenministerium hat die in Hamburg getroffene Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und FDP, ein kommunales Wahlrecht für Ausländer einführen zu wollen, schroff angegriffen. Obwohl bisher nicht ausgeschlossen ist, daß SPD und FDP lediglich Ausländern aus EG-Ländern das kommunale Wahlrecht zugestehen wollen, und obwohl beide Parteien betonen, daß die Hamburger Bezirksversammlungen nur geringfügige Kompetenzen haben und der Senat wichtige kommunale Entscheidungen an sich ziehen kann, fährt Zimmermann schweres Geschütz auf. In einem Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“ vom 15.7. sagte er: „Die Ausübung der Staatsgewalt in Wahlen ist nach Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes dem ‚Volk‘ vorbehalten. Das bedeutet, daß das Wahlrecht beschränkt ist auf das ‚Staatsvolk‘ als der Gemeinschaft der deutschen Staatsangehörigen . . .“ Auf die Frage nach einer möglichen Verfassungsänderung erklärt er die völlige Entrechtung der Arbeiterbevölkerung

ausländischer Nationalität zum unveränderbaren Verfassungsgrundsatz: „Eine Verfassungsänderung wäre schwierig, denn nach Artikel 79, Absatz 3 des Grundgesetzes können die elementaren Grundstrukturen und Grundsätze der geltenden Verfassung nicht in ihrem Wesen geändert werden. Ein solch elementarer Grundsatz dürfte sicher darin liegen, ob in der Bundesrepublik Deutschland das aktive und passive Wahlrecht nur den Deutschen oder auch allen in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern zu steht.“ Das Bundesinnenministerium und die Hamburger CDU haben eine Verfassungsklage angedroht. – Viele FDP-Politiker haben in der Vergangenheit dieselben Auffassungen vertreten wie Zimmermann. Auch die SPD hatte in Hamburg mehrere GAL-Anträge für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer mit „verfassungsrechtlichen Bedenken“ abgelehnt. Auch jetzt spricht sie von „verfassungsrechtlichen Risiken“. Suchen SPD, FDP und CDU den „Kompromiß“ einer EG-einheitlichen „Lösung“, die den Großteil der Arbeiterbevölkerung ausländischer Nationalität von jeglichem Wahlrecht ausschließen soll? – (scc)

Wenig Anhaltspunkte gegen die Reaktion in DGB-Jugendstudie

Angesichts der „angespannten Arbeitsmarktlage“ entdecken Reaktionäre in letzter Zeit wieder „gestiegenen Handlungsbedarf“. Neue Vorstöße gegenüber Jugendlichen kündigte z.B. FDP-MdB Thomae an in einer Bundestagsaussprache zum Berufsbildungsbericht des Bundesbildungsministers an; „Beschäftigungshemmnisse“ in diesem Bereich seien zu beseitigen, womit er offen eine weitere Aushöhlung des Jugendarbeitsschutzes propagiert.

Wenig Anhaltspunkte zur Kritik an solchen reaktionären Vorstößen bietet ein im Auftrag der Hans-Böckler-Stif-

tung von H. Budde und K. Klemm erstelltes Gutachten „Jugend – Ausbildung – Arbeit“, das im Juni veröffentlicht wurde. Im Vorwort stellt Ilse Bruns, Mitglied des DGB-Bundesvorstands, fest: „Jugendliche Arbeitslosigkeit bleibt ein vorrangiges gesellschaftspolitisches Thema.“ In dem Gutachten wird die Auffassung geäußert, daß die Jugend keine „Null-Bock-Generation“, sondern durchaus zum Anpacken bereit sei. Diese Argumentation verschiebt das Problem zu sehr von den Bedingungen in der Ausbildung, die zu einer „Null-Bock-Haltung“ führen, darauf, daß nicht jeder Jugendliche einen Ausbeuter findet. Unterstrichen wird dies durch ein Umfrageergebnis, wonach 73% der 18-25jährigen Staatsmittel – angenommen, sie könnten darüber verfügen – vorrangig für die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgeben würden. „Dieses ... unterstreicht, daß die Möglichkeit, erwerbstätig zu werden bzw. zu bleiben, bei den Jugendlichen ... allerhöchstes Gewicht hat. In die gleiche Richtung weisen erste Ergebnisse eines Forschungsprojektes des Bundesinstituts für Berufsbildung(.) ... die belegen, daß für 92% der in Berlin befragten Jugendlichen in Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) Arbeit einen wesentlichen Bestandteil des Lebens bildet.“ Ein wichtiger Grund für diese Haltung, der materielle Zwang zur Lohnarbeit, um „von der Tasche“ der Eltern zu sein, wird dabei unterbewertet, und so handelt der größte Teil des Gutachtens von der Notwendigkeit einer erhöhten Anzahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, wobei selten auch Ansprüche an deren Qualität formuliert werden. Nützlich als Arbeitsgrundlage zum Thema ist das Gutachten dennoch aufgrund des darin reichhaltig vorhandenen statistischen Materials, das Aufschluß über die veränderte Situation Jugendlicher in Ausbildung und Arbeit und deren Befinden dazu gibt. – (uga)

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Bayerisches Hochschulgesetz: Hochschulen – Selbstbedienungsläden für die Konzerne 22

FAP-Terror: Polizei ermittelt gegen türkische Jugendliche 22

Sozialhilfe: Arbeitslose umsonst für Bauunternehmen 23

§ 129 StGB: Duisburg: Anklage wegen „RAF-Mitgliedschaft“ erhoben 23

Aids-Kongreß der Grünen: Verhaltensvorschriften und Tips – kaum Kritik an der Politik der Reaktion 24

Hausbesetzungen: Abriß trotz gerichtlicher Verfügung 25

Hamburg: Totalverweigerer zu zehn Monaten verurteilt 25

Lokalradio: Gespräch mit einer Vertreterin von Radio Dreyeckland 26
Auswirkungen des BVG-Urteils auf RDL 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Niedersachsen: Kindertagesstätten-gesetz: Diskussion der Forderungen ist notwendig 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

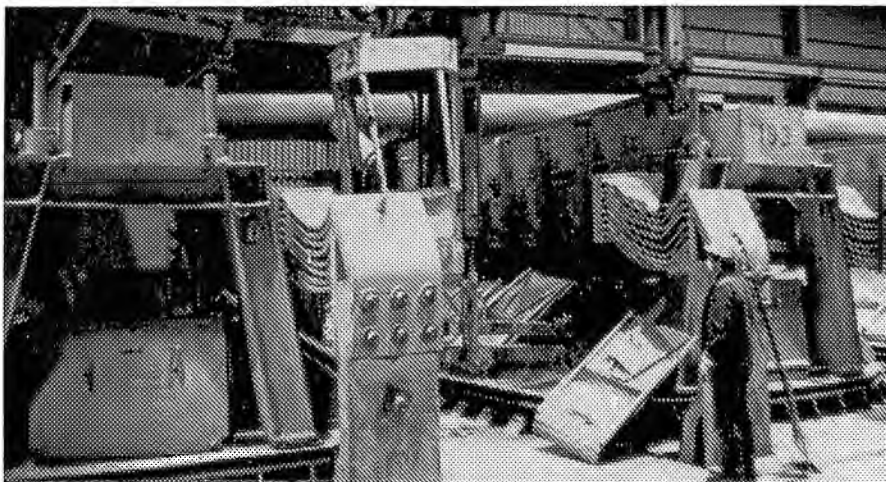
Nazi-Kunst: Wer wagt's als erster: Nazi-Schinken ins Museum? 30

Literatur über die VR China: Zu den Umwälzungen seit der Kulturrevolution 31

Spezialberichte

Rentenreform: Reaktionäre sind sich einig, ob „Grundrente“ oder „Rente flexibel“: Arbeitskraft muß billig und willig zu haben sein . . . 34
CDU entdeckt ihr Herz für „Trümmerfrauen“. Senator Fink fordert Ausgleichszulage 37

Titelbild: Foto, mas, HH



Am 18.7. wurde folgender Tarifaßschluß für die chemische Industrie beschlossen: Erhöhung der Löhne und Gehälter 1987 um 3,8%, 1988 um 2,5 und 1989 um 2,0%; Einführung des Entgelttarifvertrages 1988; Verkürzung der Arbeitszeit 1989 um eine Stunde auf 39 Stunden pro Woche, für über 58jährige auf 35 Stunden (bisher 36), Verlängerung des MTV bis Ende 1991. – (gea)

von Weizsäcker in der SU

Revanchistischer Übermut gedämpft: SU fordert Auslieferung von Kriegsverbrechern, warnt vor Provokationen in Westberlin

Irgendwie muß sich in Kreisen der Bundesregierung und westdeutscher Kapitalisten vor Beginn der Reise von Weizsäcker in die Sowjetunion der Eindruck verfestigt haben, der Zeitpunkt sei günstig, um sowohl geschäftliche Abschlüsse mit der Sowjetunion zu vorteilhaften Bedingungen anzubahnen, wie auch politische Provokationen, revanchistische Anmaßungen gegenüber den Staaten Osteuropas und der Sowjetunion wagen zu können. Die sowjetische Regierung werde sehr zurückhaltend reagieren – aus Sorge um den erfolgreichen Abschluß der Abrüstungsverhandlungen wie um die guten Beziehungen zum Westen überhaupt. Meinte man.

SPD-Vorsitzender Vogel trug dazu bei, indem er dem Bundespräsident „Erfolg und eine glückliche Hand“ bei seinem Versuch wünschte, „den Gedanken einer systemöffnenden Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit Leben zu füllen.“ Vogel bezog sich dabei auf den umstrittenen Auftritt von Weizsäcker vor der Harvard-Universität in den USA, bei dem dieser eine „systemöffnende Zusammenarbeit“, d.h. die Untergrabung der planwirtschaftlichen Ordnung der Staaten des RGW propagiert und diese Staaten zur Aufgabe jeder Gegenwehr gegen imperialistische Subversionsversuche aufgerufen hatte: „Der Gedanke der Koexistenz als Klassenkampf ist antiquiert und reaktionär.“ Vogel dazu: „Wir Sozialdemokraten können das Wort für Wort unterschreiben.“

So ermuntert, wußte die „Welt“ schon vor der Reise, „daß Richard von Weizsäcker gegenüber seinen sowjetischen Gesprächspartnern die nationalen Interessen konsequent vertreten und ... kein noch so heikles Thema aussparen wird.“ Die „FAZ“ beschrieb, wie dies z.B. geschehen werde: „Gut ist es, daß der Bundespräsident sich um die Deutschen in der Sowjetunion kümmert und daß er auf einem Soldatenfriedhof auch der deutschen Opfer des Kriegs gedenken will. Beides steht dem Oberhaupt eines deutschen Staates gut an.“ Vor allem in der Sowjetunion, in der etwa 20 Millionen Menschen von der faschistischen Wehrmacht auf bestialische Weise niedergemetzelt wurden! Und vor allem einem ehemaligen adeligen Offizier dieser faschistischen Wehrmacht wie von Weizsäcker, der, wie die bürgerliche Presse während des Besuchs in Leningrad ausführlich schilderte, als Oberleutnant an der furchtbaren Einschließung der Stadt persönlich teilgenommen hat!

Gleich am 6.7. hielt von Weizsäcker vor Gromyko eine Rede, in der er „Unrecht“ und „Gewalt“ am „deutschen Volk“ beklagte und den antifaschistischen Befreiungskampf der Sowjetunion und der Völker Osteuropas auf eine Stufe mit den Greueln der faschistischen Wehrmacht stellte: „Am Ende haben wir Deutschen selbst bitter erfahren müssen, wie Unrecht und Gewalt auf das eigene Volk zurückgeschlagen und was Tod, Zerstörung und Vertreibung aus der angestammten Heimat bedeuten. Die schweren Erfah-

rungen des Krieges mit seinen grausamen Ausschreitungen sind auf keiner Seite vergessen.“ Daran schloß sich die Forderung an, die SU möge sich imperialistischen Monopolen weiter öffnen. Die von der SU erklärte Bereitschaft zu „Gemischten Unternehmen“ (joint ventures), die für den Export produzieren, reiche nicht aus. Nötig sei vielmehr, daß diese auch auf dem sowjetischen Binnenmarkt verkaufen dürften: „Solche Betriebe werden zu gemeinsamen Exportleistungen auf dritten Märkten vor allem dann befähigt sein, wenn sie vorher die Chance haben, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf einem Binnenmarkt zu erproben. Preismechanismus und Währungspolitik, Finanz- und Kreditsystem werden maßgebliche Vorbedingungen für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu schaffen haben.“ Nötig sei außerdem ein Investitionsschutzabkommen. Dann der Hinweis auf die „feste und zuverlässige Mitgliedschaft (der BRD) im Atlantischen Bündnis“, die man „wie bisher nutzen (werde), um der Abrüstung voranzuhelfen“. Dann die Aufforderung zum Abzug aus Afghanistan. Darauf die Klage über angebliches Leid der Rußlanddeutschen und die anmaßende Behauptung, auch diese gehörten zur großen deutschen „Familie“: „Wir sind dankbar für jeden Schritt, der es den Sowjetbürgern deutscher Nationalität ... ermöglicht und erleichtert, ihre Sprache und Kultur zu pflegen. Wir hoffen, daß Ihre Regierung auch in der Frage der Ausreisen zu Familien in der Bundesrepublik

Kampagne gegen HIV-infizierten Pfleger

Die Braunschweiger Stadtverwaltung versucht mit allen Mitteln, einen HIV-infizierten Krankenpfleger, der in der städtischen Klinik angestellt ist, zu isolieren und womöglich zu kündigen. Vor einem Jahr war bei dem Krankenpfleger nach einem Unfall ohne sein Wissen ein Aids-Test vorgenommen und das positive Ergebnis nicht dem Betroffenen, sondern stattdessen dem Leiter der zentralen Pflegedienstleitung mitgeteilt worden. Als der Pfleger nach längerer Krankheit seine Arbeit wieder aufnehmen wollte, „riet“ ihm der Dienstherr zuerst, sich weiter krankschreiben zu lassen. Dann versuchte er, ihn in die Telefonzentrale abzuschieben. Der angebliche Versuch, ihn in eine andere Abteilung zu versetzen, soll dann angeblich am Widerstand des Ärzte- und Pflegepersonals gescheitert sein – so oder so hatte die Kampagne

zur Isolierung des Infizierten Auswirkungen. Anfang Juli stellte die Stadt unter fadenscheinigen Vorwänden – der Pfleger hatte eine dritte Untersuchung durch die Betriebsärztin abgelehnt – die Gehaltszahlungen ein, erst nach Eingreifen der ÖTV zahlte sie weiter. Doch der Pfleger ist nach wie vor beurlaubt. – (scc)

Herborn: Keine Schäden für die Kapitalisten

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Tankwagenunglück in Herborn? Am 14.7. tagte der „Gefahrgut-Verkehrs-Beirat“ des Bundesverkehrsministeriums. Hinterher verkündete Minister Warnke: man werde mehr Ortskerne für Gefahrguttransporte sperren. Man werde mehr Ortsumgehungen bauen. Man prüfe Möglichkeiten, gefährliche Transporte auf die Schiene zu locken. Man habe über kipplichere Tankfahrzeuge beraten. Man werde die Fahrerkontrollen ver-

stärken. Also: Aufträge für die Bauwirtschaft, Kostensenkungen im Ferntransport, mehr Polizeischikanen gegen die Fahrer. Die Kapitalisten, die die Fahrer mit äußerst knappen Fahrtzeitvorgaben zu riskantem Fahren und Arbeitszeiten bis zu 20 Stunden antreiben, die damit die Gesundheit der Fahrer ruinieren und für Unfälle wie in Herborn verantwortlich sind, kostet das nichts. Opfer sind weiter die Fahrer – und diejenigen, die in ihre Unglücke verwickelt werden. – (rül)

SU tritt Integriertem Rohstoff-Fonds der UNCTAD bei

Auf der VII. Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD VII) ist die Sowjetunion als 92. Land dem Abkommen zum Gemeinsamen Rohstoff-Fonds beigetreten. Damit kann das seit 13 Jahren von Ländern der Dritten Welt geforderte Integrierte Rohstoffprogramm zur Stützung der Rohstoffprei-



Gleich am ersten Tag des Besuchs besuchte Weizsäcker den deutschen Soldatenfriedhof Ljubljino in Moskau (Bild: mit Botschafter Meyer-Landrut). In seiner Begleitung u.a.: Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, von Amerongen und Danielsmeyer, Siemens-Generalbevollmächtigter.

Deutschland ... in zunehmendem Maße den humanitären Anliegen Gehör schenken wird ... Ist die Familie beisammen, so ist auch die Seele an ihrem Platz, so sagt es der Volksmund.“ Dies leitete zur deutschen Frage über: „Das deutsche Volk hat, wie andere Völker auch, das Gefühl seiner historischen Wurzeln lebendig behalten. Es mißachtet sie nicht ... Die Deutschen, die heute in Ost und West getrennt leben, haben nicht aufgehört und werden nicht aufhören, sich als eine Nation zu fühlen ... Die Einheit der Nation soll und muß sich in der Freiheit ihrer Menschen erfüllen.“

Schon beim Treffen mit Gorbatschow zeichnete sich dann ab, daß die Einschätzung der westdeutschen Reaktionen falsch gewesen war. Die sowje-

tische Regierung war keineswegs bereit, sich solche aggressiven Ausführungen ohne Antwort anzuhören. TASS berichtete am 8.7. über das Gespräch: „Richard von Weizsäcker berührte die Frage der deutschen Nation. Michail Gorbatschow antwortete, er sei nicht geneigt, in diesem Zusammenhang über diesen Begriff zu theoretisieren. Der politische Aspekt ist jetzt wichtig. Es gibt zwei deutsche Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ... Ein anderes Herangehen ist unannehmbar. Wenn irgend jemand einen anderen Weg gehen würde, wären die Folgen sehr ernst. Darüber muß absolute Klarheit herrschen.“

Das war eine deutliche Warnung. Als dann der ebenfalls von Weizsäcker begleitende DRK-Präsident Prinz zu

Sayn-Wittgenstein auch noch Einblick in sowjetische Totenlisten des zweiten Weltkrieges verlangte, um nach dem Schicksal von in der SU gestorbenen Deutschen zu fahnden, war das Maß wohl voll. Gromyko redete mit der Delegation Fraktur. Das Bulletin der sowjetischen Regierung berichtet: „Bei der Erörterung politischer Probleme betonte Andrej Gromyko, daß die Sowjetunion ernste Vorschläge über die Beseitigung der Mittelstrecken- und der operativ-taktischen Raketen in Europa unterbreitet hatte. Bedauernd sei die Position, die die BRD zu den auf ihrem Territorium stationierten Pershing-I-A-Raketen bezogen habe. Eine solche Position könne die Sache verderben ... Die BRD-Regierung sollte diese überaus wichtige Frage in ihrem gesamten Umfang noch einmal durchdenken.“ Daran schloß sich eine ebenso deutliche Warnung vor Verstößen gegen das Viermächte-Abkommen über Westberlin an. Von Weizsäcker hatte vor kurzem die britische Königin, Mitterand und Reagan in Westberlin empfangen und damit provokativ den Anspruch der BRD auf Westberlin betont. Wieder TASS über die Ansprache Gromykos: „Einige Staaten begingen einen Fehler, indem sie Westberlin als eine Zündladung, als eine Quelle für Provokationen in Europa zu mißbrauchen versuchten. Es wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die BRD ihren gesamten Einfluß für eine strikte Einhaltung des bestehenden Abkommens über Westberlin einsetzen wird.“

Zum Abschluß übergab Gromyko von Weizsäcker eine Liste von deutschen Kriegsverbrechern. Alle werden wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht. Die Liste ist beispielhaft für den Umgang der BRD-Justiz mit faschistischen Kriegsverbrechern:

se mittels Ausgleichslager und Preisvereinbarungen in Kraft treten. Der Rohstoff-Fonds umfaßt nur ca. 100 des über 700 Mrd. US-\$ umfassenden jährlichen Rohstoffhandels. Die Imperialisten wollen das Abkommen auch weiterhin boykottieren. – (sie)

Neue Kriegsführungskonzepte in Arbeit

Nach dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung wird der Verteidigungsetat „nur“ um 750 Millionen DM auf 51,6 Milliarden DM, also um 1,5%, steigen; das ist die geringste Steigerung seit Jahren. Wörner und die Bundeswehr stöhnen öffentlich. Klar ist, daß in den nächsten Jahren höhere Steigerungsraten für die Kriegsvorbereitung beschlossen werden und daß die Regierung im Herbst nachbessert. Wichtig ist aber auch die strategische Planung für die Bundeswehr, die jetzt scheinbar „unter dem Zwang des knappen Geldes“ öffentlich diskutiert wird.

In den Führungsstäben der Bundeswehr wird eine Effektivierung der Heeresstruktur vorbereitet: Ein „Kernheer“ mit höchstem Ausbildungs- und Materialstand für die Front, ein „Mantelheer“ unter Einschluß von Reservisten für den Rückraum. Weiter soll eine hochbewegliche Stoßtruppe in Divisionsstärke aus Fallschirmjägern und Heeresfliegern gebildet werden. Schließlich soll das Heer in die Lage versetzt werden, die Luftkriegsführung für seine Operationen selbst zu erfüllen, um so die Luftwaffe für den Krieg tief im Feindesland zu entlasten. – (jok)

BRD-Monopole wollen „deutsche NASA“

Die Zahl derer, die sich für eine „deutsche NASA“ stark machen, nimmt in den letzten Wochen auffällig zu. Neben den Ministern Genscher und Riesenhuber hat jetzt auch der (westdeutsche) Generaldirektor der Europä-

ischen Weltraumorganisation (ESA), Prof. Dr. Reimar Lüst, seine Propaganda für mehr Mittel für die Raumfahrtprogramme verstärkt. Bis Herbst, so heißt es, werde das Bundeskabinett über die nächsten Weltraumpläne der Bundesregierung, die dafür bewilligten Mittel und die notwendige Organisation entscheiden. 25 bis 30 Mrd. DM kosten allein die drei Projekte „Hermes“ (europäischer Weltraumgleiter, faktisch ein Transportmittel für Militärgüter in den Weltraum), „Ariane 5“ (die dafür benötigte Startrakete) und „Columbus“ (ein ESA-Projekt für eine mit den USA betriebene Weltraumstation) über die die ESA Ende des Jahres entscheiden wird. Ca. 30% davon zahlt die Bundesregierung. Hinter diesen Weltraumprogrammen stehen große Monopole (Daimler, GHH, Siemens, BASF u.a.), die Profite im Weltraum-Rüstungsgeschäft machen wollen. Diese sind auch die Betreiber der „deutschen NASA“. – (rül)



Von Weizsäcker auf dem Gedenkfriedhof von Leningrad. Eine Million Leningrader kamen bei der deutschen Belagerung ums Leben. Von Weizsäcker am 9.7.: „Ich selbst bin im Krieg als junger Soldat nicht weit von hier gewesen; uns haben die Leiden des Krieges, die wir miterlebten oder ahnen mußten, tief geprägt.“ Miterlebt? Ahnen mußten? Kommandiert hat der adelige Oberleutnant, in den Tod getrieben die Bewohner der Stadt und ihm untergeordnete Soldaten!

Ewald Simon, 1977 und 1978 hatte die SU Material gegen ihn übergeben, 1980 vom Landgericht Braunschweig freigesprochen. Karl Kaufmann, gesucht wegen Beteiligung an Massenerschießungen im Gebiet von Chersom, Material gegen ihn liegt seit 1980 der westdeutschen Justiz vor, 1981 Freispruch vor dem Landgericht Dortmund. Albert Krüger, Material gegen ihn wurde 1968/69 übersandt, 1975 wurde das Verfahren „aus gesundheitlichen Gründen“ eingestellt. Wilhelm Westerheide, Material gegen ihn war 1982 übersandt worden, noch im gleichen Jahr sprach ihn das Landgericht Dortmund frei. Gegen acht weitere Kriegsverbrecher ist nie ermittelt worden, obwohl seit 1980 Material gegen sie vorliegt. Zwei Verfahren sind „anhängig“: vor dem Landgericht Kassel gegen Michael Scheftner, vor dem Landgericht in Verden/Aller gegen Albert Fechtner. Gegen die verbleibenden drei Kriegsverbrecher ist nie ermittelt worden. Wie die Bundesregierung mit der sowjetischen Auslieferungsersuchen verfahren werde, stellte Kohl in Bonn sogleich klar: Das Grundgesetz erlaube keine Auslieferung von Deutschen. Tatsächlich ist die Passage in Artikel 16 („Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden“) 1949 genau zum Schutz deutscher Kriegsverbrecher ins Grundgesetz aufgenommen worden.

den, obwohl seit 1980 Material gegen sie vorliegt. Zwei Verfahren sind „anhängig“: vor dem Landgericht Kassel gegen Michael Scheftner, vor dem Landgericht in Verden/Aller gegen Albert Fechtner. Gegen die verbleibenden drei Kriegsverbrecher ist nie ermittelt worden. Wie die Bundesregierung mit der sowjetischen Auslieferungsersuchen verfahren werde, stellte Kohl in Bonn sogleich klar: Das Grundgesetz erlaube keine Auslieferung von Deutschen. Tatsächlich ist die Passage in Artikel 16 („Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden“) 1949 genau zum Schutz deutscher Kriegsverbrecher ins Grundgesetz aufgenommen worden.

Bertelsmann weltweit größter Medienkonzern

Mit der Übernahme der US-Verlagsgruppe Doubleday und dem RCA-Musikgeschäft Ende 1986 hatte Bertelsmann expandiert wie noch nie zuvor. Die Eingliederung von Doubleday und RCA in den Konzern („Anpassung an die eigenen Prinzipien“) ist nun fast abgeschlossen. 17 Bertelsmann-Firmen gab es bisher schon in den USA. Das langfristige strategische Ziel ist laut dem Vorstandsvorsitzenden Wössner erreicht: Bertelsmann hat die Führungsposition gegenüber den großen US-Medienkonzernen Capital Cities/ABC und CBS eingenommen. Das „Handelsblatt“ stellt fest, daß die Finanzierung kein Abenteuer, sondern solide abgesichert ist. Immerhin handelte es sich um 915 Mio. Dollar, die für Kaufpreis und Umorganisation da sein mußten. Nebenbei erwähnt das „Handelsblatt“ auch, daß umfangreiche

Personalfreisetzungen anstehen. Die Basis des alten Konzerns sei gerade in den letzten Jahren sicherer geworden, die Ertragslage auf einem nennenswert höheren Niveau. Für 1988/89 erwartet man für den alten Konzern 8,5 Mrd. DM Umsatz. Nach dem Neuerwerb sind die Umsatzerwartungen jetzt auf 11,4 Mrd. DM gestiegen. – (Handelsblatt, 15.7.87, hao)

Kapitalexport: Monopole expandieren weiter

„Siemens zeigt seine italienische Visitenkarte“ überschreibt das Handelsblatt seinen Bericht über einen neuen geplanten Siemens-Coup: Das Elektromonopol will sich zusammen mit FIAT an der italienischen Fernmeldefirma IRI-Stet beteiligen. Die geplante Beteiligung würde Siemens zum größten ausländischen Zulieferer für das gesamte Fernmeldegeschäft in Italien machen. Auch die anderen Monopole expandieren weiter. Die Bundesbank,

Was nun? Die „Welt“ tönte zwar von „Skandal ersten Ranges“ ob des sowjetischen Auslieferungsersuchens. Aber der Skandal liegt in der BRD. Das Umweltschutzabkommen ist weiter offen, die geforderte „Einbeziehung Westberlins“ keinen Schritt weiter. Im Gegenteil hat die SU vor weiteren Provokationen gewarnt, und daß sie den Verbleib der Pershing-I-A in der BRD hinnehmen werde, kann nun keiner mehr behaupten. Bei den Reaktionären beginnt das Nachdenken. „Auf die deutsche Frage hat der Kreml noch keine Antwort“, grübelt die „Welt“ und meint, „oftmals verwirrende innenpolitische Entwicklungen und unkontrollierte Auseinandersetzungen im Führungsapparat der Sowjetunion“ für den Fehlschlag der Weizsäcker-Reise verantwortlich machen zu können. Am 15.7. berichteten mehrere Zeitungen dann, in der Union habe eine erneute Debatte begonnen, wie man eine stärkere Position gegen die Sowjetunion und die Staaten Osteuropas erreichen könne. Der CDU-MdB Lamers habe eine „aktive, in sich geschlossene Ostpolitik“ gefordert, die auf einer fest fundierten Westpolitik und vor allem auf Fortschritten in der europäischen Vereinigung beruhen müsse.“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 15.7.) Beschleunigung der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit in der EG, um so den Druck auf die Staaten des RGW zu verstärken und mehr Rückendeckung für revanchistische Provokationen und Erpressungen zu gewinnen – das soll die Antwort auf den Fehlschlag von Weizsäckers werden. Quellenhinweis: SPD-Presse vom 3.7.; Bundesregierung, Mitteilung vom 6.7.; Bulletin, 17.6.; TASS, Bulletin vom 8.7. und 9.7.; Welt, FAZ, Bild, 3.7. bis 14.7. – (rül)

die erst kürzlich den Bestand an westdeutschem Auslandskapital für Ende 1985 auf 147,8 Mrd. DM beziffert hatte, meldet für 1986 einen neuen Rekord: 13,2 Mrd. DM legten westdeutsche Firmen zusätzlich in ausländischen Fabriken an. Im den ersten vier Monaten dieses Jahres kamen weitere 6,3 Mrd. DM dazu. Ende des Jahres dürfte das Auslandsvermögen westdeutscher Monopole 175 Mrd. DM übertreffen. Das wäre in elf Jahren ein Anstieg um 350%. – (rül)

Kapitalistenkritik am AZO-Gesetzentwurf

Kaum liegt der Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes vor, da gehen die Kapitalisten daran, selbst an diesem Entwurf, der täglich zehn Stunden und wöchentlich bis zu 60 Stunden Arbeitszeit zuläßt, weitere Lockerungen zu verlangen. Anfang Juli kritisierte der Arbeitgeberverband: „Im Gegensatz zum geltenden Recht lasse er z.B.

USA – Arbeitssicherheit

128000 tödliche Arbeitsunfälle – keine Gefängnisstrafe

Der Tod von 28 Bauarbeitern beim Kollaps eines Hochhauses Ende April hat die seit langem schwelende Empörung über die totale Tatenlosigkeit der Bundesbehörde für Arbeitssicherheit und Berufskrankheiten (Occupational Safety and Health Administration, OSHA) wieder angeheizt. Die 1970 gegründete Behörde hat sich nie durch besondere Aktivität ausgezeichnet, weder in der Überwachung der ohnehin laxen Sicherheitsbestimmungen in den Fabriken noch in der Verfolgung der Verantwortlichen für Arbeitsunfälle.

Nach sechs Jahren Reagan-Regierung sei OSHA am Rande einer totalen Lähmung, so der Untersuchungsbericht einer anderen Bundesbehörde. Ein Bericht des Bundesrechnungshofes erwähnt, daß OSHA sich seit langem davor drückt, Sicherheits- oder Gesundheitsstandards zu setzen. Ein einziger neuer Gesundheitsstandard ist unter der Reagan-Regierung zustande gekommen. Vor Reagan gab es 2200 Inspektoren für 5 Millionen Arbeitsstätten; heute sind es nur noch 1000. Für den ganzen Bundesstaat Connecticut, wo das Hochhaus einstürzte, gibt es nur zwei Inspektoren für das Baugewerbe. Die Überprüfung von gewerblichen Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen liegt praktisch ausschließlich bei den entsprechenden Behörden der Einzelstaaten und der Kommunen.

Inspektionen sind nur dann unangekündigt, wenn der Kapitalist sie freiwillig zuläßt. Meistens verlangen die Kapitalisten Durchsuchungsbefehle, was

ihnen genügend Zeit für Verschleierungen aller Art gibt. Auch die Statistiken über Arbeitsunfälle sind völlig unzuverlässig, weil die Kapitalisten ihrer Meldepflicht nicht nachkommen oder die Berichte frisieren. OSHA unter Reagan hat die Kapitalisten geradezu aufgefordert, die Unfallberichte zu fälschen. Unternehmen mit einer Unfallrate unter dem nationalen Durchschnitt wurden von den regelmäßigen Inspektionen ausgenommen und führen ihre Sicherheitsunterlagen intern. Dazu zahlen sie wegen der „unterdurchschnittlichen“ Unfallrate weniger Versicherung. Die besonders üblen Zustände in der Fleischverpackungsindustrie wurden kürzlich auf Druck der Gewerkschaft aufgedeckt. IBP Inc. in Dakota City, Nebraska, berichtete an OSHA 160 Verletzungen in einem Dreimonatszeitraum 1985. Tatsächlich waren es 1800. Eine andere Firma, John Morrel & Co., gab 1,4% verlorene Arbeitszeit wegen Unfällen an – weit unter dem Durchschnitt von 4,2%. Die Gewerkschaft jedoch wußte, daß der Krankenstand bei 50% lag und viele Verletzungen schwer waren. Amputationen und Knochenbrüche waren aus den offiziellen Berichten herausgehalten worden.

Die letztgenannte Firma ist ein seltener Fall, wo OSHA eine „hohe“ Strafe verhängt hat, \$690000. In einem Kongreß-Hearing wurde kürzlich berichtet, daß bei 1376 tödlichen Arbeitsunfällen oder Unfällen mit mehr als vier Arbeitern 1983 OSHA \$589422 an Geldbußen für 2073 Verletzungen der Bestimmungen verhängte – \$284 pro Verletzung. Genauso zurückhaltend wie OSHA mit Geldbußen ist das Justizministerium mit Strafverfolgung der Verbrechen der Kapitalisten. Vor Reagan meldete OSHA ca. einen Fall pro Monat für Strafverfolgung an das Ar-

beitsministerium, seit Reagan ist es ein Fall pro Jahr. Das Arbeitsministerium gibt die Fälle an das Justizministerium weiter, wo seit Meese's Amtsantritt keiner mehr dafür zuständig ist. Das berichtet eine Studie des „Nationalen Sicherer-Arbeitsplatz-Instituts“. Laut dieser Studie sind 128000 Arbeiter seit der gesetzlichen Einrichtung des OSHA 1970 am Arbeitsplatz ums Leben gekommen. Während dieser Zeit habe „die US-Bundesregierung keine rechtlichen Schritte unternommen, die zu einer Gefängnisstrafe für auch nur eine einzige Person geführt hat“.

Eine Studie des Kongreß-Büros für Technologie-Bewertung kam 1985 zu dem Schluß, daß OSHA „zu Veränderungen der Unfallrate beigetragen haben mag“. Jedoch „an erster Stelle unter den Faktoren, die die Unfallstatistik beeinflussen, ist die Konjunktur ... Die letzte Rezession ist der bedeutendste Faktor bei dem Fall der Unfallrate von 1979 bis 1983.“

Quellenhinweis: AFL-CIO News, März-Juli 1987; The Guardian, 8. u. 15.4. 87 – (ger)

Politische Gefangene

Zunehmende Verfolgung der Angehörigengruppe

Das Amtsgericht Bonn hat am 8.7. und 10.7. die Strafbefehle gegen drei Angehörige von politischen Gefangenen bestätigt und die Angeklagten zu 15 Tagessätzen à 40 DM verurteilt. Gegen die Urteile haben Elke Frey, Martha und Christiane Barabaß Berufung eingelegt. Alle drei hatten zunächst Strafbefehle erhalten wegen Verstoßes gegen das Bannmeilengesetz, weil sie am 22.10.1986 an einer Demonstration

nicht mehr zu, die Arbeitszeit für *jeden* Bedarfsfall auf bis zu zehn Stunden werktäglich in einem Tarifvertrag festzulegen.“ (Hervorheb. v.d. Red.) Außerdem trage die geplante neue AZO „den heutigen technologischen Bedürfnissen für eine Sonn- und Feiertagsbeschäftigung (nicht ausreichend) Rechnung“. Mitte Juli setzte dann der Verband der Textilkapitalisten nach und verlangte: „Die Textilindustrie der Bundesrepublik sei auf eine intensive Nutzung ihrer weitgehend automatisierten Fertigungsanlagen angewiesen.“ Man wünsche eine „Auflockerung des Arbeitsverbotes an Sonntagen“. 60 Stunden, wo immer in einem Tarifvertrag erzwingbar, Sonntagsarbeit, wo immer ein Kapitalist behauptet, er setze „weitgehend automatisierte Fertigungsanlagen“ ein – die Kapitalisten wollen die gesetzliche Erlaubnis zu Arbeitszeiten, die Lohnabhängige in kürzester Frist zum Wrack machen werden. – (rül)



Unzufrieden mit dem Ergebnis von Kohls China-Reise scheinen die Kapitalisten zu sein. Das geschäftliche Ergebnis: Ein 55 Mio. DM-Satellitenauftrag für MBB und Absichtserklärungen im Kraftwerksgeschäft. Die freilich sind weitreichend: An zwei KKW-Blöcken wird die KWU möglicherweise beteiligt, die VR China will Natur-Uran liefern und abgebrannte Brennelemente zur Endlagerung abnehmen. Den Elektrizitätsmonopolen wäre das hochwillkommen, da, wie das „Handelsblatt“ schreibt, „Wackersdorf nicht ausreicht und eine direkte Endlagerung in der Bundesrepublik Deutschland nicht durchsetzbar erscheint.“ – (rül)

vor dem Bundeskanzleramt teilgenommen hatten, um ihre Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen und die Freilassung von Günter Sonnenberg zu bekräftigen. Das zunächst gegen sie eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen § 129a, Unterstützung einer und Werbung für eine „terroristische Vereinigung“, war zuvor eingestellt worden.

In einer Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen heißt es dazu: „Wie die Justiz das Vorgehen gegen die Angehörigen in diesem Prozeß handhabt, das ist typisch dafür, wie der Staat insgesamt seit einiger Zeit gegen die Angehörigengruppe vorgeht: eben nicht mit einem massiven Schlag – wie z.B. ein 129a-Verfahren gegen die Angehörigengruppe wäre, sondern schleichend bei der Kriminalisierung unserer Gruppe und Arbeit, während sie gleichzeitig Verfassungsschutz und BKA für verdeckte Operationen auf uns hetzen... Gerade jetzt, wo der Staat seine politische Legitimation für die Isolationsfolter verloren hat, wo er internationaler Kritik an der Isolationsfolter ausgesetzt ist, wo in der BRD und international die Solidarität mit den politischen Gefangenen, die für ihre Zusammenlegung kämpfen, wächst. Und weil wir zu dieser Entwicklung durch unseren Kampf beigetragen haben... Abgesehen von der Entpolitisierung unserer Aktion, die durch den Vorwurf der Bannmeilenverletzung juristisch abgehandelt werden soll, d.h. die Legitimität unserer Aktion, ihre Inhalte und Ziel soll nicht vorkommen, hat der Prozeß das materielle Ziel, uns davon abzuhalten, wieder vor das Bundeskanzleramt zu gehen.“

In der Presseerklärung teilen die Angehörigen weiter mit, daß der Staatsschutz am 23.6.1987 die Wohnungen von zwei Mitgliedern der Angehörigengruppe durchsuchte, die das Konto der Gruppe verwalten, und zwar im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen „Werbung“ für die RAF. Ermuntert durch die Einführung des § 130a (Anleitung zu Straftaten durch Schriften oder mündlich) und die Verschärfung des § 129a rechtfertigte der BGH diese Durchsuchung mit der Behauptung, mit den Geldern auf diesem Konto würden Aktionen einer „terroristischen Vereinigung“, der RAF, unterstützt; u.a. sei mit diesen Geldern die Broschüre „Für die revolutionäre Front“ vom Dezember 1986 mit Erklärungen der RAF finanziert worden. Die Unterstützung der Angehörigenarbeit soll dadurch verhindert werden.

In diesem Zusammenhang stehen auch die Versuche von BKA, LKA und Verfassungsschutz, Freunde und Bekannte von Angehörigen und Angehörige selbst für Spitzeltätigkeiten gegen die Angehörigengruppe zu gewinnen (ulb)

Brasilianisch-argentinische Autolatina

VW-Ford-Fusion gegen die Gewerkschaften, die Regierungen und die Konkurrenz

Am 1. Juli ist der Fusionsvertrag zwischen Ford und VW, ihre argentinischen und brasilianischen Automobilfirmen in der neugegründeten Autolatina zusammenzufassen, in Kraft getreten. Dieser größte süd- und mittelamerikanischen Privatkonzern beschäftigt über 70000 Lohnabhängige und erzielte 1986 durch den Verkauf von über 630000 Fahrzeugen einen Umsatz von fast vier Mrd. US-\$. Dem neugegründeten Konzern sind die zahlreichen Vertriebs- und Finanzierungsgesellschaften von Ford und VW in beiden Ländern angeschlossen. Direkt und indirekt verbunden mit der Autolatina ist ein Netz von fast 1300 Händler- und über 5000 Zulieferbetrieben.

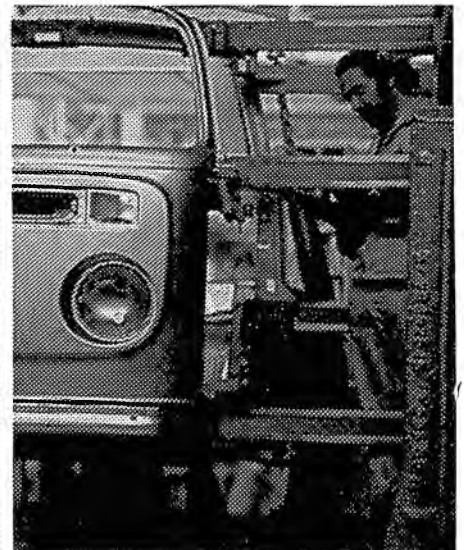
51% der Aktien der Autolatina übernahm der VW-Konzern, 49% Ford. Die Geschäftsführung in Brasilien liegt bei VW do Brasil-Chef Sauer, der Vorsitzende von Ford in Argentinien leitet die dortige Autolatina. Entscheidungen sollen, so die offiziellen Verlautbarungen, gemeinsam getroffen werden. Die

mobilarbeiter 1985 und 1986. VW und Ford zeigten sich am brutalsten mit allein über 2000 Entlassungen im Dezember 1986 und fortwährenden Polizeieinsätzen gegen streikende Arbeiter. Sie übernahmen auch die Vorreiterrolle bei der Einführung der dritten Schicht für die Montagearbeiter. Für die Erhöhung der Ausbeutung hat VW do Brasil allein zwischen 1980 und 1986 fast 0,8 Mrd. US-\$ ausgegeben und die Zahl der Beschäftigten von bis zu 50000 auf knapp 35000 reduziert.

Die Ankündigung, „zukünftig die Fahrzeuge jeweils am kostengünstigsten Standort“ (Weber, Projektleitung Autolatina beim VW-Konzern) fertigen zu lassen, ist als Drohung gegen die Beschäftigten und die argentinische und brasilianische Regierung zu verstehen. 20000 VW-Fahrzeuge sollen in einem nur zu 30% ausgelasteten ehemaligen Ford-Werk in Argentinien produziert werden. Ford-Automobile werden künftig in größerer Zahl im größten VW-Werk in Brasilien gefertigt.



Produktion bei VW do Brasil: niedrige Löhne und Rationalisierungen für die Konkurrenzschlacht



Autolatina wird über 60% des Pkw-Marktes und über 50% des Lkw-Marktes beherrschen.

Nur wenige Tage nach Gründung der Autolatina verkündete die Geschäftsleitung die Entlassung von über 4000 Beschäftigten in Brasilien zu gleichen Teilen in den ehemaligen Ford- und VW-Werken. Weitere 9000 wurden vorläufig bis Mitte Juli in den Zwangsurlaub geschickt. Weitere Entlassungen sollen folgen. Bereits in der zweijährigen Kooperationsphase haben Ford und VW Tausende von Beschäftigten entlassen, so während und nach den Streiks der brasilianischen Auto-

Verbunden mit der Drohung, weitere Entlassungen vorzunehmen und die Produktion zu verlagern, gelang es den imperialistischen Monopolen, darunter Ford und VW, die brasilianische Regierung zur Verabschiedung eines Lohnstopps Mitte Juni zu zwingen. Der gesetzliche Mindestlohn liegt mit z.Zt. umgerechnet 40 US-\$ auf dem niedrigsten Stand seit 40 Jahren und soll künftig nur noch alle drei Monate an die Inflationsrate, die monatlich über 20% beträgt, angepaßt werden.

Einen anderen Erfolg konnten VW und Ford bereits im letzten Jahr verbuchen. Ende Juli 1986 schlossen die

VW: mit der Autolatina zu noch größerer Expansion

Der Leiter des Bereichs Beteiligungen beim VW-Konzern, Weber zum Projekt Autolatina:

„Die in die Gründung (der Fabrik in Argentinien 1980) gesetzten Erwartungen haben sich wegen der veränderten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ... nicht erfüllt. Ursprünglich war vorgesehen, die Fahrzeuge vorwiegend aus von der VW do Brasil importierten Teilen zu fertigen. Diesem Konzept stehen die nach der Unternehmensgründung stark heraufgesetzten Importbeschränkungen seitens der argentinischen Regierung entgegen ... VW und Ford wollen auf Dauer partnerschaftlich zusammenarbeiten, um das Gesamtrisiko in beiden Ländern zu reduzieren, die starke Bedeutung beider Marken in beiden Ländern zu erhalten, Investitionen für neue Produktvorhaben zu optimieren und durch die optimale Nutzung vorhandener Kapazitäten Kosten zu reduzieren ... Die weitere Entwicklung beider Fahrzeugprogramme geschieht nicht nur in enger gegenseitiger Abstimmung, sondern in zunehmendem Maße in einem Produkt- und Produktionsverbund. Dies wird zum Beispiel einschließen, daß VW-Motoren, -Getriebe usw. in Ford-Fahrzeuge eingesetzt werden und umgekehrt ... Zunächst ist einmal eine Angleichung des Qualitätsstandards auf hohem Niveau zwischen den Partnern vereinbart worden; bereits heute liegen die beiden Marken VW und Ford in Brasilien qualitätsmäßig an der Spitze im Markt. Damit besteht eine Ausgangsbasis für einen Produktionsverbund, bei dem zukünftig die Fahrzeuge jeweils am kostengünstigsten Standort

gefertigt werden können und somit eine Optimierung der Kapazitätsauslastungen erreicht werden kann ... kann ich sagen, daß im Rahmen der Kooperationszielsetzungen für eine Fertigungsrationalisierung auch Zusammenlegungen von Produktionsabläufen geplant sind, so daß man davon ausgehen kann, daß nicht alle 15 Werke auf Dauer weiterbetrieben werden ... Durch das Zusammengehen der Partner werden bestimmte Funktionsberei-

che doppelt besetzt sein; hierin liegt ein bedeutendes Rationalisierungspotential. Die erforderlichen Personalanpassungen werden mit sozialem Augenmaß durchgeführt ... Es wird von Autolatina erwartet, daß neben dem bereits erwähnten Kosteneinsparungseffekt – gegenüber einem Alleingang von VW und Ford – auch ein erhöhtes Absatzvolumen erreicht wird.“ (aus: Autogramm, Zeitung des VW-Konzern, 7-8/87)

Automobilproduktion in Mexiko, Brasilien und Argentinien

Mexiko	1981	1982	1983	1984	1985
Chrysler	116000	73700	42100	62000	87000
Ford	111300	88600	43900	49600	74300
General Motors	67000	44700	32900	53800	85700
Nissan	72200	65600	51200	57000	73800
Renault	22200	21300	19000	18600	19800
Volkswagen	138400	144300	86400	102400	96300
Gesamtproduktion	595700	471300	285100	356900	457000

Brasilien	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Fiat	133200	165700	146400	138700	151100	167600
Ford	125800	144400	166100	179600	189000	188900
General Motors	155540	180000	207540	197400	222800	251200
Mercedes-Benz	48900	32700	22300	29300	33000	43400
Volkswagen	305000	327800	345400	309400	358000	388000
Gesamtproduktion	766400	850700	890000	857400	966600	1056500

Argentinien	1981	1984	1985	1986
Ford	75400	49600	29400	32900
Renault	44300	43000	40800	48200
Sevel-Fiat	27200	43000	41800	59300
Volkswagen	18500	25500	20000	23100
Gesamtproduktion	172400	167300	137700	170400

Regierungen von Argentinien und Brasilien zwölf Vereinbarungen, die die Beschränkungen des Handels zwischen beiden Ländern aufheben und ein erster Schritt sein sollen zur Herstellung eines gemeinsamen Marktes in Südamerika. Die Vereinbarungen sehen u.a. vor, die Förderung von Kooperationen zwischen Firmen beider Länder, den zollfreien Handel von Maschinen, Anlagen, Werkzeugen usw. Damit nahm die argentinische Regierung ihre Beschränkungen für den Import von Kfz-Teilen zurück, die sie eingeführt hatte, um den „nationalen Fertigungsanteil“ zu erhöhen. Die imperialistischen Automobilkonzerne hatten dies vehement bekämpft. Die Regierung Argentiniens änderte ihre Haltung gegenüber einem gemeinsamen Markt mit Brasilien vor allem wohl deshalb, weil der traditionelle Absatzmarkt für argentinisches Rindfleisch und andere Agrarprodukte und damit wichtige

Deviseneinnahmen gefährdet sind. Die EG hatte einige Monate zuvor durch subventionierte Fleischexporte nach Brasilien die argentinischen Ausfuhren verhindert.

Mit der Gründung der Autolatina will der VW-Konzern seine Expansion auf dem südamerikanischen Markt, in andere Länder der Dritten Welt und insbesondere auch in die USA fortsetzen. Die brasilianische VW-Niederlassung exportierte 1986 für 0,6 Mrd. US-\$ Fahrzeuge in den Irak, in die VR China, in die USA sowie Kfz-Teile nach Nigeria. Insbesondere die Exporte in die USA sollen gesteigert werden. Für 1987 plant VW, aus Brasilien 100000 „Billigautos“ in die USA zu exportieren. Mit dem viergrößten US-Lkw-Hersteller Paccar unterhält VW in Brasilien ein Kooperationsabkommen zum Export von mehreren tausend VW-Lkw in die USA. Auch die VW-Betriebe in Mexiko sind durch die Liefe-

rung von Motoren in die USA in den Konzernverbund zur Eroberung weiterer Marktanteile in den USA einbezogen.

Die Gewerkschaften in Brasilien und Argentinien haben gegen die Fusion von VW und Ford protestiert. Die zuständige argentinische Gewerkschaft Smata veröffentlichte Zeitungsanzeigen, in denen vor Entlassungen gewarnt wird und die Regierung und die Konzerne zur Abgabe von Garantien gegen die „Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen“ aufgefordert werden. Die brasilianischen Gewerkschaften wollen einen Generalstreik gegen die neuerlichen Lohnsenkungen und gegen die Entlassungen von über 16000 Beschäftigten insbesondere in der Metallindustrie durchführen.

Quellenhinweis: Autogramm, 3/86, 12/86, 1/87; Business Week, 08.12.86; Handelsblatt, 16.07.87; Brasilien-Ausschnittsdiens, 1-5/87 (sie)

Bewegung gegen die „Abi-Deform“

Die Reaktion will die Konkurrenz und Auslese an den Gymnasien verstärken

Im April und Juni beteiligten sich im Bundesgebiet mehrere hunderttausend Schüler an Aktionen gegen die von den CDU/CSU-regierten Ländern in der Kultusministerkonferenz (KMK) geplante erneute Reform der gymnasialen Oberstufe („Abi-Deform“). Die Bewegung und ihre Perspektiven werden innerhalb der Linken sehr unterschiedlich bewertet. Es scheint jedoch so, als hätten die Proteste zumindest die Durchsetzung der „Abi-Deform“ durch eine der letzten beiden KMK's verhindert. Anfang Oktober soll der Widerstand zum dann stattfindenden KMK-Plenum weitergeführt werden.

1972 war durch die KMK die Oberstufe in der Form reformiert worden, daß die Schüler in verschiedensten Kursen unabhängig voneinander lernen sollten; die Klassen – als zumindest ansatzweise kollektive Lernverbände – wurden aufgelöst. Die Noten von 1-6 wurden durch eine Punktestaffelfung von 1-15 ersetzt, die Abschlußnote im Abitur setzt sich seitdem aus den in Leistungs- und Grundkursen sowie in der Abiturprüfung erzielten Punktzahlen zusammen. Diese Zersplitterung machte einerseits ein noch schrankenloseres Ausleseverfahren möglich, was v.a. die Absicht der die Reform mittragenden CDU und FDP gewesen sein dürfte; aber auch die Sozialdemokraten unterstützten dies nach dem Motto: „Jeder soll nach Neigung und Begabung wählen können, wenn er dann in der freien Konkurrenz unterliegt, kann man nichts machen.“ Andererseits schuf die Reform für die Schüler Möglichkeiten, durch die Kurswahl z.B. besonders schlimme Lehrer oder nervtötende Fächer abzuwählen und Leistungskurse – mit höherer Wertung gegenüber Pflicht- und Wahlgrundkursen – zu belegen, die sie wichtiger oder interessanter finden. Die 72er Reform ist in den Bundesländern unterschiedlich durchgeführt und z.T. seitdem stark revidiert worden. Große Teile der jetzt geplanten Verschärfungen bei den Fächerwahlmöglichkeiten sind v.a. in CDU/CSU-regierten Ländern bereits Realität. Nur in wenigen Ländern können z.B. im letzten Jahr vor dem Abitur Deutsch und Geschichte abgewählt werden, was nach CDU/CSU-Meinung unmöglich gemacht werden sollte. Schon lange polemisiert die Reaktion gegen ein „Billigabitur“, das durch gute Leistungen in Fächern wie Musik oder Kunst erzielt werden könne.

Was die Kapitalisten (erst kürzlich wieder der BDA in seiner „Positionsbestimmung Schule der Zukunft“ mit dem Aufstellen eines „Minimalfächer-

kanons“) seit langem fordern, soll nun durchgesetzt werden. Die Belegungspflicht naturwissenschaftlicher Kurse wächst, damit die Kapitalisten ihren – v.a. durch die derzeitige Stellung der BRD auf dem Weltmarkt bedingten – erhöhten Bedarf an qualifizierten Technikern decken können. Unter dem Schlagwort „Stärkung der Allgemeinbildung“ gewinnen v.a. Deutsch und Geschichte an Bedeutung, was im Zusammenhang mit der ideologischen Offensive der Reaktion in diesen Bereichen zu sehen ist. Reaktionärste Gesellschaftsauffassung soll vermittelt werden, wie sie sich aus der zur Zeit laufenden „Historikerdebatte“ (Faschismus als notwendige Folge des „roten Terrors im Osten“ u.a.) erahnen läßt, und wie sie sich bereits durch zahlreiche Lehrplanveränderungen in CDU/CSU-regierten Ländern in Lehrinhalten befindet. Durch die geplante Aus-

der stärker gewertete Abiturprüfung) den Ausstoß an Hochschulzugangsberechtigten zu drosseln, nachdem das Gymnasium in den letzten Jahren etwas seinen Elitecharakter verloren hat (Anmeldequoten von z.T. über 40%). Durch dieses „Geraderücken“ der Zahlenverhältnisse im Bildungssystem soll das mehrgliedrige Schulwesen zementiert werden.

Die Haltung der SPD in diesen Fragen muß realistisch eingeschätzt werden. Gerade der bei vielen Schülern beliebte SPD-Bildungssenator Grolle verstärkte kürzlich in Hamburg durch eine Veränderung der Oberstufe (die sog. „Apogvo“) derart die Auslese, daß sich die Sitzenbleiberzahl seitdem nach Angaben der Schülerkammer verdoppelt hat. Auch die „konsensfähige“ Haltung der SPD in der KMK (siehe Dokumente auf der nächsten Seite) ist ein bedrohliches Zeichen.

Die Oberschüler setzten sich regional sehr unterschiedliche Schwerpunkte. Während im Norden v.a. die Elitebildung angegriffen wurde, wurden im Süden stärker die im Zusammenhang mit der Wehrdienstverlängerung auftretenden Schikanen wie fehlender Ur-



Nur vereinzelt wurde von den Oberschülern eine einheitliche Ausbildung gefordert, wie hier bei einer Demonstration am 11.6.87 in Schleswig.

weitung der „Einheitlichen Prüfungsanforderungen“ (EPA) von bisher nur formellen auf inhaltliche Kriterien soll solche Indoktrination als Bestandteil eines mittelfristig zu schaffenden bundeseinheitlichen „Zentralabiturs“ festgeschrieben werden. Dieses schiebt jeglicher Entwicklung abweichender Modelle wie den Kollegschaften Nordrhein-Westfalens (an denen die Oberstufe mit einer Ausbildung in bestimmten Berufsrichtungen verbunden ist) einen Riegel vor.

Ein weiteres Ziel der Reaktion ist es, durch verstärkten Konkurrenzdruck und Auslese (z.B. Einführung von „Elitklassen“ wie in Niedersachsen und die durch eine neues Gewächungsverhältnis gegenüber Leistungskursen wie-

laub durch Einzug direkt „von der Schulbank“ kritisiert. Dies sind eindeutige Abgrenzungen gegenüber den Plänen der Reaktion. Die Erkenntnis scheint gewachsen, daß der reaktionäre Elitebegriff nichts für die Gymnasialisten positives ist, sondern daß er sich vielmehr mit der Konsequenz verschärften Leistungs- und Konkurrenzdrucks gegen viele von ihnen richtet. Vereinzelt wurde das dreigliedrige Schulsystem kritisiert und eine einheitliche Ausbildung gefordert. Eine Stärkung solcher Ansätze wäre wichtig, um die Oberschüler für eine Unterstützung der Kämpfe gegen die Herabsetzung des unteren Bildungsstandards und die zunehmende Aufspaltung der Gesellschaft zu gewinnen. – (uga)

Dokumentiert: KMK-Positionen zur Reform der gymnasialen Oberstufe

Empfehlungen der Amtschefscommission für das KMK-Plenum am 11./12.6.87

„Problembereich 1: Belegungs- und Einbringungsverpflichtungen:

Auflagen für die Fächer der Gruppe Deutsch, Fremdsprachen, Mathematik: – Mindestens 2 Fächer der Gruppe Deutsch, Fremdsprache, Mathematik sind bis 13/2 durchgehend zu belegen; davon sind jeweils 3 Kurse einzubringen; – bei der 2-Fächer-Belegungsverpflichtung aus dieser Gruppe kann eine neu aufgenommene Fremdsprache einer fortgesetzten gleichgestellt werden, um schwierige organisatorische Festlegungszwänge zu vermeiden; – im Ausnahmefall könnte für eine Übergangszeit eine Tolerierungsregel im Sinne einer 1-Fach-Belegungsverpflichtung aus der Gruppe Deutsch, Fremdsprache, Mathematik in Betracht gezogen werden.

Auflagen für weitere Fächer: – Naturwissenschaften: Zu belegen ist/sind: Entweder 1 Naturwissenschaft durchgehend bis 13/2 oder 2 Naturwissenschaften, die auch in der Jahrgangsstufe 11 unterrichtet worden sind, mit je 2 Halbjahreskursen; – Geschichte, Gemeinschaftskunde: Zu belegen sind entweder 4 Halbjahreskurse Geschichte oder 4 Halbjahreskurse Gemeinschaftskunde mit historischen Bezügen. Bei der Wahl eines Leistungsfaches aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld, das nicht Geschichte ist, sind mindestens 2 Halbjahreskurse Gemeinschaftskunde mit historischen Themen zu belegen.

Problembereich 2: Auflagen für die Wahl der Abiturprüfungsfächer:

Eines der Fächer Deutsch oder Fremdsprache oder Mathematik muß Prüfungsfach sein, wobei es sich ggf. um die fortgeführte Fremdsprache handeln und das betreffende Fach schriftliches Prüfungsfach sein muß. Die Notwendigkeit, daß die Prüfung schriftlich ist, wird in der Kommission noch unterschiedlich beurteilt.

Problembereich 3: Gewichtung:

Die Gesamtqualifikation besteht aus den Ergebnissen von – 22 Grundkursen, die einfach gewertet werden; – 6 Leistungskursen, die doppelt gewertet werden, sowie den Ergebnissen der Facharbeit in einem Leistungskurs bzw. der Ausgleichsregelung; – den 4 Fächern der Abiturprüfung, die dreifach gewertet werden, sowie den Ergebnissen der in diesen Fächern im Abschlußhalbjahr (13/2) erbrachten Leistungen in einfacher Wertung ...

Problembereich 4: Berufsbezogene Bildungsgänge, die zur allgemeinen Hochschulreife führen:

Zeugnisse der allgemeinen Hochschulreife, die an Fachgymnasien/berufsbezogenen Bildungsgängen erworben worden sind, werden gegenseitig anerkannt, wenn die Bedingungen der Vereinbarung von 1972 und der anderen Vereinbarungen zur gymnasialen Oberstufe erfüllt sind und es sich um Schulen mit ... (bestimmten) Fachrichtungen und Schwerpunkten handelt ... Die Fachrichtungen und Schwerpunkte entsprechen weitgehend einzelnen Berufsfeldern. Die fachrichtungsbezogenen Leistungsfächer stellen charakteristische Fächer der jeweiligen Bildungsgänge dar und lassen sich bestimmten Hochschuldisziplinen zuordnen. Eine Sonderliste ... führt die ebenfalls gegenseitig anerkannten, aber nur in einzelnen Ländern bestehenden Fachrichtungen/Schwerpunkte auf. Für die Einbeziehung weiterer berufsbezogener Fachrichtungen, Schwerpunkte und Prüfungsfächer in den Normalkatalog und ggf. die Sonderliste wird folgendes Verfahren im Rahmen der Kultusministerkonferenz vereinbart: – Antrag des

Landes mit den erforderlichen Unterlagen; – Prüfung des Antrages durch das zuständige Fachgremium; – Beschlußfassung der Kultusministerkonferenz ggf. im Schriftverfahren.

Problembereich 5: Bildungsgänge, die (doppeltqualifizierend) zur allgemeinen Hochschulreife und zu einem beruflichen Abschluß nach Landesrecht führen:

Die gegenseitige Anerkennung der an doppeltqualifizierenden Bildungsgängen erworbenen Zeugnisse der allgemeinen Hochschulreife ist an folgende Bedingungen geknüpft: – Die Bedingungen der Vereinbarung von 1972 und der anderen Vereinbarungen zur gymnasialen Oberstufe müssen erfüllt sein; – in dem doppeltqualifizierenden Bildungsgang muß die gymnasiale Oberstufe in ihrer Struktur eindeutig erkennbar sein. Der 3-jährigen beruflich orientierten gymnasialen Oberstufe wird in einem einheitlichen Bildungsgang ein Schuljahr vor- oder nachgeordnet, das schwerpunktmäßig der Vermittlung zusätzlicher zum beruflichen Abschluß erforderlicher Inhalte dient. Die Kommission empfiehlt ... auf eine Sonderliste für zeitliche Modelle zu verzichten, weil bei abweichenden Modellen nach einer Übergangszeit eine Umstellung möglich und vertretbar erscheint bzw. die Fallgestaltung eines einschlägigen einheitlichen Bildungsganges nicht gegeben ist. Für den doppeltqualifizierenden Bildungsgang kommen ... (bestimmte) Berufe in Betracht (Normalkatalog) ...

Problembereich 6: Einheitliche Prüfungsanforderungen:

Entsprechend der in der ‚Vereinbarung über Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung‘ – Beschluß der KMK vom 1.6.1979 – geäußerten Absicht, die EPA in den einzelnen Fächern zu gegebener Zeit zu überprüfen und weiterzuentwickeln, vereinbart die Kultusministerkonferenz eine Ergänzung der EPA ... Für Prüfungsfächer, für die noch keine EPA bestehen, sind diese neu zu erarbeiten.“

Quellenhinweis: „zweiwochendienst Bildung, Wissenschaft, Kulturpolitik“ Nr. 11/87.

„In wesentlichen Bereichen Annäherung“ – Der KMK-Beschluß vom 12.6.87 im Wortlaut

„Fortschreibung der Oberstufenvereinbarung:

Die Kultusminister und -senatoren der Länder haben bei ihren Beratungen in Dortmund den Abstimmungsprozeß über die notwendige Einigung zur Fortschreibung der Vereinbarungen über die gymnasiale Oberstufe fortgesetzt. Auf der Grundlage von Empfehlungen ihrer Amtschefscommission ‚Neugestaltete gymnasiale Oberstufe‘ haben sie dabei in wesentlichen Bereichen Annäherung ihrer Standpunkte erzielt. Sie haben zugleich festgestellt, daß bei einigen Problembereichen noch weitere Klärung notwendig ist. Dies gilt für:

- den Umfang der Belegungsverpflichtung bei den Fächern der Gruppe Deutsch, Fremdsprache, Mathematik und im Bereich der Geschichte und der Naturwissenschaften;
- die Auflage für die Wahl der Abiturprüfungsfächer;
- das Gewichtungsverhältnis von Grundkursen, Leistungskursen und Abiturprüfung bei der Gesamtqualifikation;
- die Gestaltung von Bildungsgängen, in denen außer der allgemeinen Hochschulreife auch eine berufliche Qualifikation vermittelt werden soll.

Darüber hinaus hat der Schulausschuß noch einige weitere Detailpunkte zu klären. Die noch offenen Fragen sollen bis zur Kultusministerkonferenz im Oktober 1987 zur Entscheidungsreife geführt werden. Die Kultusminister und -senatoren halten nach dem erreichten Diskussionsstand den Abschluß einer Fortschreibung der Oberstufenvereinbarung noch im Jahre 1987 für realistisch.“

Quellenhinweis: Presseerklärung der KMK vom 12.6.87.

Sowjetunion

Welche Interessen verfolgen die Reformen der Wirtschaftsverwaltung?

„Was wollen Moskaus Reformer?“, fragte die „Neue Zürcher Zeitung“ am 14.5.86 und antwortete: „Es geht um die Einführung von Marktelementen in die Planwirtschaft...“ Inzwischen sind die Hoffnungen auf eine Entwicklung der Sowjetunion hin zum Markt ernüchert. Gleichwohl betrachten die Propagandisten der Marktwirtschaft in den westlichen Pressebüros die sowjetische Politik der Wirtschaftsreformen durchweg unter der öden Fragestellung: Entwicklung von Marktwirtschaft? So öde wie ihre Fragestellung ist ihre Berichterstattung; Informationen über die sowjetische Wirtschaftsverfassung, etwa über die Wirtschaftskompetenzen der Kommunen und Regionen, über das Verhältnis von Arbeitslohn und gesellschaftlichem Konsumtionsfonds, über die innere Organisation der Industriearbeit liefert sie nicht. Ohne diese Informationen aber ist die gegenwärtige Entwicklung der Sowjetunion schwer verständlich.

Änderungen der Wirtschaftsverwaltung

Am 29. Juni hat der Oberste Sowjet, das höchste Organ der sowjetischen Staatsgewalt, ein „Gesetz über den staatlichen Betrieb (staatliche Vereinigung)“ verabschiedet. Das Gesetz ist insofern von besonderem Interesse, als es als Ausgangspunkt für die weitere vom ZK der KPdSU angestrebte Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaftsleitung und Wirtschaftsverwaltung gilt. Die im folgenden begonnene Untersuchung der Wirtschaftsreformen soll in späteren Ausgaben fortgesetzt werden.

Die unter Gorbatschow voll entfaltete Kritikkampagne hat Änderungen der Wirtschaftsverwaltung und Wirtschaftsleitung zum Ziel. Kern der Kritik ist, daß die jetzige Verwaltung und Leitung die notwendige technologische Umwälzung der Produktion hemme, die Produktionsstruktur die wirtschaftlichen Erfordernisse und Konsumbedürfnisse nicht befriedige, Ressourcen und lebendige Arbeit vergeude.

Ein zentraler Teil des Betriebsgesetzes regelt die Beziehungen der Betriebe zu den ihnen übergeordneten Ministerien neu: Üben sie bisher ihre Wirtschaftstätigkeit unter direkter Anleitung aus - durch Direktivfestlegungen, die ihnen Auflagen erteilten und Ressourcen zuteilten -, so soll nun ihre Selbständigkeit gestärkt werden. Sie müssen zukünftig nach dem Prinzip der vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Selbstfinanzierung arbeiten. Das bedeutet, daß die Buchhaltung von den übergeordneten

Ministerien auf die Betriebe übergeht. Diese müssen ihre Ausgaben aus den Einnahmen decken. Der Gewinn wird zur Kennziffer und zum Maßstab ihres Wirtschaftens. Bei längeren Verlusten sollen sie stillgelegt werden - die bisher übliche Subventionierung „unrentabler“ Betriebe aus dem Staatshaushalt soll beendet werden. Umgekehrt wird den Ministerien das bisher praktizierte Recht genommen, den ihnen unterstellten Betrieben Finanzmittel zu entziehen, soweit dies nicht gesetzlich geregelt ist.

Auch sollen die Betriebe ihren Plan für Produktion und Absatz zukünftig selbst ausarbeiten: „Grundlage dafür“, so Gorbatschow auf dem Plenum des ZK der KPdSU Ende Juni, „darf nicht eine Vielzahl detaillierter Planaufgaben sein, die von den übergeordneten Organen angewiesen werden, sondern müssen direkte Aufträge von staatlichen Organisationen, Betrieben mit wirtschaftlicher Rechnungsführung und Handelsorganisationen für konkrete Erzeugnisse in der entsprechenden Menge und Güte sein.“ (1)

Die Stärkung der Selbständigkeit der Betriebe verfolgt erklärtermaßen das Ziel, ihre inneren Antriebe zur Entwicklung der Produktion zu stärken. Dem gleichen Zweck dient, daß das neue Betriebsgesetz erstmals und ausdrücklich den „ökonomischen Wettbewerb“ zwischen den Betrieben als „wichtigste Form des sozialistischen Wettbewerbs um vollständigste Befrie-

digung der Verbrauchernachfrage nach einer effektiven, hochqualitativen und konkurrenzfähigen Produktion bei sinkendem Aufwand“ festlegt. (2)

Konsequenterweise enthält das neue Betriebsgesetz als weitere Festlegungen, die jedoch noch nicht als eigene Gesetze formuliert sind, den Übergang von der bisherigen zentralen Zuteilung von Produktionsmitteln an die Betriebe zum Großhandel mit Produktionsmitteln; die Betriebe sollen sowohl untereinander wie zu den Verbrauchern direkte Beziehungen entwickeln. Angekündigt wird eine Reform der Preisbildung sowie des Finanz- und Kreditmechanismus, die beide den ökonomischen Wettbewerb zwischen den Betrieben fördern sollen.

Auch bei der knappen und unvollständigen Darstellung ist erkennbar, daß mit dem neuen Betriebsgesetz einschneidende Veränderungen eingeleitet sind. Die gestärkte Selbständigkeit der Betriebe hat zwangsläufig Auswirkungen auf die Stellung der zentralen staatlichen Wirtschaftsleitung und -verwaltung. Betroffen sind insbesondere die fast 50 Wirtschaftsministerien. Sie verlieren zahlreiche ihrer Funktionen. Auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU erklärte ZK-Generalsekretär Gorbatschow: „Die Ministerien müssen zu wirklichen wissenschaftlich-technischen Planungs- und Wirtschaftsstäben der Zweige werden... Um Versuche des Apparates der Ministerien zu unterbinden, die Betriebe administrativ zu bevormunden, müssen sie von den Funktionen operativer Wirtschaftsleitung entbunden werden, indem man die entsprechenden Struktureinheiten auflöst, die Zahl der Beschäftigten im Apparat der Ministerien und der ihnen zuarbeitenden Einrichtungen redu-



Eine Inspektorin des Amtes für Arbeitsvermittlung informiert sich über die Arbeitsbedingungen in einer Trikotagefabrik.

ziert.“ (1)

Ähnliches gilt für das zentrale Staatliche Plankomitee der UdSSR. Das ZK der KPdSU verwies auf seinem Juni-Plenum auf die Notwendigkeit, die Tätigkeit des Staatlichen Plankomitees grundlegend zu reorganisieren und es „in einen wirklich wissenschaftlich-ökonomischen Stab des Landes umzuwandeln, der frei von den täglichen Wirtschaftsfragen ist.“ (3)

Tendenzen zur Dezentralisierung

Von der bürgerlichen Presse fast vollständig unbeachtet blieb eine spätestens seit dem 27. Parteitag im März 1986 systematisch eingeleitete Entwicklung, ohne die die mit dem Betriebsgesetz vorangetriebenen Wirtschaftsreformen unverstanden bleiben müssen: die Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung.

Sowohl der Generalsekretär des ZK, Gorbatschow, wie der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Ryschkow, hatten auf dem 27. Parteitag für die Erweiterung der Kompetenzen der örtlichen und regionalen Sowjets gesprochen. Gorbatschow: „Heute können, ja müssen sie (die örtlichen Sowjets, d.Red.) sich in eines der wirksamsten Elemente der Aufbietung der Massen zur Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung unseres Landes verwandeln ... deshalb steuern wir entschlossen den Kurs auf stärkere Selbständigkeit und größere Aktivität der örtlichen Machtorgane ... In diesem Zusammenhang steht uns bevor, das Verhältnis zwischen den Sowjets und den auf ihrem Territorium liegenden Betrieben übergeordneter Unterstellung gründlich zu erörtern ...“ (4)

Und Ryschkow: „Größere Aufmerksamkeit sollte einer flexiblen Verknüpfung der Zweig- und der Territorialleitung geschenkt werden. Dabei gilt es, die Rechte der örtlichen Sowjets im Bereich der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und besonders in solchen Zweigen und Bereichen kühner auszubauen, die die tagtäglichen Belange der Werktätigen betreffen.“ (5)

In der 1977 verabschiedeten Verfassung der UdSSR heißt es in Art. 146 und 147 zu den Kompetenzen der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten u.a.: Sie „leiten auf ihrem Territorium den staatlichen, wirtschaftlichen sowie sozial-kulturellen Aufbau; sie bestätigen die Pläne für die ökonomische und soziale Entwicklung sowie den örtlichen Haushalt; sie leiten die Tätigkeit der ihnen unterstehenden staatlichen Organe, Betriebe, Einrichtungen und Organisationen ... Im Rahmen ihrer Kompetenzen gewährleisten die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten die komplexe ökonomische und soziale Entwicklung auf ihrem Territorium

Tatsächlich waren ihre Kompetenzen in der Praxis ziemlich begrenzt,

vor allem auch dadurch, daß sie nicht über eigene Mittel verfügten, sondern ihre Haushaltsmittel zentral zugeteilt bekamen. Inzwischen ist die Ausweitung ihrer Kompetenzen teils eingeleitet – eine gemeinsame Verordnung des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrats der KPdSU vom Juli 1986 legt „Maßnahmen zur Hebung der Rolle und der Verantwortlichkeit der Sowjets der Volksdeputierten für die Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung“ fest (6) –, teils in Vorbereitung.

Die Änderungen sind einschneidend: Der Haushalt der örtlichen Sowjets speist sich zukünftig nicht mehr aus zentralen Zuteilungen, sondern aus einem festgelegten Anteil an den Gewinnen der Betriebe auf dem jeweiligen Territorium. Dies zieht unweigerlich eine Ausweitung ihrer Einwirkungs- und Kontrollrechte nach sich.

In der Vergangenheit schon unterstanden den örtlichen Sowjets Betriebe von örtlicher Bedeutung, insbesondere aus dem Bereich der Konsumgüterproduktion und dem Dienstleistungsreich. Jetzt werden bei den Sowjets Kommissionen für die wirtschaftliche Entwicklung eingerichtet. Ihre Aufgaben umriß Gorbatschow auf dem Juni-Plenum des ZK:

„Die gesammelten Erfahrungen sprechen dafür, daß die Tätigkeit der territorialen Organe vor allem auf das Problem der komplexen Entwicklung der Region und auf die rationelle Nutzung der örtlichen Ressourcen – der Arbeitskräfte, der natürlichen, der Produktions- und Wirtschaftsressourcen – konzentriert wird.“ (1)

Das neue Betriebsgesetz legt alle staatlichen Betriebe darauf fest, sich „aktiv an der vom Sowjet der Volksdeputierten ... durchgeführten Arbeit zur Gewährleistung der komplexen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Territoriums, zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, zur Bildung des örtlichen Budgets“ zu beteiligen. (2) (unautorisierte Übersetzung) Die Betriebsleitungen werden den örtlichen Sowjets rechenschaftspflichtig – bisher wurden sie in der Praxis von den Parteigeietsorganisationen zur Rechenschaft gezogen.

Die Neuordnung der Beziehungen zwischen den Zweigleitungen – d.h. der Zentrale, den Ministerien – und den Territorialleitungen – d.h. der örtlichen und regionalen Sowjets – ist in vollem Gange. In welcher Richtung sich die Diskussion bewegt, macht wiederum das Juni-Plenum des ZK der KPdSU deutlich:

„Der zentralen Leitung könnten künftig anstatt der jetzigen 37000 in den Staatsplan einbezogenen Industriebetriebe einige tausend große Zweigvereinigungen, zweigübergreifende und Zweigterritorialvereinigungen unterstehen ... Daneben könnte es unter der

Leitung der Republiks- und örtlichen Organe Zehntausende mittlerer und kleiner Betriebe geben, darunter genossenschaftliche, die auf die Belieferung großer Vereinigungen und auf den örtlichen Markt orientiert sind.“ (1)

Unter dem Gesichtspunkt der Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung und Wirtschaftsleitung werfen die mit dem Betriebsgesetz zusammenhängenden Reformen einige interessante Fragen auf: Welche Rolle spielen die Kommunen und Regionen bei der Nachfrage nach Produkten? Welche Kompetenzen haben sie bei der Verteilung der Produkte? Welche Kompetenzen im Verhältnis zwischen den Produzenten und den Konsumenten? Welchen Einfluß werden sie auf die Preisbildung nehmen können? Unter wessen Kontrolle – Gorbatschow sprach allgemein von „Staatsorganen“ – und Leitung wird der Großhandel stehen?

Quellenhinweis: (1) Referat von M. Gorbatschow auf der Tagung des ZK im Juni 1987, UZ-Dokumentation, 1.7.87; (2) Entwurf: Gesetz der UdSSR „Über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung)“, unautorisierte Übersetzung; (3) Dokumente der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR, 37/87; (4) 27. Parteitag der KPdSU, Sowjetunion zu neuen Ufern?, S. 103; (5) ebenda, S. 352; (6) B. Meißner, Reformen der Wirtschaftsverwaltung ..., in: Osteuropa Wirtschaft, 4/86. – (scc)

Türkei

Die Lage der Gefangenen wird erneut schlechter

Wie bekannt ist, versucht der türkische Staat alles in seinen Möglichkeiten Stehende, um sich vor der Weltöffentlichkeit als „ein Staat auf dem Weg zur Demokratie“ darzustellen. Deswegen werden in letzter Zeit jede Menge „Freiheiten“ und „demokratische Grundrechte“ gegeben. Natürlich wird dabei sehr wohl darauf geachtet, daß der Rahmen des institutionalisierten Faschismus, der sich in den Grundsäulen des türkischen Herrschaftssystems widerspiegelt, nicht überschritten wird. Dabei gibt es einige Störfaktoren, wie z.B. die nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen über 40000 politischen Gefangenen. Bisher ging man in dieser Frage so vor, daß den politischen Gefangenen unter der Bedingung, daß sie ihre politische Identität aufgeben und sich beugen, einige Rechte zugestanden wurden. Als aber aufgrund des andauernden Widerstandes und der unbeugsamen Haltung der Gefangenen diese Pläne zunichtegemacht wurden, dachte man sich neue Methoden aus. So wurde in der letzten Zeit die gesamte Führungsschicht des Widerstands in den Gefängnissen von

den anderen Gefangenen getrennt und in sogenannte „Spezialgefängnisse“ verlegt, wo sie sich in Isolationshaft und Kontaktsperre befinden. Seit März dieses Jahres wurden über 100 Gefangene aus den verschiedenen Gefängnissen in Kurdistan in die Spezial-Gefängnisse von Eskisehir und Aydin verlegt. Die Situation in diesen Gefängnissen ist nach Angaben der Angehörigen dieselbe wie im berüchtigten Gefängnis von Diyarbakir von 1981 bis 1984. Deswegen führen die Gefangenen Widerstandsaktionen durch. Sie werden dabei durch Aktionen ihrer Angehörigen unterstützt. So führten die Gefangenen in Eskisehir, Aydin und Mersin im Juni einen dreiwöchigen Hungerstreik durch, die Angehörigen veranstalteten mehrere Demonstrationen und Sitzstreiks.

Zur gleichen Zeit wurden in Diyarbakir die Gefangenen einer erneuten Repressionswelle ausgesetzt. Nach einigen erfolgreichen Aktionen der Guerilla wurden als Vergeltung mehrere Gefangene von sogenannten „Einsatztruppen“ zum erneuten „Verhör“ geholt. Dabei wurde der Kriegsgefangene der PKK Mehmet Kalkan am 21. Juni ermordet. Die Gefangenen begannen daraufhin einen Hungerstreik, den sie erst abbrachen, als die Gefängnisverwaltung Zugeständnisse machte. Hatte sie anfangs die Ermordung Mehmet Kalkans als „Selbstmord“ hinstellen wollen, so soll nun eine Untersuchungskommission seinen Tod „untersuchen“. In anderen Gefängnissen konnten die Gefangenen durch ihre Aktionen bessere Haftbedingungen durchsetzen, u.a. längere Besuchs- und Waschzeiten. – (vic, Kurdistan-Komitee)

Schweiz

Flüchtlingsbehörde will Tamilen ausweisen

Rund 1000 tamilische Asylbewerber aus Sri Lanka will der staatliche Delegierte für Flüchtlingswesen (DFW), Peter Arbenz, in den nächsten zwei bis neun Monaten aus der Schweiz ausweisen. Bei den Flüchtlingen handelt es sich um Bewerber, die von der Behörde schon abgewiesen wurden. Auf eine „Ausschaffung“ hatte der Schweizer Staat bislang allerdings verzichtet; zu offensichtlich war, daß eine Abschiebung, vor allem in die Bürgerkriegsgebiete im Norden und Osten Sri Lankas, für viele Tamilen einem Todesurteil gleichkommen würde. Die rechtliche Möglichkeit für diese Maßnahme hatte der Berner Bundesrat allerdings schon im Oktober 1986 geschaffen, als er einen bis dahin gültigen Ausschaffungsstopp für Tamilen aufhob.

Noch im Mai vergangenen Jahres

hatte Arbenz selber es als unmöglich bezeichnet, Tamilen in die Bürgerkriegsgebiete der Insel zurückzuschicken. Die heutige Lage beurteilt er „nicht grundsätzlich anders“. Trotzdem, so seine lapidare Auskunft, könne heute eine Rückkehr grundsätzlich allen tamilischen Asylbewerbern zugemutet werden. Neben den direkt betroffenen abgewiesenen Asylbewerbern droht weiteren 2000 asylsuchenden Tamilen dasselbe Schicksal.

Die Maßnahme liegt ganz auf der Linie der von reaktionären konservativen und liberalen Parteien eingeschlagenen härteren Gangart in der Ausländer- und Asylpolitik. Vorreiter dabei ist die faschistische „Nationale Aktion“ (NA), die offen und ungezügelt Fremdenhaß schürt. Die bürgerliche Regierungsmehrheit in der Schweiz hat im April dieses Jahres ein verschärftes Asylgesetz per Volksabstimmung durchgesetzt. Anfang Juli stürmte die Polizei ein Flüchtlingsheim, in dem Asylbewerber gegen die schlechte Behandlung im Hungerstreik waren.

Vertreter der Schweizer Regierungsparteien FDP (Freie Demokratische Partei), SVP (Schweizer Volkspartei) und CVP (Christliche Volkspartei) stellten sich nach Bekanntgabe von Arbenz' Plänen eiligst hinter den Chef der Flüchtlingsbehörde. Als „vernünftig“ und „wohl abgewogen“ bezeichnete FDP-Sprecher Beusch die Entscheidung, CVP-Generalsekretär Fagagnini erklärte gar, der DFW handle „in human einwandfreier Weise“. Lediglich die ebenfalls in der Regierung vertretene SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) protestierte.

Die Opposition gegen die reaktionäre Schweizer Asylpolitik, vor allem in lokalen und überregionalen Flüchtlingskomitees organisiert, wurde von der Ankündigung des Flüchtlingsdelegierten völlig überrascht. CEDRI, das Europäische Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter, befürchtet, daß die Sommerflaute dazu benutzt werden soll, um „in Ruhe alles das durchzuführen, was sonst nicht möglich ist“. Ähnlich äußerte sich das „Asylkomitee Schweiz“, das vermehrt Polizeiaktionen gegen Flüchtlinge während der Sommerferien erwartet und den Ausschaffungs-Beschluß einen „Machtmißbrauch und eine Provokation“ nennt. Die „Aktion für abgewiesene Asylbewerber“ (AAA) forderte statt Abschiebung eine „offene Internierung“, d.h. befristete Aufenthaltsgenehmigung bei freier Wohnung und Arbeit. Gegen die Pläne der Schweizer Asylbehörde haben inzwischen auch „amnesty international“ und das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen protestiert.

Quellenhinweis: NZZ, div. Ausgaben 02.-12.07., Tagesanzeiger, 08.07., 10.07., Die Wochenzeitung, 10.07. – (jüg)

Asylpolitik

Europaweite Harmonisierung steht bevor

In fast allen westeuropäischen Ländern stehen weitere Verschärfungen in der Asyl- und Ausländerpolitik bevor. Über das Europaparlament der EG und den Europarat, in dem Vertreter von 21 westeuropäischen Staaten, neben den EG-Staaten u.a. Österreich, die Schweiz, die Türkei und Schweden sitzen, soll eine europaweite Harmonisierung der Asylpolitik in Form einer Asyl- und Flüchtlingskonvention verabschiedet werden. Zur Harmonisierung droht dabei der Standard der Asylpolitik und -gesetzgebung zu werden, bei dem weitgehende Ansprüche auf Asyl bereits beseitigt sind. Dabei spielt die Asylpolitik der BRD ohne



Zweifel eine Vorreiterrolle und sind die Vertreter der Bundesregierung die vehementesten Verfechter dieser Art „Harmonisierung“.

Ende April hatten die Regierungen der EG-Staaten im Europäischen Rat ohne vorherige Anhörung des Europaparlaments (EP) Verschärfungen zur Visa- und Asylpolitik beschlossen. Dagegen protestierte die Mehrheit des EP, die Fraktion der Sozialisten, Kommunisten, die Grün-Alternativen sowie Teile der Liberalen. Sie kritisierten bereits am jetzigen Zustand der Asylpolitik und -gesetzgebung, daß in der EG Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen durch die Grenzbehörden vorliegen, die in wachsender Zahl Asylbewerber mit Gewalt in Länder ihrer früheren Durchreise oder gar in die Länder, aus denen sie fliehen mußten, zurückschicken. Das Europaparlament beschloß eine Aufforderung an die Mitgliedstaaten, alles zu unterlassen, was die tatsächliche und rechtliche Lage der künftigen und der bereits im Lande befindlichen Asylbewerber verschlechtert.

Unterdessen laufen auch die Vorbereitungen im Europarat für die Ver-

schärfung des Asylrechts. Vom 29. Juni bis zum 4. Juli tagte in Lausanne die Parlamentarische Vertretung des Europarates, in der 170 Abgeordnete aus den Parlamenten der 21 Europaratsmitglieder vertreten sind. Dabei zeichnet sich nach Presseberichten folgendes ab. Es soll eine „Europäische Asyl- und Flüchtlingskonvention“ in enger Zusammenarbeit mit der EP erarbeitet werden. Die Notwendigkeit einer solchen Konvention wurde nicht bestritten. Die Aufnahmeentscheidung soll den einzelnen Staaten überlassen bleiben, man wolle aber dem „ungeheuren Mißbrauch“ des Asylrechts durch enge Zusammenarbeit begegnen. Entscheidungen des einen Landes sollten auch von den anderen Konventionspartnern anerkannt werden, d.h. ein Asylbewerber erhält bei Ablehnung in einem Konventionsland kein Asyl in Westeuropa. Die Konvention soll auch die „Konvention gegen den Terrorismus“ einschließen. Damit wäre das Asylrecht z.B. für baskische und kurdische Flüchtlinge bereits europaweit abgeschafft. Der Asylharmonisierung müßte eine „gemeinsame Sprachregelung“ vorangestellt werden, dies sei notwendig, denn es seien zwischen einigen Hunderttausend und einigen Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende in den westeuropäischen Ländern. Deshalb sollte klar unterschieden werden zwischen „Flüchtlingsen aus politischen Gründen oder wegen echter wirtschaftlicher Not“ einerseits und „Wirtschaftsflüchtlingsen“ andererseits. Damit werden massenhafte Abschiebungen und Asylverweigerungen vorbereitet und die Hetze gegen Asylbewerber verschärft. Auch die Identifizierung sollte nach den Vorstellungen vieler Europaratsparlamentarier vereinheitlicht werden, beispielsweise durch Fingerabdrücke wie in Frankreich, oder in der Schweiz.

Quellenhinweis: NZZ, 28.06.-10.07.; Europäische Zeitung, 7-8/87 - (sie)

Haiti

Breites Bündnis gegen Militärregierung

Mit Generalstreiks und Demonstrationen kämpfen die lohnabhängigen Massen Haitis seit Wochen für die restlose Beseitigung des sog. Duvalierismus. Das Kalkül der Imperialisten, mit der Ablösung Duvaliers vor anderthalb Jahren durch Militärs einen einfachen Maskenwechsel vorzunehmen und den halbkolonialen Status aufrechtzuhalten, droht zu scheitern. Ausgelöst wurden die jüngsten Auseinandersetzungen im Mai durch die Ankunft von 15 US-amerikanischen Militärberatern, die die Streitkräfte Haitis in Logistik und „Eindämmung von Massendemonstrationen und zivilem Ungehorsam“ aus-

bilden sollten. Danach gingen Polizeitruppen gegen Streikende vor, die eine Anhebung der Niedriglöhne um 100% forderten. Der gesetzliche Mindestlohn liegt derzeit bei umgerechnet ca. 5,30 DM/Tag. Hunderttausende Haitianer verdienen noch weniger.

Führende Kräfte in den Kämpfen sind die Gewerkschaften und die „Brigade zur Verteidigung der Verfassung“, in der 57 Organisationen, darunter auch die einflußreiche „Einheitspartei der haitianischen Kommunisten“ (PUCH), zusammengeschlossen sind. Mitte Juni kündigten die Militärs an, die Kontrolle über die angekündigten Wahlen zu übernehmen. Gleichzeitig verboten sie den Gewerkschaftsdachverband CATH, der inzwischen wieder zugelassen werden mußte.

Umstritten bleibt innerhalb der politischen Opposition die Haltung zu der vom Verfassungsrat vorgelegten neuen Verfassung, die auch von der Militärregierung und der katholischen Kirche unterstützt wird. In einer Volksabstimmung billigten über 90% den Verfassungsentwurf bei einer Beteiligung von knapp 50%. Die CATH und linke Orga-

nisationen hatten zum Boykott aufgerufen. Der Verfassungsentwurf enthält eine Reihe von Zugeständnissen an die politische Opposition, so u.a. Abschaffung des Kommunismusverbots, Recht auf Schulbildung und medizinische Versorgung, Verbot von ausländischen Militärbasen. Das Créole, die Sprache von 90% der Bevölkerung, soll neben dem Französischen, die Kolonialsprache, zur Amtssprache werden. Die Besitzverhältnisse auf Haiti werden nicht angetastet.

Die „Brigade zur Verteidigung der Verfassung“ fordert nach den Massakern der Militärs den sofortigen Rücktritt der Militärregierung und die Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“. Auch auf dem Lande haben die Proteste zugenommen. Kleinere Städte gerieten den Militärs außer Kontrolle, Händler und kleine Gewerbetreibende schlossen sich den Streiks an. Bauern boykottieren seit Wochen Steuerzahlungen, solange die Regierung die Befriedigung von Grundleistungen verweigert.

Quellenhinweis: UZ, NZZ, 09.07.; Le Monde, 02.-07.07. - (sie)

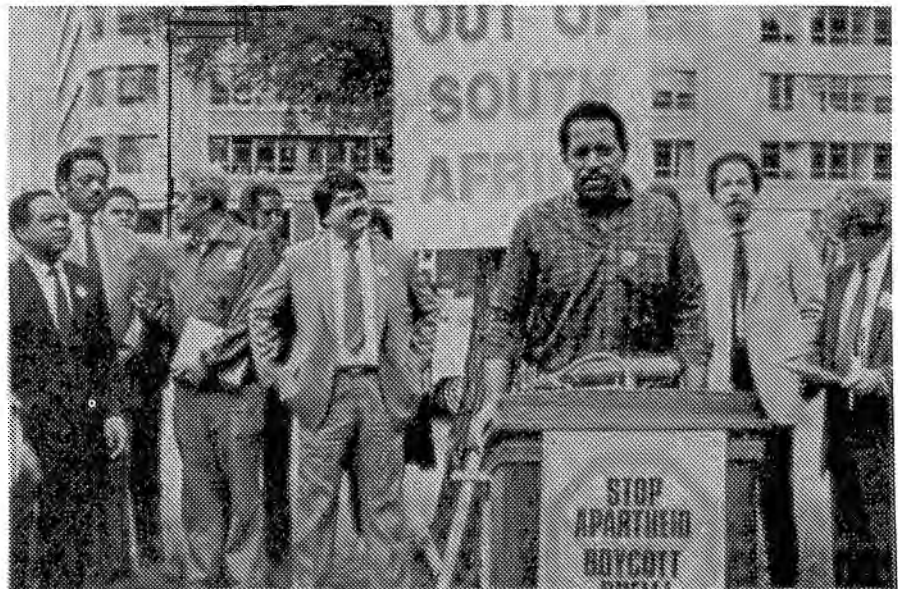
USA

Kampf gegen Apartheid in einer neuen Phase

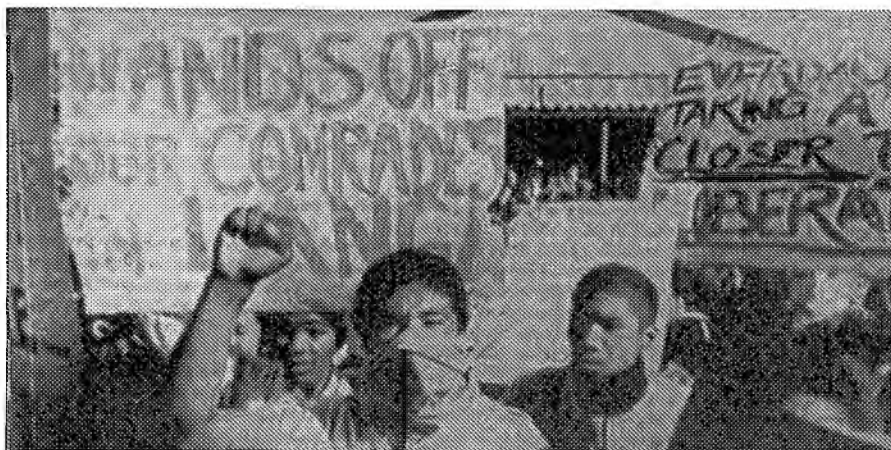
Die Wiederwahl des südafrikanischen Botha-Regimes trotz weltweiter Solidarität mit dem Kampf gegen Apartheid hat in den USA unter Investoren, die in Südafrika anlegen, doch einiges Mißbehagen ausgelöst. Am 3. Juni hat der Baptisten-Pfarrer aus Philadelphia, Reverend Leon H. Sullivan, nach langen Überlegungen zum totalen ökonomischen Boykott gegen das Regime in Südafrika aufgerufen und kündigte an, daß Investoren, die etwa 80-90 Mrd.

Dollar vertreten, hinter ihm stünden. Auf seiner Pressekonferenz in der US-Hauptstadt nannte er Südafrika ein Land der Unterdrückung und einen Polizeistaat. Er forderte die US-Regierung auf, die diplomatischen Beziehungen zu Südafrika abzubrechen.

Pfarrer Sullivan, der im Aufsichtsrat der General Motors Corporation sitzt, diene den Kapitalisten seit zehn Jahren als Rechtfertigung für ihre andauernde Ausbeutung der schwarzen Ar-



Kundgebung des AFL-CIO für einen US-Wirtschaftsboykott gegen Südafrika



In Südafrika/Azania streiken und demonstrieren die schwarzen Schüler verschiedener Schulen in der Region um Kapstadt. Sie protestieren gegen die drohende Disziplinierung von über 70 Lehrern. Die Schulaufsicht beschuldigt diese Lehrer der Anstiftung zum Aufruhr. Die Schüler verurteilen ferner die Schließung der Lanca Senior Secondary School in Kapstadt durch die dortigen Schulbehörden und daß in der letzten Woche ein Jugendlicher in Athlone von Polizeikräften erschossen wurde. Er war der Zugehörigkeit zu einer Guerillaorganisation verdächtig worden. (Auf Transparenten der Schülerdemonstration: „Hände weg von unseren Genossen in Lanca“ und „Jeder Tag bringt die Befreiung näher“ – sie)

Bangladesh: Generalstreik gegen Militarisierung

Mit einem mehrtägigen Generalstreik, mit Massendemonstrationen und der Besetzung von Universitäten haben die Arbeiter, Bauern und Studenten in Bangladesh Mitte Juli ein Gesetz zu verhindern gesucht, das die Militarisierung der Gesellschaft vorantreibt. Das in kürzester Frist durch's Parlament gepeitschte Gesetz sieht die Berufung von Militärs in die Bezirksräte der 64 Distrikte des Landes vor. Die Gewerkschaft der Lohnabhängigen in der Industrie und im Transportwesen SKOP, die zu den Kampfkationen aufgerufen hatte, forderte die Rücknahme des Gesetzes, den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen. Die Regierung setzte

Anti-Aufruhr-Polizeieinheiten ein und ließ u.a. die Universität in Dhaka schließen. – (scc)

Panama: Die Arbeiterbewegung tritt auf den Plan

Auf Aufruf v.a. des Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaft im öffentlichen Dienst demonstrierten am 9.7. mehrere tausend Arbeiter für eine „Demokratie des Volkes und nicht der Unternehmer“. Sie griffen die US-Einmischung in Panama an und die Kollaboration der Oppositionsparteien mit den USA: Diese wollten die Kanalzone bis ins nächste Jahrtausend besetzt halten. Der Regierung warfen sie weitgehende Zugeständnisse an die imperialistischen Gläubiger, die Weltbank und den IWF vor. – (scc)

Schweden: „Wir können nicht Mitglied der EG werden“

Die schwedische Wirtschaft ist vergleichsweise stark exportorientiert. Im Jahre 1984 erreichte Schweden in der Liste beim Weltexport den 13. Platz. Gemessen an der Bevölkerung ist die Exportquote ca. 140% im Vergleich zur BRD. Das macht den realen Hintergrund der Diskussion in Schweden aus. Die Kapitalistenverbände sind in der Diskussion für eine europäische Anbindung Schwedens. Mehr als 50% seiner Exporte gehen in die EG, hier vornehmlich nach Westdeutschland und in das ehemalige EFTA-Land Großbritannien. Mit den EFTA-Partnern wickelt Schweden lediglich 20% seiner Exporte ab. Vor diesem Hintergrund machte die schwedische Ministerin für Außenhandel, Anita Gradin, in einem Interview die oben zitierte Aussage. Ihre Argumentation ist aber wegen eigener Einschränkung wenig schlagend, um Bestrebungen einer Einbindung zu widersprechen. So berichtet sie, daß, als von der EG 1972 der freie Markt für Industrieprodukte geschaffen wurde, in Schweden allerlei Gesetze folgten, die diese Normen zur Anwendung bringen. Dazu gehören 300 Direktiven. Diese entstammen u.a. dem 1972 zwischen EG und EFTA in Luxemburg geschlossenen Abkommen. Vor dem Hintergrund, daß die EG bis 1992 den gemeinsamen Markt haben will, hat Schweden mit der EFTA im April 1987 ein Büro bei der EG in Brüssel eröffnet. Die genaue Begründung gegen eine EG-Mitgliedschaft stützt Anita Gradin auf die militärische Zusammenarbeit in der EG. Sie sieht die Neutralität Schwedens berührt. Wie haltbar diese Argumente sind, wird sich zeigen. Konzerne wie Bofors mit Rüstungsexporten werden daran rütteln. – (uwb)

beiter in Südafrika und ihrer aktiven Unterstützung des Apartheid-Regimes. 1977 hatte Rev. Sullivan nämlich seine Moralregeln zur menschenwürdigen Behandlung schwarzer Arbeiter in Südafrika aufgestellt. Von den etwa 200 US-Firmen, die Direktinvestitionen in Südafrika besitzen, sollen angeblich 128 ihre schwarzen Arbeiter nach diesen Regeln behandeln; ein willkommenes Alibi.

Vor zwei Jahren nun hat Pfarrer Sullivan sein Gewissen geprüft und gefunden, daß Apartheid abgeschafft werden muß – soll es nicht zum Sieg der Revolution kommen. Er verkündete ein öffentliches Ultimatum: Wenn bis zum 31. Mai 1987 Apartheid nicht abgeschafft ist, würde er zum totalen Boykott aufrufen. Anti-Apartheidgruppen in den USA, obwohl gegen Sullivan, billigen seinem Aufruf einigen Einfluß zu. Ein Sprecher der US-Regierung sowie der Vorsitzende des Konsor-

tiums von Kapitalisten, die in Südafrika investieren, beeilten sich natürlich zu erklären, Pfarrer Sullivans Boykottaufruf würde der Sache des Friedens und der Gerechtigkeit in Südafrika nicht nützen, und bedauerten, daß Pfarrer Sullivan sich zu dem Boykottaufruf habe hinreißen lassen.

Auch beobachten die Kapitalisten mit Sorge das Verhalten ihrer „Klein“-Aktionäre. Immer mehr bestehen darauf, ihre Abstimmungsrechte selbst wahrzunehmen. Vorlagen für Rückzug aus Südafrika erreichen z.T. erstaunliche Stimmenanteile.

Abstimmungen auf Aktionärsversammlungen über den Rückzug aus Südafrika

Unternehmen	Stimmen für Rückzug
Black & Decker	16,1%
Caterpillar	12,9%
Chevron Corp.	10,7%
Citicorp	13,6%

Control Data Corp.	15,7%
Deere & Co.	20,0%
DuPont Co.	5,6%
Firestone Tire & Rubber	13,2%
Ford Motor Co.	5,6%
General Motors Corp.	10,8%
Gillette Co.	18,0%
Goodyear Tire & Rubber	11,6%
Hewlett Packard Co.	10,6%
Mobil Corp.	14,7%
NCR Corp.	13,1%
Phelps Dodge Corp.	22,0%
Schering-Plough Inc.	12,0%
SmithKline Beckman Co.	16,8%
Texaco Inc.	10,2%
United Technologies	13,7%
USX Corp.	17,0%
Union Carbide Corp.	16,9%
Upjohn Co.	18,0%
Warner-Lambert Co.	13,9%
Xerox Corp.	8,9%
(Auszug aus Daten des Investor Responsibility Research Center)	
Vertreter von Investitionsfirmen be-	

Abkommen zwischen der Türkei und Syrien

Der türkische Ministerpräsident Özal gab den Abschluß eines Abkommens mit Syrien über die militärische Sicherung der 900 km langen gemeinsamen Grenze bekannt. „Feindliche Operationen gegen die Türkei von Syrien aus“ sollen unterbunden werden, gemeint ist der Befreiungskampf des kurdischen Volkes. Die Türkei setzte die syrische Regierung mit der Drohung unter Druck, das für Syrien wichtige Euphratwasser abzusperren. Die Türkei baut mit Unterstützung der Imperialisten mehrere Staudämme. – (sie)

Türkisch-Kurdistan: Erfolgreiche Aktionen

Guerillaverbände der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) haben in den letzten Tagen mehrere erfolgreiche Aktionen gegen Einrichtungen des türkischen Staates in Türkisch-Kurdistan durchgeführt. So griffen Einheiten der ARGK in der Nacht vom 8. zum 9.7. die Häuser von „Dorfschützern“ in Yuvacik und Pecenek in der Provinz Mardin an. Dabei wurden 25 Dorfschützer getötet. In der Nähe des Dorfes Kocyigit in der Provinz Hakkari griff eine ARGK-Einheit eine Soldatentruppe an. Die Zahl der dabei getöteten Soldaten ist noch nicht bekannt. Am Abend des 10. Juli griffen Guerillaeinheiten die Kreisstadt Nazmiye in der Provinz Dersim an. Während eine Einheit das dort stationierte Gendarmiebataillon für Kommandoeinheiten unter Feuer nahm, hielt die andere mitten in der Stadt eine Kundgebung ab. Die größte Aktion fand am 12. Juli statt. Mehrere Einheiten der ARGK griffen die Gendarmiebrigade in der Provinzhauptstadt Dersim (ca. 200 000 Einwohner) an, hielten gleichzeitig im Zentrum der Stadt eine Kundgebung

ab. Das Krankenhaus Dersim meldete hinterher „zahlreiche Tote und Verletzte“. Der Gouverneur von Tunceli erklärte, er könne zu dem Überfall keine Erklärung abgeben, da in der Stadt noch Schüsse zu hören seien. – (rül)

USA: 21 illegale Einwanderer auf Transport gestorben

Das neue Einwanderungsgesetz der USA hat weder den Zwang für viele mexikanische Arbeiter beseitigt, Arbeit in den USA zu suchen, noch das Verlangen der Agrar- und Restaurant-Kapitalisten in den USA nach billigsten Saisonarbeitern. Nur zum Überqueren

der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze sind sie jetzt noch mehr den Menschenhändlern ausgeliefert. Am 2. Juli sind 18 mexikanische Arbeiter bei einem solchen Schmuggeltransport in Texas in einem von außen verriegelten Güterwagen bei Innentemperaturen von 50 Grad erstickt. Eine Woche später wurden 19 illegale Einwanderer aus Mexiko noch lebend ebenfalls aus einem Güterwagen gezogen. Am 13. Juli fand ein Suchtrupp der Grenzpolizei 23 Illegale aus Mexiko in einem Wüstengebiet in Arizona. Drei von ihnen starben an Verdunstung. – (ger)



Nach den Massendemonstrationen der letzten Wochen hat die südkoreanische Militärregierung Teile des Kabinetts ausgetauscht. Zum neuen Regierungschef ernannte Präsident Chun Doo Hwanh, der vom Vorsitz der Regierungspartei zurücktrat, den früheren Luftwaffenchef und Botschafter in Washington, Kim Chung Yul, zum Verteidigungsminister den ehemaligen Generalstabschef, Chung Ho Yong. Gleichzeitig kündigte die Militärregierung an, einen Teil der politischen Gefangenen freizulassen. Bürgerliche Oppositionspolitiker haben diese Maßnahmen begrüßt, forderten jedoch ein „neutrales ziviles Übergangskabinett“. Ihre Verhandlungen mit den Militärs stießen auf Proteste innerhalb der Opposition. An der Trauerdemonstration (Bild) für einen zu Tode gefolterten Studenten beteiligten sich Zehntausende. – (sie)

stätigen, daß in der Vergangenheit ihre Investoren ihre Geldanlagen in Südafrika von der Einhaltung der Sullivan-Prinzipien abhängig gemacht hätten. Mit dem Boykottaufruf von Sullivan sind diese nun sozusagen hinfällig geworden, selbst wenn die Kapitalisten versichern, sie würden auch ohne Sullivan weiterhin seine Prinzipien beachten. Es wird jetzt schwerer sein, Geld für südafrikanische Investitionen anzulocken. Eine Investitionsfirma hat gleich nach dem Aufruf sechs US-Firmen von ihrer Investitionsliste gestrichen. Schon gibt es in 22 der 50 Staaten der USA Gesetze, die die Anlage von öffentlichen Geldern in Südafrika beschränken, und frühere Anlagen werden zurückgezogen. Die Summe dieser Gelder, die der weiteren Anlage in Südafrika entzogen sind, beträgt etwa 300 Mrd. Dollar. Nicht zuletzt durch den anhaltenden Protest von Studenten sind derzeit auch mehr als

30 Mrd. Dollar an Investitionsgeldern von Privatuniversitäten nicht mehr anlegbar in Südafrika. Gewerkschaften und vor allem gewerkschaftlich kontrollierte Pensionskassen sind dabei, ihre Geldanlagen aus Südafrika zurückzuziehen. So hat z.B. der Verwaltungsrat für die Pensionskasse der Lehrer in Pennsylvania beschlossen, seine 900 Mio. Dollar (von 11 Mrd. insgesamt im Fonds) aus Südafrika abzurufen. Er macht die Durchführung aber von einem juristischen Gutachten abhängig, das die Rechtmäßigkeit des Vorgehens bestätigen soll.

Natürlich sieht die Bourgeoisie dieser Entwicklung nicht untätig zu. In Baltimore haben Vertreter der städtischen Pensionskasse ein Gerichtsverfahren angestrengt, das ein Gesetz des Stadtrats über den Rückzug von Investitionen als illegal erklären lassen soll. Zwei wichtige Fragen mit weitreichenden Konsequenzen wollen sie sich in

diesem Verfahren klären lassen, das von der US-Regierung mit Aufmerksamkeit verfolgt wird: einmal geht es um die gesetzlich festgelegte Pflicht, Pensionsgeber so profitabel wie möglich anzulegen, die durch politische oder soziale Beschränkungen nicht verletzt werden dürfe. Dabei kann dann breit gehetzt werden: einerseits, da die Höhe der Pensionen feststeht und, falls die Fonds nicht ausreichen, Steuergelder zur Aufstockung benutzt werden müssten. Andererseits gibt es Pensionspläne, wo die Pensionäre direkt an den Gewinnen beteiligt sind. Zum anderen sei ein Gesetz, das Geldanlagen in einem anderen Land verbiete, eine Einmischung in das alleinige Recht der Bundesregierung, die Außenpolitik zu bestimmen. Noch im Juli wird eine Entscheidung des Gerichts erwartet.

Quellenhinweis: Philadelphia Inquirer, Mai-Juli 1987 (her)

- Veröffentlichungen -

BDI zur EG-Reform: „Basis für Fortschritte“

Die BRD-Monopole stehen in der Europa-Politik vor neuen Fortschritten. Am 1.1.1988 wird die „Einheitliche Europäische Akte“ (EEA), die bislang umfangreichste Änderung der EG-Verträge, in Kraft treten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat aus diesem Anlaß eine Dokumentation herausgegeben, die die Vorteile der neuen EG-Verträge und die nächsten Ziele der westdeutschen Monopolbourgeoisie im Kampf um die Beherrschung der Großraum-Marktwirtschaft EG beschreibt. „Von besonderer Bedeutung ist der vorgesehene Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Rat in binnenmarktrelevanten Bereichen. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden ... zur Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 ...“ Dahinter steckt die Absicht, künftig die EG-Entscheidungen noch stärker nach westdeutschen Interessen beeinflussen zu können. Z.B. bei öffentlichen Aufträgen. Diese erreichen laut BDI in der EG jährlich ein Volumen bis zu 824 Mrd. DM, „die zu mehr als 75% nur einem beschränkten Kreis nationaler Bewerber zugute kommen“. BRD-Monopolen stärkeren Zugang zu diesen Aufträgen zu verschaffen, ist eine der Absichten des BDI. Allgemein gelte es, „die Allokation (räumliche Verteilung, d. Red.) der Produktionsfaktoren zu den optimalen Standorten“ auf EG-Ebene zu erreichen. Übersetzt heißt das etwa: Arbeitskräfte dahin, wo sie am billigsten sind, Kapital dahin, wo die Rendite am höchsten ist. (BDI-Dokumentation, Einheitliche Europäische Akte, Köln, April 1987 - rül)

Gewerkschafts- Jahrbuch 1987

Wer sich einen Überblick verschaffen will über die Angriffe der Kapitalisten auf Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und über den gewerkschaftlichen Kampf dagegen, wird ohne das Gewerkschaftsjahrbuch nicht auskommen. In 22 Abschnitten sind die jeweilig wichtigen Daten und Fakten zusammengestellt.

Die Auswirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes sind ein Schwerpunkt des Jahrbuches 1987. Sie werden dargestellt u.a. in den Abschnitten „Arbeitsmarkt“, „Koalitions-, Tarif- und Arbeitskampfrecht“ und in „Arbeitsrecht“.

Die Verfasser haben im Kapitel „Arbeitsmarkt“ die Ergebnisse mehrerer Untersuchungen zu den Auswirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes zusammengestellt. Resultat ist: Im Herbst 1986 hatten 8,5% aller Beschäftigten einen Zeitvertrag. „Damit hat

sich der Anteil der befristet Beschäftigten seit 1984 mehr als verdoppelt ... Dies entspricht einer absoluten Zunahme von 900000 befristeten Beschäftigten (1984) auf 1,9 Mio. (1986). Die Zahl der befristet Beschäftigten nahm damit beträchtlich stärker zu als die Zahl der abhängig Beschäftigten, die seit 1984 um etwa 400000 angestiegen ist.

Rund 600000 Dauerarbeitsplätze wurden also durch befristete Stellen ersetzt.“

Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit gibt es etwa 1,9 Mio. Teilzeitbeschäftigte, das ist ein Anteil an der Gesamtbeschäftigung von 9,5%. Die Autoren des Buches legen dar:



Im Hochschulbereich sind über 31000 von den 40000 wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigten (in der Zahl sind die Professoren nicht mitgerechnet) lediglich befristet eingestellt.

„Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit von Frauen vollzog sich ... vor allem durch die Expansion der Teilzeitbeschäftigung. Von 1960 bis 1985 ist die Zahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen von 6,18 Mio. auf 5,77 Mio. gesunken, die der Teilzeitbeschäftigten hingegen von 0,58 Mio. 1960 auf 2,7 Mio. 1985 gestiegen.“ Das Jahrbuch stellt dabei fest: „Teilzeitbeschäftigte Frauen sind überwiegend in einfachen Tätigkeiten beschäftigt.“ Die Konzentration der geringfügig Beschäftigten auf Kleinbetriebe wurde durch das Gesetz gefördert. Der Kündigungsschutz wurde dort weiter verschlechtert. Die Buchautoren fassen zusammen: „Durch das Beschäftigungsförderungsgesetz ist ... zweifellos eine neue Qualität in der Aushöhlung des Normalarbeitstages erreicht worden ... Da das Beschäftigungsförderungsgesetz Ende der achtziger Jahre ausläuft, wird die Nichtverlängerung dieses Gesetzes sicherlich einer der gewerkschaftlichen

Aktionsschwerpunkte der nächsten Jahre sein.“

In dem Jahrbuch werden die abgeschlossenen Tarifverträge, etwa in der Metallindustrie, nicht daraufhin untersucht, welche Bedingungen die Kapitalisten durchsetzen konnten, die ihnen dienen, ihre Angriffe auf Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsrecht verstärkt zu entwickeln. (Gewerkschaftsjahrbuch 1987. Bund-Verlag, 24,80 DM - gba)

Das Ende des Nuklearzeitalters

Der gleichnamige Buchtitel befremdet. Wo ist ein solches Ende in Sicht? Was veranlaßt die Autoren zu einer solchen Schlußfolgerung?

Kapitel I, „Der Beginn des Nuklearzeitalters“, behandelt die Geschichte bis zum Abwurf der ersten Atombomben in Hiroshima und Nagasaki sowie der Atomenergieforschung im dritten Reich. Dieser Teil ist informativ und stützt sich auf teilweise nur schwer zu beschaffende Literatur. Die Autoren lassen zurecht keinen Zweifel daran, daß die an dem Uranprojekt beteiligten deutschen Wissenschaftler letztlich keine Skrupel gehabt hätten, den Nationalsozialisten zum Bau von Atomwaffen zu verhelfen, wäre die technische Entwicklung entsprechend weit gekommen. Die Nachkriegslegende: „Hitler bekam die Atombombe nicht, weil die deutschen Wissenschaftler sie nicht bauen wollten“ wird gründlich widerlegt. Leider wird diese (Personen)-Geschichte 1945 beendet. Die historische Verfolgung der an dem Uranprojekt beteiligten Wissenschaftler ist aber wichtig für das Verständnis des Charakters des westdeutschen Kernenergieprogrammes, saßen doch alle jene Wissenschaftler alsbald wieder in den wichtigsten Zentren und Ausschüssen: etwa im Kernforschungszentrum Karlsruhe, Jülich, der Atomenergiekommission usw.

Das Kapitel II, „Grundlagen und Techniken des Nuklearzeitalters“, führt den Leser in die technischen Grundlagen von Kernphysik, Strahlenbiologie, Reaktorbau und Atomwaffen ein. Die schwierige Aufgabe, die doch recht komplexen Grundlagen allgemeinverständlich und solide darzustellen, wird von den Autoren gut gelöst.

Kapitel III, „Politik und Ideologie des Nuklearzeitalters“, behandelt u.a. die Frage „Kernkraft und dritte Welt“. Imperialistische Kernenergiepolitik, das heißt brutalste Zerstörung von Mensch und Natur bei der Gewinnung von spaltbarem Ausgangsmaterial, die abscheulichsten Verbrechen durch radioaktive Tests an hunderten Tausenden von Menschen in der dritten Welt. Mit dem IV. Kapitel sind wir am „Ende des Nuklearzeitalters“ angelangt. Leider auch am Ende des gelungenen Teils des Buches. Gewünscht hätte man sich hier eine kritische Durchleuchtung der dem westdeutschen Atomprogramm zu-

grundlegenden Interessen. Darauf verzichten die Autoren zugunsten einer unverbindlichen „weltweiten“ Betrachtung, die in einem Aufruf zu einer „weltweiten Koalition der Vernunft“ gipfelt. Ein „Ende des Nuklearzeitalters“ ist der Wunsch der Autoren. Ohne Kritik der imperialistischen und militärischen Ziele der BRD wird dies kaum gehen.

(Alexander von Cube u.a., Das Ende des Nuklearzeitalters, Dietz Verlag, 1987, 19.80.- DM – dif)

Eine Hilfe für die Bekämpfung des deutschen Imperialismus

Alexa Stolze und Georg Herde, seit vielen Jahren mit der Analyse revanchistischer Organisationen befaßt, informieren in dem Buch „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme“, sehr ausführlich und eindrucksvoll über die politische Zielsetzung dieser Vereinigung. Die gefährliche Politik dieser Organisation, ihre Stärke und ihre vielfältigen Beziehungen zu Bundes- und Landesregierungen, zu den Unionsparteien und zur neofaschistischen Szene in der BRD wird mit zahlreichem Material – leider ohne vollständigen Quellenhinweis – dargestellt. Das Anliegen der Autoren: Die Zurückdrängung des Einflusses solcher politischen Gruppierungen wie der Sudetendeutschen Landsmannschaft sei ein wichtiges Gebot, wenn die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und deren Unantastbarkeit durch die Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt werden soll.

Auf die besondere Rolle dieser Landsmannschaft in der revanchistischen Politik des deutschen Imperialismus wird mit der Rede des Bundesministers Heinrich Windelen (CDU) am 17. Mai 1986 bei der festlichen Eröffnung des „Sudetendeutschen Tages“ 1986 hingewiesen: „Sie, die Sudetendeutschen, sind unter den Vertriebenen in einer besonderen Lage: sie gehörten zwar dem geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet und 1945 zum Deutschen Reich, ihr Heimatgebiet liegt jedoch außerhalb der Reichsgrenzen von 1937... In der sudetendeutschen Frage kommt so die Verzahnung der deutschen Frage mit dem Problem der ostmitteleuropäischen Völker zum Ausdruck; dies ist die historische und die europäische Dimension der offenen deutschen Frage.“ Diese betonte Kritik am Revanchismus des deutschen Imperialismus – die Vasallentheorie wird nicht serviert – dürfte für die Diskussion und Strategiebildung der Friedensbewegung nützlich sein. Das Buch hat auch ein Personenregister. Zu Hans Klein findet man: kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand, MdB/CSU, seit März 1987 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. – (dif)

Grünes Müttermanifest

Mutter als Qualifikation oder „die wahre frauliche Menschlichkeit“

„Die Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe ‚Mütterpolitik‘ einzurichten. Diese Arbeitsgruppe erhält eigenständige Kompetenzen und entsprechende Finanzen, außerdem stellt sie eine Sprecherin der BAG Frauen.“ (Beschluß der Bundesversammlung der Grünen, 1.-3.5.87) In einem weiteren Beschluß distanzierte sich die Bundesversammlung „mit Entschiedenheit von den Diffamierungen seitens der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen Niedersachsen.“ Diese war mit einem Transparent „Müttermanifest: die zarteste Versuchung für eine schwarz-grüne Wendepolitik“ und unten abgedrucktem Aufkleber aufgetreten. Die LAG Frauen Niedersachsen hat mittlerweile Redeverbot, bis eine außerordentliche Landesversammlung darüber entschieden hat. Es gibt auch schon Kreisverbände,

Raum gibt, wo doch die Zukunft von ihnen abhängt und die Grundlagen des psychischen und physischen Wohlbefindens letztlich der gesamten Gesellschaft von ihnen geschaffen werden.“ (Müttermanifest) Aus der Tatsache, daß Frauen Kinder gebären, wird die Berufung, Mutter zu sein, Dienst am Leben zu leisten. „... Kreativität, Wärme und Verantwortungsbereitschaft“ sind Eigenschaften dieser ganz besonderen Spezies Mensch. Mütter „... sind die reale Dienstleistungsgesellschaft“. Kinderlose oder gar abtreibende Frauen sind demnach ohne Verantwortungsbereitschaft und, nimmt man noch die Männer dazu, allesamt Schmarotzer an der Mutterbrust. „In Industriegesellschaften, wo das Leben in Strukturen, die noch etwas mit Natur, spontanen Lebensrhythmen, langfristiger Verantwortlichkeit zu tun haben, immer mehr erschwert wird, wo Männer sich weigern, mit einer Frau zusammen die Verantwortung für ein Kind zu übernehmen, ist es vordringlich, den Kinderwunsch von Frauen wieder ernst zu nehmen und zuzulassen, statt ihn so grausam zu diskriminieren, wie dies zunehmend der Fall ist.“ (alle Zitate Müttermanifest) Daß sich dies gegen die Bewegung für die ersatzlose Streichung des § 218 richtet, wird deutlich an einem Aufsatz von D. Calabrese, Erstunterzeichnerin des Müttermanifestes. Er war ein Beitrag für den von den Grünen finanzierten Mütterkongreß im November 1986 und richtete sich gegen das grüne Frauenprogramm. „Das zweite Hauptthema für grüne Feministinnen ist die ersatzlose Streichung von § 218, denn dann erst und nur so sei das volle Selbstbestimmungsrecht der Frau zu erreichen. Im Klartext: Sie wollen möglichst ungehindert und problemlos die sogenannten ‚ungewollten‘ Schwangerschaften beseitigen, ohne sich dabei eingestehen zu müssen, daß dies nur auf Kosten des ungeborenen Lebens geht. Darin kann ich mich als Mutter, die sich bewußt für das Leben mit Kindern entschieden hat, nicht wiederfinden. Übrigens waren meine Kinder, wie sehr, sehr viele andere auch, zunächst ebenso ‚ungewollt‘ oder ‚ungeplant‘ wie die Millionen, die einer Abtreibung zum Opfer gefallen sind.“ Daß die meisten Frauen aus sozialer Notlage abtreiben, weil sie den Kindern und sich ein Leben unter dem Existenzminimum ersparen wollen, ist aus der Argumentation der Grünen verschwunden. Kinderaustragen ist schon eine Dienstleistung, aber ob die Frau diesen Dienst leistet, ist ihre willentliche Entscheidung. Für D. Cala-

Es ist wieder
so weit!

Das
Kind
adelt
die Frau
LAG 89 Niedersachsen

die den Ausschluß der Verantwortlichen fordern (München-Ost). Trotz des Protestes hat der Mütterantrag eine Mehrheit bekommen, nicht zuletzt deshalb, weil seine Begründung, das „Müttermanifest“, als ehrenwertes Anliegen betrachtet wurde. Unter dem Motto „Mutterschaft ist schön“ („Motherhood ist beautiful“) hat sich die christlich-konservative Sicht von Frau und Familie bei den Grünen Platz verschafft.

Rechtzeitig zum Marianischen
Jahr: das Müttermanifest

„Mütter lassen sich nicht mehr fragen, ob und warum sie Kinder haben dürfen, sondern sie fragen die Welt, warum sie ihnen und ihren Kindern nicht den legitimen, notwendigen, sinnvollen

brese ist die Frau jedoch wie in der Bibel das Gefäß, in dem wachsen muß, was einmal eingepflanzt wurde.

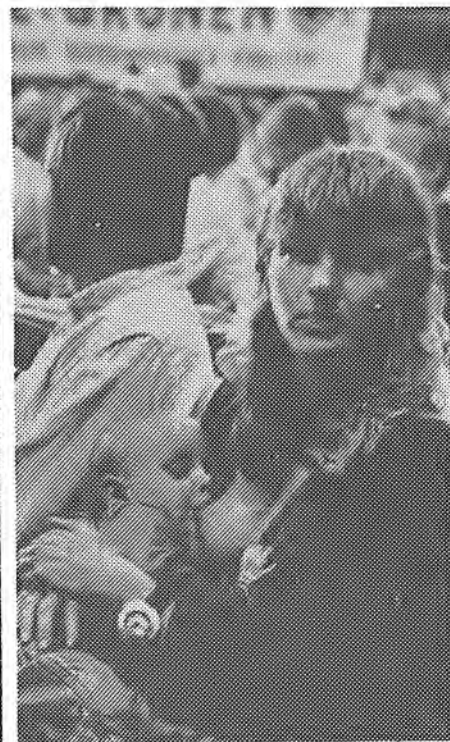
Verantwortungs- und Opferbereitschaft machen die Seele der Mutter aus. Diese Positionen gibt es seit Beginn der sogenannten neuen Frauenbewegung, nicht umsonst bezieht sich der Mütterkongress auf einen 1977 erschienenen Aufsatz von Eva-Maria Stark: „Die Zuneigung und Opferbereitschaft der Mütter wird zwar gesellschaftlich enorm verstärkt, ist aber eine im physisch-psychischen System von Mutter und Kind tief verankerte, sonst nirgends vorhandene und mit nichts anderem zu vergleichende Beziehung ... Die Rhythmik der Geburt, die jede gebärende Frau als überwältigend in ihrer unaufhaltbaren Stärke erfährt, ist tief im körperlichen und psychischen System von Mutter und Kind verankert.“ Was 1977 heftig bekämpft wurde, bekommt heute Parteitagsmehrheiten. Dieser Mystizismus über einen relativ bekannten biologischen Vorgang wird nur noch vom Heiligen Vater überboten. In seiner Enzyklika „Redemptoris Mater“ vom 25.3.87 zur Eröffnung des Marianischen Jahres schreibt er: „Es gehört zur Natur der Mutterschaft, daß sie sich auf eine Person bezieht. Sie führt immer zu einer einzigartigen, unwiederholbaren Beziehung von zwei Personen: der Mutter zum Kind und des Kindes zur Mutter. Auch wenn ein und dieselbe Frau Mutter von vielen Kindern ist, kennzeichnet ihre persönliche Beziehung zu jedem einzelnen von ihnen wesentlich ihre Mutterschaft. Jedes Kind ist nämlich auf einmalige und unwiederholbare Weise gezeugt worden, und das gilt sowohl für die Mutter als auch für das Kind. Jedes Kind wird auf die nämliche Weise von jener mütterlichen Liebe umgeben, auf der seine menschliche Erziehung und Reifung gründen ... Man kann daher sagen, daß die Frau durch den Blick auf Maria dort das Geheimnis entdeckt, wie sie ihr Frausein würdig leben und ihre wahre Entfaltung bewirken kann. Im Licht Marias erblickt die Kirche auf dem Antlitz der Frau den Glanz einer Schönheit, die die höchsten Gefühle widerspiegelt, deren das menschliche Herz fähig ist: die vorbehaltlose Hingabe der Liebe; eine Kraft, die größte Schmerzen zu ertragen vermag; grenzenlose Treue und unermüdlicher Einsatz; die Fähigkeit, tiefe Einsichten mit den Worten des Trostes und der Ermutigung zu verbinden.“ An anderer Stelle: „Die Mutter trägt ihn in ihrem Schoß und ist bereit, alle Schmerzen der Niederkunft zu ertragen; dadurch verkündet sie mit ihrem ganzen Ich als Frau, mit ihrem ganzen Ich als Mutter ihren Glauben an den Menschen.“ (An Arbeiter und Zuwanderer, Paris 1980) Die drei K's, Kinder, Küche, Kirche, die als ein Ausdruck der besonderen Unterdrückung der Frau bekämpft

wurden, werden wieder Lebensplan. Die Kinder werden dabei von den grünen Müttern als Material behandelt, ohne Kinder kein Müttermanifest. Die Diskussion um Kinderrechte ist somit auch weitgehend beendet. Zumindest bis zur Volljährigkeit sind sie der mütterlichen Dienstleistung ausgeliefert.

Die familienpolitische Offensive der Reaktion trägt Früchte

1981 schrieb die niedersächsische CDU-Landesregierung in ihrem familienpolitischen Bericht: „Die niedersächsische Landesregierung ist der Auffassung, daß die Mutter, die sich der Pflege, Betreuung und Erziehung ihres Kindes und der Führung ihres Familienhaushaltes voll widmet, einen wichtigen und wertvollen Beruf ausübt ... Erziehungs- und Familienaufgaben werden zudem von den meisten Müt-

Kompetenzen anerkannt und angerechnet werden.“ Die niedersächsische Landesregierung hat diese Forderung sogar schon realisiert: Ganztagskindergärten mit ausgebildeten Erziehern wandelt sie um in 20-Wochenstunden-Spielkreise, deren Aufsicht Mütter mit „realen Kompetenzen“ haben. Auch die Forderung nach „ausgedehnten Experimenten mit qualifizierter Teilzeitarbeit und flexibler Arbeitszeit“ (Müttermanifest) ist weitgehend in die Tat umgesetzt. Was machen die Mütter, wenn ihnen das Kindermaterial ausgeht, wenn auch beim besten Willen die Verantwortung keine Früchte mehr tragen will, oder wenn die Kinder, volljährig geworden, der mütterlichen Hand entfliehen? „Es ist vorzuziehen, daß wir, die wir in späteren Lebensjahren den Großteil, über 80% der Pflege alter Menschen leisten, auch



An Vorbildern mangelt es den grünen Müttern nicht. (Bild rechts von der Bundesversammlung der Grünen, Mai 1987)

tern mit einer inneren Einstellung getragen, die man mehr als mit dem Wort Beruf mit der Bezeichnung Berufung richtig würdigt ... Die Landesregierung legt ein Programm zur Anerkennung des Berufs der Hausfrau und Mutter vor, das in Erkenntnis der Bedeutung finanzieller Anerkennung und wirtschaftlicher Absicherung für die gesellschaftliche Wertschätzung darauf abzielt, Hausfrauen und Müttern die Möglichkeit zu geben, die in Haushalt und Familie erworbenen Fähigkeiten auch ohne besonderes Qualifikationsverfahren für eine außerhäusliche Tätigkeit einzusetzen.“ Heute findet sich dies als Forderung im Müttermanifest: „Im Familien- und Nachbarschaftsbereich erworbene Qualifikationen müssen endlich für spätere Berufe als reale

dafür finanzielle Unterstützung, geeignete Wohnformen aber auch berufliche Sicherungen und Rückkehrmöglichkeiten bekommen.“ (Müttermanifest) Der letzte Familienbericht der Bundesregierung macht sich just hierüber Gedanken und schlägt ein Pflegeversicherungssystem vor. Was die Bezahlung all dieser unschätzbaren Dienste angeht, sind die grünen Mütter „zutiefst überzeugt, daß dazu eine echte Umverteilung von Männereinkommen und Bezahlung oder Sicherung all derer nötig ist, die die reale Dienstleistungsgesellschaft herstellen, und das sind mehrheitlich Mütter.“ Auch damit liegen sie im Trend. Die Zuckerstücken, die die Süsmuth'sche Familienpolitik für die Mittelklassen bereitgelegt hatte, sind geschluckt. (rec)

Provokation der FAP gegen die Hafenstraße

Hamburg. Am 11.7.87 veranstaltete die FAP am Großensee bei Ahrensburg ihr „erstes Gau-Treffen in diesem Jahr“. Anschließend fuhr die Teilnehmer des Treffens nach Hamburg, um einen „Protestmarsch gegen die anarchistische Hafenstraßen-Szene“ zu veranstalten. Etwa 60 Mitglieder der FAP versammelten sich vor dem Bismarck-Denkmal („Reichsgründer“) zu einer Kundgebung und sangen die erste Strophe des Deutschlandliedes. Anschließend marschierten die Faschisten in Richtung Bernhard-Nocht-Straße, um, so O-Ton der FAP, „auf die militanten verbrecherischen Umtriebe des Marxismus und insbesondere der Hafenstraße“ hinzuweisen. In Sprechchören forderten sie lauthals „Nieder mit der Hafenstraße“. Kurz vor den besetzten Häusern verspernte die Polizei der FAP den Weg, die sich daraufhin zu ihren Wagen zurückzog. Als sich die FAP wenig später auf einem Parkplatz in Harburg erneut sammelte, umstellte die Polizei die Autos und nahm die Personalien der Insassen auf. Bei der Durchsuchung der Fahrzeuge stellte die Polizei umfangreiches Waffenmaterial sicher. – (hep)

Aufruf zur Demonstration gegen DVU-Veranstaltung

München. Für den 15.8.87 ruft die Deutsche Volksunion (DVU) zu ihrer alljährlichen Großkundgebung in die Passauer Nibelungenhalle auf. Am 6.7. verabschiedeten in München die Antifaschistische Aktion, die Grünen, MLPD, SDAJ, die Hochschulfriedensinitiative, Volksfront und die Antifa Passau einen gemeinsamen Aufruf zu einer Demonstration am 15. August in Passau. In diesem Aufruf wird u.a. festgestellt: „Bei den bayerischen Landtagswahlen gewinnen die ‚Republikaner‘ auf Anhieb 3%, während die NPD ihren Stimmanteil verdoppeln kann ... Fast überall in Europa hat sich das faschistische Pack mit dem Gespenst der ‚Überfremdung‘ restauriert. Das von rechtsextremen Gruppen geförderte Bewußtsein in Teilen der Bevölkerung wird von den regierenden Parteien benutzt, um ihre eigene Politik als gemäßigt zu verkaufen, was sich im Abbau demokratischer Rechte äußert wie z.B. den Terrorgesetzen, Demonstrationsverboten, verschärfter Pressezensur, Ausländer-raus-Politik, Verschärfung (Aufhebung) des Asylrechts etc.. Eine wichtige Vorkämpferin dieser Politik ist die DVU. Mit einer Mitgliedschaft von ca. 14000 ist sie die mit Abstand größte neofaschistische Organisation in der BRD ... 1971 gegründet, bildet sie ein Sammelbecken für Nationalisten und Faschisten von der CDU bis zu Wehrsportgruppen“ (ror)



Duisburg. Zur Protestkundgebung gegen den Abbau von Krankenhausbetten und gegen Entlassungen rief die Gewerkschaft ÖTV am 9.7. in Duisburg auf. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern wenden sich gegen den Plan der Stadt, auf Empfehlung der Duisburger Krankenkassen 1370 Betten, 1800 Beschäftigte und drei von zwölf Krankenhäusern zu beseitigen. – (anl)

Wahl Schleswig-Holstein: Republikaner treten nicht an!

Kiel. Nach einer Vorstandssitzung am 10.7. gab der Landesvorsitzende Emil Schlee, ehemaliger Vertriebenenbeauftragter der Landesregierung und ehemaliges UWSH-Vorstandsmitglied, bekannt, daß „Die Republikaner“ nicht zur Landtagswahl am 13. September in Schleswig-Holstein antreten werden. Der Kommentator der „Kieler Nachrichten“ schreibt zur Aufgabe der Wahlbeteiligung: „Dies wohl vor allem deshalb, weil der 200-Mitglieder-Club in Schleswig-Holstein, in dem führende Köpfe der im Herbst vergangenen Jahres aufgelösten rechtsextremistischen ‚Kieler Liste für Ausländerbegrenzung‘ eine neue Heimat gefunden haben, kaum in der Lage war, die Bedingungen des Wahlgesetzes für eine Kandidatur zu erfüllen.“ Zur Zeit streiten sich gerichtlich Emil Schlee und Hagen Paleske, die sich jeweils von einer Versammlung ihrer Anhänger zum Landesvorsitzenden haben wählen lassen, um die Rechtmäßigkeit des Vorsizes. – (kaq)

Faschistenaufmarsch verhindert

Bielefeld. Am 10.7. hat die Polizei einen Aufmarsch der NF und FAP vor dem NF-Bundeszentrum aufgelöst und über 60 Faschisten vorübergehend festgenommen. Seit Wochen führt die Nachbarschaftsinitiative am Freitag vor dem Zentrum Mahnwachen durch. Beteiligt haben sich daran u.a. die Vertrauensleutekörper der IGM von Thyssen und Mannesmann, SPD-Stadträte und der Landeskirchenrat. Als Provokation hatte die NF einen Schweigemarsch für 21.30 Uhr angemeldet. Der Hauptausschuß des Rates beschloß am 8.7. „alle demokratischen Bürger Bielefelds“ zur Beteiligung an der Mahnwache aufzurufen. (Eine

CDU-Gegenstimme) 600 beteiligten sich daran. Als die Faschisten ihr Zentrum verließen, stellten sich ihnen Antifaschisten entgegen. Wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ erließ die SPD-Polizeiführung den Einsatzbefehl. Der Oberbürgermeister forderte die Faschisten auf, die Stadt zu verlassen. – (stb)

Antimilitaristische Aktion mit Hausverbot belegt

Bremen/Hannover. Der Antimilitarist und ehemalige KZ-Insasse Ludwig Baumann (65 Jahre alt) darf sich drei Monate lang nicht mehr im Bremer Bahnhof aufhalten. Ludwig Baumann desertierte 1942 aus der faschistischen deutschen Armee und wurde zunächst zum Tode und später zu einer zwölfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Er verbrachte Monate im Konzentrationslager und wurde danach in das Strafbataillon 500 der faschistischen deutschen Armee gesteckt, das an der Ostfront als „Kanonenfutter“ eingesetzt wurde. Ludwig Baumann berichtete den am 1. Juli eingezogenen und in Sonderzügen auf dem Hauptbahnhof ankommenden Rekruten von seinen Kriegserfahrungen. Er wies die Rekruten auf die zunehmende Kriegsgefahr hin und auf ihr Recht, den Kriegsdienst in der Bundeswehr zu verweigern. Die Bahnpolizei war sofort zur Stelle, um die Diskussionen Ludwig Baumanns mit den Rekruten zu unterbinden und damit die antimilitaristischen und antifaschistischen Erfahrungen zu unterdrücken. Wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsverbot auf dem Bahngelände wurde er von der Bahnpolizei abgeführt. Nachdem er wieder freigelassen wurde kurze Zeit später mit den Rekruten eines weiteren Sonderzuges sprach, wurde er erneut festgenommen. Die Bahnpolizei sprach ein Hausverbot gegen ihn aus. (sie)

Bayerisches Hochschulgesetz

Hochschulen – Selbstbedienungsläden für die Konzerne

München. Mit dieser Parole faßt ein Flugblatt der DKP-Hochschulgruppe München treffend den Inhalt der Novelle des Bayerischen Hochschulgesetzes zusammen. Ende 1985 wurde die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes beschlossen mit der Auflage, bis Ende 1987 die Landeshochschulgesetze anzupassen. Der bayerische Minister für Wissenschaft und Kunst, Prof. U. Wild, der seit Amtsantritt im Herbst 1986 verkündet, das „Verhältnis von Forschung und Industrie enger zu gestalten“, hat mit der BHG-Novelle ein Landeshochschulgesetz geschaffen, daß den Vorstellungen, wie sie die Konzerne äußern und schon z.B. mit eigenen Stipendien oder Ausrüstung ganzer Hochschulzweige durchgesetzt haben, weiter als die anderen Landes-

setzes?

1. *2-Klassen-Studium als Kann-Bestimmung:* Einführung von Sonderstudiengängen für eine kleine Elite wird jetzt an allen bayerischen Hochschulen reale Gefahr (Art. 61/6).

2. *Einführung von Studiengebühren:* Per Rechtsverordnung durch das Wissenschaftsministerium können für die Teilnahme an weiterbildenden Studien Gebühren erhoben werden (Art. 72/2).

Also: arme Studenten müssen ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit von acht Semestern abschließen, der Abschluß wird disqualifiziert und ist ihnen eh kaum möglich, da die meisten regelmäßig neben dem Studium arbeiten müssen. Eine handverlesene „Elite“, politisch und als „Wissenschaftler“ genehm im High-Tech-

an der Hochschule und in allen möglichen Formen von Praktika, Zeitverträgen etc. wissenschaftliche Arbeit billig bis kostenlos aneignen, machen so die Studenten frühzeitig von sich abhängig. Zum anderen bleiben Inhalte und Ziele der Forschung geheim. So kann die für sie lästige öffentliche Kritik daran erschwert werden.

5. *Datenerfassung von Studenten/innen:* In Art. 8a wird der Datenschutz weitgehend durchlöchert. Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten werden zulässig, das Wissenschaftsministerium darf künftig alle Daten zentral speichern und verarbeiten.

6. *Regelstudienzeit von acht Semestern und Wiedereinführung der Zwangsexmatrikulation:* In Art. 70/6 werden wieder Regelprüfungsstermine eingeführt, und es besteht die Möglichkeit der Zwangsexmatrikulation, wenn der Student die Prüfungsfristen überschreitet und einmal in einer Prüfung durchfällt.

7. *Einführung befristeter Immatrikulation.* In Art. 53, Abs. 1 wird das Recht der Studenten, nach der Einschreibung ein vollständiges Studium bis zum Abschluß durchführen zu können, abgeschafft. Wenn es z.B. aufgrund der Sparmaßnahmen nicht genügend Plätze fürs Hauptstudium gibt oder das Hauptstudium überhaupt nicht angeboten wird, endet die Immatrikulation mit Abschluß des Grundstudiums und damit ohne berufsqualifizierenden Abschluß. – (lsc)



Parolen auf der Demonstration: „Rücktritt von Wild“, „Chancengleichheit statt Elitebildung“.

hochschulgesetze entgegenkommt. Nicht umsonst mischt Wild schon lange bei der Siemens-Stiftung mit. Um den Widerstand der Studenten zu erschweren, gab Wild die Änderungen des BHG im Februar 1987 nur den Hochschulpräsidenten bekannt mit ausdrücklicher Empfehlung, sie nicht weiter zu veröffentlichen. Den Studentenvertretungen gelang es trotzdem, den Widerstand gegen die BHG-Novelle zu organisieren. Erster Höhepunkt war am 26. Juni eine landesweite Demonstration in München, mit über 15000 Teilnehmern die größte in Bayern seit der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre. Geplant sind ein Bildungspolitischer Kongreß im Wintersemester, Streiks der Studenten und andere Aktionen.

Welches sind die wesentlichen Änderungen des Bayerischen Hochschulge-

und Rüstungszentrum Bayern, studiert in den Aufbaustudiengängen als Nachwuchs für die Führungskräfte.

3. *Private und kirchliche Hochschulen bekommen einen Freibrief:* Per Antrag beim Wissenschaftsministerium können für alle Studiengänge Aufnahmeprüfungen und Studiengebühren eingeführt werden (Art. 98/2).

4. *Geheimforschung:* Art. 7b ermöglicht in Zukunft die absolute Geheimhaltung von Forschungsvorhaben und -ergebnissen. Wenn dies gewünscht ist, muß ein solches Vorhaben lediglich vor seiner Durchführung der Leitung der Hochschule angezeigt werden, d.h. daß die Hochschulleitung es nicht einmal untersagen darf. Spenden der Industrie müssen überhaupt nicht angezeigt werden.

Damit erreichen die Konzerne zweierlei: Zum einen können sie sich

FAP-Terror

Polizei ermittelt gegen türkische Jugendliche

Northeim. Etwa 15 von der FAP angeheuerte Skinheads aus der Umgebung sowie 25 weitere Skinheads aus Westberlin hatten sich am 20. April (Hitlers Geburtstag) mit „Blut, Blut, Blut“-Gegröle alkoholisiert und dann türkische Jugendliche mit Gaspistolen, Eisenstangen und Stuhlbeinen angegriffen. Diese holten Freunde zu Hilfe, und nach einer fünfstündigen Schlacht mußten FAP und Skinheads aus Northeim fliehen. Die Nazis zogen sich auf das Anwesen eines bekannten FAPlers im Dorf Mackenrode zurück, wo schon öfter „Sonnwendfeiern“ und Wehrsportübungen stattfanden.

Zwei Monate später gab die Polizei den „neuesten Erkenntnisstand“ bekannt: Die türkischen Jugendlichen hätten die Schlägerei begonnen. Es sei eine politisch gefärbte, aber persönliche Auseinandersetzung gewesen, dadurch entstanden, daß die Freundin eines türkischen Jugendlichen von den Faschisten beleidigt worden sei. Neben Ermittlungen gegen FAPler und Skins hat die Polizei jetzt auch gegen zwei türkische Jugendliche Verfahren wegen

Körperverletzung eingeleitet. Bei sogenannten „Deeskalationsgesprächen“ hatte die Polizei die Stirn, türkische Jugendliche und FAP-Faschisten an einen Tisch zu bringen. „Ziel des Gespräches war es, die rivalisierenden Gruppen zu befrieden, zu erreichen, daß man sich gegenseitig respektiert, auf Gewaltakte verzichtet.“ (Norheimer Neueste Nachrichten)

Gegen diese Unverschämtheit, die Ereignisse völlig zu verdrehen, die FAP in Schutz zu nehmen und von den türkischen Jugendlichen die „Respektierung“ der FAP zu verlangen, gibt es bislang noch keine öffentlich artikulierten Proteste. Offenbar ist den Reaktionären viel an Einschüchterung gelungen, nachdem vorher der DGB am 1. Mai gegen den faschistischen Terror protestiert hatte und sich ein „Verein Ausländer und Deutsche in Norheim“ gegründet hatte, der u.a. harte Bestrafung der Faschisten und ausreichende medizinische Betreuung und Schmerzensgeld für die türkischen Jugendlichen verlangt hatte.

Am 26.6. führten jedoch Antifaschisten einen Brandanschlag auf das FAP-Anwesen in Mackenrode durch, wobei rund 8000 DM Sachschaden entstand. Noch immer finden dort an Wochenenden FAP-Treffen aus ganz Norddeutschland statt. Proteste und Resolutionen der Dorfbevölkerung haben nichts bewirkt, auch dort geht es der Polizei um gegenseitige „Respektierung“. – (kek)

Sozialhilfe

Arbeitslose umsonst für Bauunternehmen

Mannheim. Im Juni 1987 war es so weit: Das Sozialdezernat der Stadt hatte unter Federführung des Sozialbürgermeisters Pföhler (CDU) ein neues Projekt zur Beschäftigung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger ausgebrütet. Arbeitsamt, Handwerkskammer und Sozialamt waren sich einig, daß die Beschäftigung von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern keinesfalls in Konkurrenz zum niedergelassenen Handwerk stattfinden dürfe. Es herrsche augenblicklich ein gewisser Mangel an Kräften im Baubereich; so werden für diesen Bereich jetzt umsonst Leute zur Verfügung gestellt. Das soll dann so aussehen: Ein einjähriges Beschäftigungsverhältnis mit Anstellungsvertrag; die Kosten übernimmt das Sozialamt in voller Höhe. Über das Jahr verteilt, gibt es drei bis vier Wochen Theorie zur „Motivation“. Dieser Unterricht soll allerdings unter der „flexiblen“ Berücksichtigung der „Terminwünsche der Firmen“ (Rhein-Neckar-Zeitung, 10.6.87) erfolgen. Die „Ausbildung“ schließt ein Zertifikat am

Ende des Jahres ein. Danach ist der Betreffende dann „Fachwerker“ (Schaller, Pflasterer, Beschaler). Bezahlt wird nach Tarif für „Fachwerker“ (das niedrigste, was möglich ist). Einsätze von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern nach dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ erfolgt nach BAT X (ca. 1350 DM netto mtl.).

Das neue Projekt ist vor allem auf jüngere Arbeitslose zugeschnitten, bei denen man sich ein besseres Durchhaltevermögen verspricht. Der Zwang zur Annahme erfolgt über § 18 Bundessozialhilfegesetz „Hilfe zur Arbeit“. Viele Hilfeempfänger, die darüber in ein Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ gezwungen worden waren, haben dies auf Grund psychischer Schwierigkeiten und Krankheit nicht durchgehalten. 1985 wurden ca. 110 Sozialhilfeempfänger auf befristete Arbeitsplätze bei der Stadt Mannheim und bei Verbänden der freien Wohlfahrtspflege vermittelt. Wer das Jahr trotzdem durchgehalten hatte, wurde anschließend entlassen und hatte dann die Möglichkeit, Arbeitslosengeld zu beantragen. Darüber hört man aber jetzt rein gar nichts mehr.

Beispiel: R., 36 Jahre, abgebrochenes BWL-Studium, alkoholkrank, wird über „Arbeit statt Sozialhilfe“ zwangsverpflichtet in die Verwaltung eines Heimes. Arbeitet ein Jahr. Antrag auf ABM-Stelle wird von Arbeitsamt und Anstellungsträger abgelehnt. Zwei Monate Arbeit in der Industrie – Entlassung – Selbstmordversuch.

Derartige Beschäftigte haben keinerlei Rechte, denn die Kündigung kann in Absprache mit dem Sozialamt jederzeit erfolgen. Per Rundschreiben hat das Sozialamt die Dienststellen aufgefordert, Fehlstunden und Fehltag unverzüglich anzuzeigen, denn entsprechend kann auch Hilfeentzug erfolgen. Das neue Projekt ist noch eine Spur perfider, weil jetzt nicht mehr Betriebe gemeinnütziger Art, sondern direkt Privatbetriebe umsonst Arbeitskräfte zu übelsten Bedingungen beschäftigen dürfen. – (cog)

§ 129a StGB

Duisburg: Anklage wegen RAF-Mitgliedschaft erhoben

Duisburg. Gegen N. Hofmeier, B. Peira, T. Thoene und T. Richter ist von der Bundesanwaltschaft (BAW) Anklage wegen Mitgliedschaft in der RAF erhoben worden. Konkret werden den vier Anschläge auf das Fraunhoferinstitut in Aachen und auf die Bundesgrenzschutzkaserne (BGS) in Swisttal-Heimerzheim vorgeworfen.

Während die Verhaftungen mit Anschlägen auf RWE-Stellen begründet wurden, tauchen diese in der Anklage

nicht mehr auf. Was auftaucht, ist die Gesinnung. Sie hätten S. Hofmann besucht („RAF-Mitglied in der Haft“) und ihr geschrieben, ebenso hätten sie sich von ihr Rat aus dem Isolationsknast geholt. Auch nach der Verhaftung würden sie den Kontakt weiterhin aufrechterhalten. Ein Angeklagter drücke seine Gewaltbereitschaft aus indem er *weiterhin* der Auffassung sei, daß der Aufbau einer anderen Gesellschaft nur nach Beseitigung des bestehenden Systems möglich sei.

Ein anderer hat in seinem Taschenkalender Zitate von U. Meinhof und H. Meins gehabt, ebenso hätte er sich Gedanken darüber gemacht, was es heißt, „*militant*“ zu sein. Zwei weitere werteten „aus allgemein zugänglichen Quellen“ Material zum Militärisch-Industriellen Komplex (MIK) – das mache die RAF auch – aus und waren im Besitz einer Schrift aus der DDR mit Ausführungen über Struktur und Aufgaben des BGS. Alle Angeklagten befanden sich im Besitz von „illegalem“ Schriftwerk, wie der „Untergrundzeitschrift“ Knipselkrant, Zusammen Kämpfen, Briefen von Gefangenen, Material zum Frankfurter Kongreß, Prozeßklärungen, der RADIKAL, Dokumentationen und Flugblättern zum Hungerstreik usw.

Ein besonderer Beweis für ihre Mitgliedschaft liegt in der Benennung „Kämpfende Einheit Crespo Cepa Gallende“ (Gefangener aus der PCE(r), der beim Hungerstreik 1981 zu Tode gekommen ist – ein Kommando der action directe benannte sich nach ihm), da in einem gefundenen Knipselkrant dieser Name auftaucht. Noch ein Beweis soll sein, daß am Morgen der Hausdurchsuchungen ein erweitertes „Selbstbeziehungsschreiben“ zu Swisttal-Heimerzheim in einer Wohnung gefunden wurde, während dieses Schreiben der Polizei erst im Laufe des Tages bekannt wurde (!).

Die Entwicklung der vier zur Gewaltbereitschaft wird über ihre Betätigung in der Anti-AKW- und der Hausbesetzerbewegung hergeleitet. Ebenso hätten sie sich im Rahmen eines Info-Ladens während und nach dem Hungerstreik mit der Lage der politischen Gefangenen und der Politik der RAF auseinandergesetzt.

Die RAF gliederte sich in Guerilla, Widerstand und Gefangene, die propagandistische Unterstützung laufe über Sympathisanten. Die RAF nenne sich bei Aktionen „Kommando“, der Widerstand „Illegale Militante“ oder „Kämpfende Einheiten“. Die einsitzenden Guerillas und die „militanten Kämpfer“ übten über ihre Mitgliedschaft in der Haft Einfluß auf den „Kampf der RAF“ aus. Den organisatorischen Zusammenhang leitet die BAW über Anschläge vor und nach dem Hungerstreik her. So einfach ist das alles. – (i.)

Aids-Kongreß der Grünen

Verhaltensvorschriften und Tips – kaum Kritik an der Politik der Reaktion

München. Während in Bayern der Ministerrat eine „Bundesratsinitiative zur Bekämpfung von Aids“ billigte, gleichzeitig der bayerische Innenminister Lang der Bundesregierung, besonders der Gesundheitsministerin, mangelnde Handlungsbereitschaft bezüglich der Koalitionsvereinbarung zur Bekämpfung von Aids vorwarf, zogen sich die Grünen in einem Aids-Kongreß in Nürnberg am 11.7.87 ganz auf Information und Aufklärung zurück.

Wichtigste Punkte der Bundesratsinitiative, die über die schon bestehenden Koalitionsvereinbarungen hinausgehen, sind: Auch gegen HIV-Infizierte aus EG-Staaten (sowie aus Schweden, der Schweiz u. Österreich) sollen ausländerrechtliche Maßnahmen eingelei-

kogruppen in der BRD an Beispielen des Auslandes (Schweden, Schweiz, USA) verglichen. Einleitend wurde von Dr. med. R. Brott (Uni Frankfurt) und Dr. L. Görtler (Max-v.-Pettenkofer-Institut München) die technisch-medizinische Seite der HIV-Infektion erörtert, ohne auch nur einen Hinweis auf gesellschaftliche Ursachen der Erkrankung zu wagen oder Faktoren der Arbeits- und Lebensbedingungen, die das Immunsystem zerstören, zu untersuchen. In einem einzigen Beitrag von Volker Beck, Landesarbeitskreis Schwule der Grünen in Baden-Württemberg zum Thema „Ist ein Antidiskriminierungsgesetz die richtige politische Forderung?“ wurde die Forderung nach einem menschenwürdigen

– Gesetzliche Regelungen zum Schutz aller, die direkt oder indirekt von Aids betroffen sind, sind zu verabschieden. Die Bayerische Staatsregierung initiiert ein entsprechendes Antidiskriminierungsgesetz im Bundesrat.

– Möglichst viele Krankenhäuser sind für die Betreuung von Aids-Kranken auszurüsten. Spezialkliniken zur „Absonderung“ dürfen nicht eingerichtet werden.

– Mit der Fortbildung von Personal, das Aids-Kranke und HIV-Infizierte betreut, ist sofort zu beginnen. Allen klinischen und niedergelassenen Ärzten muß in Zusammenarbeit mit den Standesorganisationen ein Aids-Fortbildungsprogramm angeboten werden.

Sie können aber die breite Unterstützung nicht finden, solange eine Kritik der von der Staatsregierung verfolgten Ziele nicht nachdrücklich betrieben wird: Die Vernichtung des Kranken, Entfesselung der Staatsgewalt in allen Bereichen des Lebens, weitere Kostendämpfung im Gesundheitswesen, Zerstörung der Sozialversicherungen, rassistische Angriffe auf ausländische Kollegen und Mitbürger, Spaltung der Menschen in Kranke und Gesunde.

Einzelne Punkte in der Begründung der Petition verhindern vielmehr die Entfaltung dieser Kritik. Von den gesellschaftlichen Ursachen von Krankheiten allgemein und der Aids-Krankheit versucht die Reaktion abzulenken und dafür das Individuum, die „Risiko-Gruppe“ verantwortlich zu machen. An dieser öffentlichen Meinungsmache muß die Kritik entwickelt werden, und dies wird z.B. durch den vierten Begründungspunkt abgeblockt: „Die Anwendung des Bundesseuchengesetzes ist bei der Immunschwächekrankheit Aids nicht sinnvoll, weil die Krankheit nicht therapiefähig ist, jeder sich individuell schützen kann und die Krankheit durch normale soziale Kontakte nicht übertragbar ist.“ Fortgesetzt wird diese Anbiederung an bürgerliche Politik im elften Begründungspunkt: „Der ‚Maßnahmenkatalog‘ ist insgesamt geeignet, Bespitzelung und Denunziation im großen Umfang zu erzeugen. Er wirkt einem vertrauensvollen Umgang der Menschen untereinander und zwischen Bevölkerung und Behörden entgegen.“ Alle Kräfte, die eine Kritik der offiziellen Aids-Politik, ihrer Hintergründe und Absichten leisten wollen, müssen davon ausgehen, daß die Behörden entgegengesetzte Interessen verfolgen – Interessen der Reichen und der Reaktion.

Die Folge davon ist, daß der Protest gegen diese Vernichtungspolitik nicht vorankommt, während die bayerische Landesregierung nachschiebt, der Kongreß schlecht besucht war und die liberale Öffentlichkeit den neuerlichen Vorstoß Bayerns fast stillschweigend hingehen ließ.

Quellen: Bayerische Staatszeitung vom 10.7.87. – (ecg, rul)



Koalitionsverhandlungen 1987: Alle fest auf dem Boden des Bundesseuchengesetzes. Die Bayerische Staatsregierung setzt jetzt nach. Wesentlichster Punkt ihrer Bundesratsinitiative: ausländerrechtliche Maßnahmen sollen auch gegenüber „HIV-infizierten EG-Angehörigen“ eingeleitet werden.

tet werden können; das Bundesseuchengesetz soll um die Einführung einer anonymen codierten Laborberichtspflicht erweitert werden; Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage für die Zwangstestung von Strafgefangenen; Schaffung eines Straftatbestandes, wonach strafbar ist, wenn HIV-Infizierte Körperserum übertragen, ohne daß es zur Infektion kommen muß (ohne Kausalitätsnachweis).

Gegen diese fortschreitenden Angriffe der Reaktion, gegen die beabsichtigte Verschärfung durch ein Bundesgesetz muß ein breiter Widerstand aufgebaut werden. Eine Gelegenheit dazu verpaßten die Grünen auf ihrem Kongreß „Politische Perspektiven in der Aids-Zeit“. Es nahmen ca. 250 Personen teil, Arbeitskreise mit Diskussion gab es nicht, dafür wurde in 14 Referaten die Situation der sogenannten Risi-

Leben, Arbeitsplatz, Wohnung und Sicherung der Versorgung für die Erkrankten aufgestellt.

Gedacht war der Kongreß als Auftakt zu einer „Massenpetition“ an den Bayerischen Landtag „Weg mit dem Aids-Maßnahmenkatalog – Gegen Aids. Für Vernunft.“ Die unterstützenden Organisationen reichen von der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Landesbezirk Bayern, dem Diakonisches Werk der Ev. Kirche, verschiedenen Aids- und Drogenhilfen bis hin zum Studentischen Sprecherrat der Ludwig-Maximilians-Universität München. In der Petition sind nun Momente einer anderen Aids-Politik aufgezeigt, die unterstützenswert wären. So soll z.B. der Bayerische Landtag die folgenden Punkte beschließen:

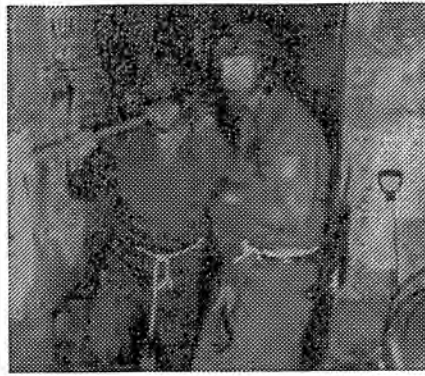
Hausbesetzung

Abriß trotz gerichtlicher Verfügung

Kiel. Am 3.7.87 um 4 Uhr früh stürmte ein Spezialeinsatzkommando der Polizei die besetzten Häuser am Lehmberg, nahm 33 Bewohner fest und machte so den Weg für den Abriß-bagger frei. Die Besetzer wurden bis zu 14 Stunden in Polizeigewahrsam gehalten und durften nur teilweise Habe aus den Häusern holen. Am späten Abend waren die Häuser verschwunden. Die CDU zollte dem SPD-Magistrat öffentlich Lob für die „tatkräftige und besonnene Räumung“.

Die Besonderheit: In einem der stadteigenen Häuser bestanden noch Mietverhältnisse; über die Rechtmäßigkeit der Kündigung war in einem Fall noch nicht, im anderen noch nicht rechtskräftig entschieden. Als gegen Mittag deutlich wurde, daß die Stadt mit dem Abriß vor den Mietwohnungen nicht halt machen würde, erwirkte der Anwalt des einen Mieters beim Amtsgericht eine einstweilige Verfügung, die der Stadt bei Meidung eines Zwangsgeldes gebot, die Wohnung in vertragsgemäßem Zustand zu erhalten. Sie wurde dem Leiter des Liegenschaftsamtes Mehrens (SPD) vor dem Haus zugestellt, veranlaßte ihn jedoch nicht, den Abriß einzustellen: Die Wohnung des verzeigten Mieters wurde aufgebrochen, die Möbel eingelagert. Angeblich bestehe „Gefahr im Verzuge“. Nachdem der Mieter am nächsten Tag aus der Zeitung erfuhr, daß seine Wohnung nicht mehr bestand, stellte er durch den Mieterverein Dienstaufsichtsbeschwerde und Strafanzeige wegen Nötigung und beantragte wegen Zuwiderhandlung gegen die einstweilige Verfügung die Festsetzung eines Zwangsgeldes gegen die Stadt, worüber noch nicht entschieden ist. Der Mieterverein erhob in Presseerklärungen die Forderung nach Rücktritt der Verantwortlichen, die „übelsten Spekulanten“ in nichts nachstünden.

Der Fall ist die bisher krasseste Form der Auseinandersetzung um den Generalverkehrsplan (GVP) von 1977. Dieser – mit SPD-Mehrheit beschlossen – sah den vierspurigen Ausbau des Lehmberg als „Innenstadtangente“ vor. 1981 machte die SPD diesen Beschluß rückgängig, 1982 setzten CDU und FDP wieder den ursprünglichen Plan durch. Die SPD führte den Kommunalwahlkampf 1986 mit dem Versprechen, den – bereits begonnenen – Ausbau nicht fortzusetzen und die inzwischen besetzten Häuser zu erhalten. Nach ihrem Wahlsieg beschloß sie im Mai 1986 einen Baustopp. In die heftig geführte Auseinandersetzung mischte sich die CDU-Landesregierung mit der Drohung ein, 1,5 Millionen DM Zuschüsse zurückzufordern, wor-



Beamte des SEK bei der „Entmietung“ der Häuser am Lehmberg

aufhin die SPD einen „Kompromiß“ vorlegte: Die Häuser werden abgerissen, der Lehmberg wird „nur“ zweispurig plus zwei Busspuren ausgebaut. Nach dem Abriß wurde bekannt, daß das Land diesen Kompromiß nicht akzeptiert hatte und die Rückforderung auf dem Tisch lag, als die SPD die Bagger in Marsch setzte. Offensichtlich will sie vor der Landtagswahl am 13.9. der Reaktion ihre „Tatkraft“ demonstrieren. Inzwischen hat sich eine weitere heftige Auseinandersetzung um den GVP entwickelt: IHK und Einzelhandelsverband verlangen die Rücknahme sämtlicher kosmetischer Korrekturen, die die SPD am GVP vorgenommen hat, besonders des Vorrangs des öffentlichen Personennahverkehrs. – (uwa)

Hamburg

Totalverweigerer zu zehn Monaten verurteilt

Hamburg. Der Hamburger Totalverweigerer Heiko Streck befindet sich seit seiner Verhaftung auf offener Straße am 29. Juni in Untersuchungshaft.

Er hatte am 1. Oktober letzten Jahres gemeinsam mit drei anderen anerkannten Wehrdienstverweigerern den „zivilen Ersatzdienst“ als Bestandteil ziviler Kriegsvorbereitung abgebrochen. Diese gemeinsame Totalverweigerung war auch ein Versuch, den Kampf gegen die Pflicht zum Dienen nicht nur individuell als Einzelperson zu führen, sondern ihm kollektive Ausdrucksformen zu geben. Die Verurteilung und Bestrafung der vier erfolgt allerdings jetzt an unterschiedlichen Orten zu unterschiedlichen Zeiten vor unterschiedlichen Gerichten. Die Staatsmacht behandelt diese politische Aktion als Kriminaldelikt: Fahnenflucht durch Einzeltäter.

Der Prozeß gegen Heiko hatte seinen ersten Verhandlungstag am 7. April vor dem Amtsgericht Hamburg. Richter Graue machte seinem Ruf als scharfer Unterdrücker alle Ehre: Er ließ die Öffentlichkeit ausschließen,

verweigerte der Verteidigung rechtliches Gehör, verhängte Ordnungshaft für Zwischenrufer, überhörte Beiträge der Verteidigung demonstrativ gelangweilt. Dieser Farce entzog sich Heiko, indem er die Verhandlung verließ und nach Hause ging. Graue erließ daraufhin sofort Haftbefehl gegen Heiko.

Beschwerden gegen den Haftbefehl wurden abgelehnt, da Heiko „mit einer erheblichen Freiheitsstrafe“ zu rechnen habe und somit Fluchtgefahr bestünde. Der Haftbefehl wurde jedoch vorläufig nicht vollstreckt. Um die Aufhebung des Haftbefehls öffentlichkeitswirksam zu erzwingen, ging Heiko am 15. Juni in ein „friedenspolitisches Asyl“ in den Räumen der GAL-Bürgerschaftsfraktion. Die Staatsmacht ließ die Räume unbehelligt, observierte allerdings, so daß Heiko schließlich am 29.6. beim Frische-Luft-Schnappen verhaftet wurde.

Am 2.7.87 wurde das Verfahren wieder aufgenommen. Die Verteidigung und der Angeklagte gaben außer Angaben zur Person nichts mehr von sich, um gegen die Fortsetzung dieses Prozesses und gegen Richter Graue zu protestieren. Das Urteil war, wie nicht anders zu erwarten, für Hamburg, wo es in früheren Prozessen höchstens sechs Monate auf Bewährung gab, ungewöhnlich hoch: zehn Monate Gefängnis ohne Bewährung. Gründe für diese hohe Verurteilung sah Graue in dem Versuch der kollektiv begangenen Dienstflucht. Trotzdem seien politische Absichten oder Gewissensgründe beim Angeklagten nicht festzustellen, er habe lediglich keinen „Bock“ zum Dienen gehabt. Das Urteil soll auch zur Abschreckung weiterer Totalverweigerer dienen und sei nur gerecht gegenüber den Soldaten und Zivildienstleistenden.

Der Haftbefehl wurde nicht aufgehoben. Gegen das Urteil hat die Verteidigung Berufung eingelegt. – (jok)



Prozeßtermin im April: Polizei säubert den Saal

Lokalradio

Gespräch mit einer Vertreterin von Radio Dreyeckland

Freiburg. In Baden-Württemberg werden derzeit die ersten Lizenzen für die mit dem neuen Landesmediengesetz zugelassenen Lokalrundfunkfrequenzen vergeben. In Freiburg stehen zwei Frequenzen zur Verfügung. Beworben hatten sich dafür mit einem Antrag auf ein Vollprogramm das regionale Zeitungsmonopol, die „Badische Zeitung“, ein weiterer aus dem Lokalfunkversuch „Stadtradio“ hervorgegangener kommerzieller Sender („Freiburg 1“) und Radio Dreyeckland (RDL). Daneben bewerben sich noch eine ganze Reihe von im wesentlichen kirchlichen Veranstaltern für Teilprogramme von einigen Stunden. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (siehe Kasten) werden beide möglicherweise ihren Antrag zurückziehen.

RDL ist entstanden aus dem Aktionsradio der Anti-AKW-Bewegung am Oberrhein, entwickelte seine Praxis in engem Zusammenhang mit den französischen Nachbarn und konnte bis 1986 aus dem Elsaß ungestört senden. Seither ist RDL mit einem zeitlich beschränkten Programm und verschiedentlichen Unterbrechungen von Freiburg aus im Äther. Auch die Polizeiverfolgung der letzten beiden Jahre, die Beschlagnahme von Sendeanlagen und Strafverfolgung von angeblich Beteiligten hat RDL nicht verstummen lassen. Die Entscheidung der laut Gesetz zuständigen Landesanstalt für Kommunikation über die Vergabe der Freiburger Frequenzen fällt in den nächsten Wochen. Wir, Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront, haben deshalb mit einer Vertreterin von RDL ein Gespräch geführt. – (Jli, kuh, ulb)

AG Medien: Wie beurteilt Ihr die gegenwärtige Situation der Medienpolitik, die Privatisierung des Rundfunks?

RDL: Wir haben ja eine Situation, in der in fast allen Bundesländern Landesmediengesetze verabschiedet worden sind oder kurz vor der Verabschiedung stehen. Damit ist diese große Welle der Kommerzialisierung – der Nutzung des Rundfunks, um damit Geschäfte zu machen – eigentlich fast abgeschlossen. Verkauft wird das alles unter dem Gesichtspunkt der Bereicherung der Meinungsfreiheit. Im Grunde genommen steckt aber dahinter ein neues Konzept von Konzernen, hauptsächlich aus dem Medienbereich, von Elektronikunternehmen, die das Medium erobern möchten, um sich neue Absatzmärkte zu verschaffen. Gleichzeitig führt die Entwicklung aber dazu, daß das Niveau des gesamten Rundfunks (auch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks) absinkt durch eine Anpassung an das Niveau des Privatfunks. Die für die Werbeeinnahmen erforderlichen hohen Einschaltquoten versuchen die privaten Rundfunkveranstalter dadurch zu erreichen, daß sie möglichst ein einheitliches Musikprogramm machen – Musikeppich nennt sich das –, in dem zunehmend Werbung eingestreut wird. Die Trennung zwischen Werbung und inhaltlichen Beiträgen wird aufgehoben. Sponsorenwerbung findet mehr und mehr statt. Es soll eine ständige Bindung des Hörers an eine Welle stattfinden, er soll auch gar nicht mehr ausschalten oder den Sender wechseln.

AG Medien: Welche politische Funktion hat RDL im Zusammenhang mit dieser z.Zt. stattfindenden Privatisierung des Rundfunks?

RDL: RDL versucht ja, von einem ganz anderen Ansatz aus Radio zu machen. Das geht zurück auf die Brechtsche Radiotheorie, nämlich zu sagen, daß das Radio seine optimale Funktion dann hat, wenn es versteht, nicht nur

benutzt werden kann. Es ginge dann nicht um eine Bedudelung, sondern ermöglicht Aktivwerden.

AG Medien: In Eurem Buch ist ein Kapitel überschrieben mit dem Titel „Vom Piratensender zum Gesellschaftsrundfunk“. Der Autor verbindet dort die – wie er es nennt – „Utopie einer nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnung“ mit der Utopie eines freien Gesellschaftsrundfunks. Wo befindet sich RDL heute auf diesem Weg?

RDL: Wir überschätzen nicht die Rolle von Rundfunk in der politischen Auseinandersetzung. Zu dem Begriff „freies Radio“: Solange die Gesellschaft nicht frei ist, kann das Radio auch nicht frei sein. Eigentlich bräuchte ein Projekt wie RDL keine Gesetze, es kann ganz gut ohne einen gesetzlichen Rahmen funktionieren und ohne Reglementierung. Das würde natürlich eine andere Gesellschaft voraussetzen. Trotzdem kann RDL etwas Sand im Getriebe sein. Deshalb hat die Regierung natürlich auch eine bestimmte Furcht vor solchen Projekten wie RDL. Man hat die Mediengesetzgebung unter dem Argument Förderung der Meinungsvielfalt propagiert. Wenn nun diese Meinungsfreiheit in dem Medium, die ja eigentlich nie als die Freiheit der Vielen angesehen wurde – auch der öffentlich-rechtliche Rund-



12000 Unterschriften für RDL: Vertreter des Freundeskreises bei der Übergabe an Ministerpräsident Späth am 12.12.1985

einseitig auszusenden, also die Einseitigkeit – hier die Macher, die für die Hörer aussenden, und da nur die Konsumenten –, diese Trennung aufzuheben, und eine Möglichkeit zu schaffen, die Konsumenten selber zum Sprechen zu bringen. Es soll eine Verbindung von Macher und Hörer erreicht werden, so daß das Radio wirklich zur Kommunikation und zum Austausch

funk nicht –, daß das nun plötzlich als Mittel der Vielen benutzt werden könnte, das hätte natürlich eine ziemliche Sprengkraft. Man muß sich das konkret überlegen: Wenn es viele solcher kleinen Lokalstationen gäbe, vielleicht in Freiburg, in Lahr, dann in Offenburg, in Waldkirch usw., die Leute würden das Radio als Kommunikationsinstrument benutzen, wie flott

und schnell das wäre, und wie viel leichter als mit Zeitungen man so in alle Haushalte hineinkäme...

AG Medien: Also Radio als Mittel zum Zweck, so daß es ja wohl auch wesentlich auf die Umschreibung der Ziele ankäme.

RDL: Ja, ein Radio, das sich versteht als Instrument derjenigen, die in dieser Gesellschaft sonst nicht die Möglichkeit haben, sich zu äußern. Welche Ausländergruppe schreibt denn schon Leserbriefe an die „Badische Zeitung“ und wird dann sogar noch abgedruckt! Ganz klare Stellungnahme für diejenigen, die sonst diese Möglichkeiten nicht haben, sich mit ihren Interessen an die Öffentlichkeit zu wenden, ihre Anliegen zu verbreiten.

AG Medien: RDL ist der Versuch einer praktischen Kritik der herrschenden Medienpolitik im Dienst der Konzerne. Dies setzt eine Bindung der redaktionellen Ziele von RDL und seiner Methoden an die Interessen der in dieser Gesellschaft Unterdrückten und Ausgebeuteten voraus. Kann man Euer Konzept so umschreiben?

RDL: Ja, das ist trotz aller unterschiedlichen Positionen bei uns eine gemein-

same Auffassung: Wir betrachten uns als Teil des Widerstands gegen die herrschende Gesellschaft. RDL ist ein Widerstandsmedium. Da suchen wir eben bestimmte Formen, wie man damit umgehen kann. So ist und soll auch weiterhin ein ganz großer Bereich von RDL sein, daß Gruppen, die in einem bestimmten Bereich arbeiten, Sendezeit autonom zur Verfügung gestellt wird. Sei es die Mieterinitiative Weingarten oder die Arbeitsloseninitiative, der DGB, Internationalismusgruppen usw. Die können und sollen ihre Sendungen vielleicht sogar regelmäßig 14-tägig selber gestalten. Das wäre eine Schiene, wo das Radio wirklich nur Mittel ist für die Öffentlichkeitsarbeit der Gruppen, die es benutzen. Daneben gibt es natürlich Teile, die die Redaktion selber verantwortet, die von der Redaktion gestaltet werden und wo dann natürlich auch so etwas wie eine politische Zielsetzung der Redaktion zum Tragen kommt.

AG Medien: Welche Chancen hat die Forderung nach freien Lokalradios?

RDL: Leider ist RDL derzeit das einzige Projekt in der BRD, das auch ein Stück weit ausprobieren konnte, ob

das möglich ist, so ein Radio zu machen, und das auch daran festhält. Was man sehen kann ist, daß es jetzt Einstiegsprojekte gibt von Leuten mit „kritischem journalistischem Anspruch“, die wollen jetzt diese neue Situation nutzen, im Rahmen der Landesmediengesetze Lizenzen zu bekommen, und dann auf kommerzieller Basis Radio machen mit der Begründung, es ließe sich nicht anders finanzieren. Natürlich als Redakteursradio, also als Radio, das nur von bestimmten Leuten gemacht wird für andere.

Da steht RDL relativ allein. Ob sich da politisch noch etwas bewegen läßt, hängt auch von den Grünen ab, wie sie sich nämlich entscheiden. Bei ihnen gibt es zwei Auffassungen: Die eine sagt, es ist jetzt alles gelaufen, jetzt nehmen wir halt die sich selber als „kritisch“ bezeichnenden Einstiegsprojekte und unterstützen das. Die anderen gehen davon aus, daß da keineswegs schon alles gelaufen ist. Es wird viele Pleiten geben in nächster Zeit und damit viele offene Frequenzen, in Niedersachsen werden z.B. erst 1988 Lokalfrequenzen vergeben, da kann man also noch was tun.

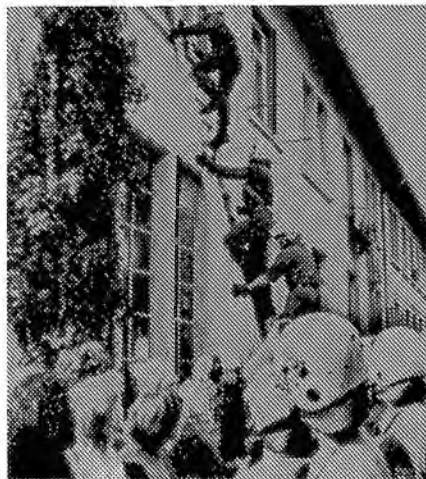
Auswirkungen des BVG-Urteils auf RDL

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß vom 24.3.1987 bezüglich der Verfassungsbeschwerden von Süddeutschem Rundfunk (SDR) und Südwestfunk (SWF) gegen das Landesmediengesetz Baden-Württemberg entschieden, daß es dem Gesetzgeber versagt ist, die Veranstaltung bestimmter Rundfunkprogramme ausschließlich privaten Anbietern vorzubehalten. Daher sei der entsprechende Paragraph des Landesmediengesetzes (§ 13 Abs. 2) mit Art. 5 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz unvereinbar, „soweit er die Veranstaltung und Verbreitung von Rundfunkprogrammen der Landesrundfunkanstalten ausschließt, die nicht für ihren gesamten Sendebereich im Land veranstaltet und verbreitet werden“. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kann daher nicht verwehrt werden, sich um Frequenzen auf regionaler oder örtlicher Ebene zu bewerben.

„Dem Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk liegt (unter anderem) der Gedanke zugrunde, daß der publizistische Wettbewerb zwischen beiden sich anregend und belebend auf das inländische Gesamtangebot auswirken und Meinungsvielfalt auf diese Weise gestärkt und erweitert werde. Damit ist es unvereinbar, dem privaten Rundfunk zwar die Aufgabe einer publizistischen Konkurrenz gegenüber dem öffentlich-rechtlichen

Rundfunk zuzumessen, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk aber eine solche Konkurrenz gegenüber dem privaten zu versagen.“

Die Kapitalisten befürchten jetzt, daß aufgrund dieses Beschlusses „das private Lokalradio praktisch gestorben“ sei (so Leemreijze, Geschäftsführer des südwestdeutschen Zeitungsverlegerverbandes), da die Konkurrenz zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten finanziell kaum tragbar sei. Der SWF will bis 1990 fünf Regionalprogramme aufbauen und setzt dabei auf 18 in Zukunft zur Verfügung stehende Frequenzen. Der SDR will zehn zur Verfügung stehende Regionalfrequenzen für sich beanspruchen.



Polizeieinsatz gegen RDL: SEK stürmt eine Privatwohnung. Gefunden werden weder Studio noch Sender. RDL berichtet live über den Einsatz.

Die für die Vergabe zuständige Landesanstalt für Kommunikation kann 21 Regional- und 41 Lokalfrequenzen zur Verfügung stellen. Dem stehen schon jetzt 140 Bewerber gegenüber. In Freiburg will der SWF auf jeden Fall eine Regionalfrequenz einrichten.

Von den bisherigen Bewerbern in Freiburg, dem Badischen Verlag und dem kommerziellen Sender „Freiburg I“ erwarten Experten jetzt, daß sie aufgrund der öffentlich-rechtlichen Konkurrenz ihre Anträge zurückziehen werden. Damit wäre RDL der einzige „private“ Bewerber um eine Frequenz in Freiburg.

Bei einer solchen Konstellation aber ist zu befürchten, daß der Antrag von RDL von der Landesanstalt wegen fehlender „Binnenpluralität“ abgelehnt wird, weil RDL nach den gesetzlichen Vorschriften weder inhaltlich noch organisatorisch „ausgewogen“ ist. Es müssen nämlich Vorkehrungen getroffen sein, die gewährleisten, „daß das Gesamtangebot der inländischen Programme der bestehenden Meinungsvielfalt auch tatsächlich im wesentlichen entspricht“ (Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 4.11.1986). D.h. aber auch, daß jedes einzelne Programm den Anforderungen an diese „Ausgewogenheit“ genügen muß, es sei denn, die Ausgewogenheit wäre in Verbindung mit anderen Programmen gewährleistet, was in Freiburg nicht der Fall wäre.

Quellenhinweis: Urteile des BVerfG in: Europäische Grundrechte Zeitschrift, 20/1986 und 11/1987.

Gesamttextil will Sonntagsarbeit

Lüneburg. Der Präsident von Gesamttextil hat sein Befremden über Arbeitsminister Blüm bekundet, den Wünschen der Textilindustrie „nach einer Auflockerung des Arbeitsverbotes an Sonntagen“ angeblich eine Absage erteilt zu haben. Blüm habe nicht mal Informationen über die Vorschriften in den Nachbarstaaten abgewartet. (HB, 15.07.) Öffentlich klappern schadet nicht, wird der Präsident denken, damit das Sonntagsarbeitsverbot in den Ausschlußberatungen des Bundestages auch wegharmonisiert wird. – (gka)

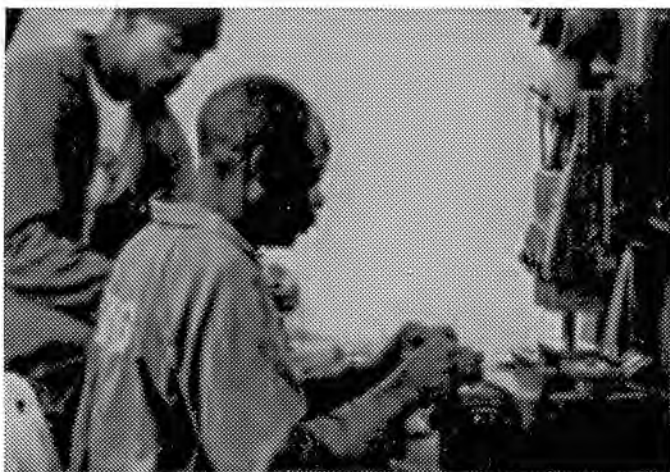
„Maxhütte neu“ mit 906 Arbeitern

München. Wirtschaftsminister Jaumann – der inzwischen vom Amberger CSU-Bundestagsabgeordneten Fellner angegriffen wird, er wolle sich „Stillegungsrittern andienen“ und die „Maxhütte abfieseln“ – erklärte in einer Sonderplenarsitzung des Landtags, daß, nachdem die 190 Mio. DM Finanzhilfe des Bundes und des Landes sowie die 52 Mio. DM von Bayern für den Grundstückskauf nicht mehr vorhanden seien, kein weiteres Risiko von der Staatsregie-

Düsseldorf. 4000 Jugendliche aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens zogen am 9.7. vor die Hauptverwaltung des Thyssen-Konzerns (Bild). Sie protestierten gegen die Beseitigung der Ausbildungsplätze der Stahlkonzerne und forderten die Übernahme in den erlernten Beruf. Die Kundgebung war der Abschluß einer Fahrradstafette der IGM. Die Stafette hatte 100 Kilometer quer durch das Ruhrgebiet geführt, von Hattingen über Bochum, Oberhausen, Duisburg nach Düsseldorf. – (gba)



rung eingegangen werden könne. Er tritt für die „Variante V“ – einer „Maxhütte neu“ mit 906 Arbeitern ein, was von der SPD-Fraktion als ein „miniaturisierter Schatten eines Stahlwerks“ und eine „periphere Werkbank der heutigen Konkurrenten“ bezeichnet wird. Die SPD fordert die sofortige Gründung einer Auffanggesellschaft durch den Freistaat. F.J. Strauß versucht abzulenken: Die EG-Kommission würde die Rettung der Maxhütte verhindern und Bundeswirtschaftsminister Bangemann habe sich als Werkzeug und Erfüllungsgehilfe der EG-Kommission mißbrauchen lassen. – (dil)



Azania/Südafrika. Die Regierung Südafrikas hat den Streik von 80000 Metallarbeitern der Metallgewerkschaft NUMSA für illegal erklärt. Nach erfolglosen Verhandlungen um einheitliche Lohnerhöhungen und Heraufsetzung des Mindestlohns hatten sich ca. 95% der NUMSA-Mitglieder für Streik ausgesprochen und streikten am 14.7. in mindestens 500 Betrieben. Daraufhin veröffentlichte die Regierung die Erneuerung des am 30.6. ausgelaufenen Tarifvertrags für die Metallindustrie. Da in Südafrika bei veröffentlichten Tarifabkommen Streiks untersagt sind, mußte die NUMSA den Streik abbrechen. Sie unternahm sofort gerichtliche Schritte gegen das Regierungsedikt. – (and)

Abgruppierung mit Erpressung

Heidelberg. Am Reha-Zentrum will die Geschäftsleitung mit Erpressung Abgruppierungen durchsetzen. Den sogenannten Absenkererlaß für den öffentlichen Dienst konnte der Betriebsrat erfolgreich abwehren. Drei Beschäftigte gewannen Musterprozesse, und die Stiftung muß jetzt 340000 DM Lohngehalter nachzahlen. Daraufhin stellte sie dem Betriebsrat ein Ultimatum: Entweder er stimme den Abgruppierungen zu oder die Geschäftsleitung werde einen Einstellungsstopp verhängen. Die Verwaltung verweigerte vier Lehrern und zwei Ärzten ihre Arbeitsverträge. – (irs)

Ziele des IGM-Bezirks- frauenausschusses

Karlsruhe. Auf der Frauenkonferenz, die im Rahmen der IG Metall-Bezirkskonferenz am 26.6.87 stattfand, wurden folgende Schwerpunkte für die Frauenarbeit festgelegt: 1. bessere Verankerung der Frauenarbeit in den Betrieben, Schwerpunkt dabei: innerbetriebliche Aktionen zur Anhebung der unteren Lohngruppen; 2. Fortsetzung und Intensivierung der Aktionen gegen frauenfeindliche Politik der Bundes- und Landesregierung: a) Verhinderung des Arbeitszeitgesetzes, b) Kampf gegen befristete Arbeitsverhältnisse, c) Kampf gegen die Verschärfung des § 218 – Aufruf zur Demonstration gegen den CDU-Parteitag am 29.8., d) Kampf gegen die Einbeziehung von Frauen in

die Bundeswehr; 3. Konsequente Politik für die bessere Beteiligung von Frauen: a) Frauenförderpläne im Betrieb, b) mehr Verantwortung für Frauen in der Organisation. – (aus Nachrichtenheft der AG Metall)

IBM senkt Einkommensniveau

Stuttgart. In diesem Jahr gibt es bei IBM Deutschland für die allermeisten Beschäftigten keine Aufstockung der übertariflichen Zulagen. Damit bleibt es bei den von der IG Metall abgeschlossenen 3,7 Prozent auf das Tarifgehalt. Die betrieblichen Richtgehälter, die nach einer bestimmten Betriebszugehörigkeitszeit erreicht werden sollen, wurden auf dem Vorjahresstand belassen und zusätzlich mit härteren Leistungsnoten verknüpft. Die langfristigen Gehaltsaussichten eines Neueingestellten liegen damit um mehr als zehn Prozent unter dem Einkommen, das seine heutigen älteren Kollegen haben. – (wor)

Tarifverhandlungen Einzelhandel

Kiel. Die Tarifverhandlungen für 90000 Beschäftigte im Einzelhandel Schleswig-Holsteins sind Ende Juni gescheitert. HBV und DAG lehnten ab. Die DAG-Sprecherin nannte als Gründe: Die Kapitalisten bieten Lohnerhöhungen unter dem Bundesdurchschnitt und wollen außerdem nicht über Verbesserungen der Eingruppierungsmerkmale und die tarifliche Festlegung des Arbeitsendes verhandeln. Es gibt keinen neuen Termin. – (brg)

Nds. Kindertagesstätten-Gesetz

Diskussion der Forderungen ist notwendig

Die Auseinandersetzung um den Entwurf eines niedersächsischen Kindertagesstätten-Gesetzes, den Elternvertreter/-innen und Mitarbeiter/-innen aus dem Elementarbereich erarbeitet haben, konnte im letzten Jahr ausgeweitet werden.

Alle Landtagsfraktionen sahen sich erstmals genötigt, im Landtag die Notwendigkeit eines Kindertagesstätten-Gesetzes für Niedersachsen zu bejahen. In welche Richtung sich die Landtagsfraktionen in Sachen Sozial- und Bildungspolitik bewegen wollen, haben sie in ihren Wahlprogrammen für die Landtagswahl 1986 angedroht:

Die FDP schrieb unter der Überschrift „Bereitschaft zu Leistung und Selbsthilfeförderung“: „Förderung privater Initiativen im Sozialbereich, z.B. in der Altenpflege und bei Frauenhäusern als Alternative zu totaler Vorsorge durch den Staat; – Stärkung von Selbsthilfe und Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten.“

Die CDU schrieb im Kapitel „Unsere Sozialpolitik“: „Aktive Hilfe zur Selbsthilfe unter Einbeziehung der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege hat dabei Vorrang vor Versorgung ... Soziales Engagement der Bürger ist dafür unverzichtbar. Ehrenamtliche Tätigkeit ist für uns kein Mittel zur Kostendämpfung, sondern ein Beitrag für mehr Menschlichkeit.“

CDU und FDP sind nach eigenen Aussagen dabei, jeweils einen Entwurf für ein Kindergarten-Gesetz zu erarbeiten. Bei solchen programmatischen Grundsätzen werden sie den Forderungen der Eltern und Mitarbeiter vollständig entgegenstehen, ja es ist eine Verschlechterung der Situation zu befürchten.

Der Kultusminister hat die Landesjugendämter bei den Bezirksregierungen – die Aufsichtsbehörden über die Kindertagesstätten – aufgefordert, eine Stellungnahme zum vorgelegten Entwurf der Provisorischen Landeselternvertretung abzugeben. Diese Berichte liegen seit Februar dort vor. In einer Arbeitsgruppe sollte relativ schnell eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet und veröffentlicht werden. Dies ist bisher nicht geschehen. Es soll von Seiten des Finanzministers Einwände geben.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege haben sich nach wie vor nicht zum Entwurf geäußert.

Die GEW befaßt sich auf Landesebene mit dem Entwurf und tritt für seine Forderungen ein. Hervorzuheben ist noch, daß in den letzten Monaten in allen Bundesländern wieder verstärkt Forderungen zur Verbesserung der Bedingungen im Elementarbereich erhoben werden. Insbesondere über die GEW wird der Entwurf der niedersächsischen Eltern und Erzieher als derjenige mit den weitestgehenden Vorstellungen und Forderungen in die Diskussion der jeweiligen Bundesländer einbezogen.

Die SPD hat sich nach der Wahl zurückgezogen. Wie sie sagt, gäbe es z.Zt. innerhalb der Fraktion keine Mehrheit für die Forderung nach einem Kindertagesstätten-Gesetz. Lediglich bei den Mitgliedern des Arbeitskreises Jugend und Sport herrsche ein Problembewußtsein.

Einzig die Grünen im Landtag setzen sich mit den Forderungen des Entwurfs auseinander. Sie haben das Ziel, möglichst schnell einen eigenen Entwurf einzubringen.

Die öffentliche Diskussion um die Forderungen des Kindertagesstätten-Gesetz-Entwurfs muß neu forciert werden: Zwar haben die DGB-Frauen ihre Hauptveranstaltung zu den Landtagswahlen zu diesem Thema gemacht, aber was fehlt, ist die Auseinandersetzung darüber in den Betrieben und Stadtteilen.

*Ideologische Widersprüche zu einigen Forderungen –
Beispiel Träger von Kindertagesstätten*

Die Landeselternvertretung ging in ihrem ersten Entwurf

davon aus, daß die sehr mächtigen Trägerverbände der Freien Wohlfahrtspflege 1. eine Realität sind und 2. ein eigenes Interesse an einer Verbesserung in den Kindertagesstätten haben und als Bündnispartner zu gewinnen sein müßten. Punkt 2 der Einschätzung war offensichtlich falsch: Sie entpuppten sich als sehr gute Verwalter einer untragbaren Situation, ja sie rechtfertigten diese mit Hinweis auf „leere Kassen“ von Land und Kommunen. Für den Kampf um Absicherung eines vertretbaren verantwortungsvollen Mindeststandards in den vorhandenen Kindertagesstätten sowie deren Ausbau hat sich die Zersplitterung der Elternschaften, die an den jeweiligen Träger gebunden sind, als sehr nachteilig herausgestellt, die Durchsetzung der „Sparmaßnahmen“ überhaupt erst möglich gemacht.

Diese Erfahrungen sind in den jetzt diskutierten Entwurf eingearbeitet worden. Da die Kommunen zur Bereitstellung von Kindertagesstätten-Plätzen für jedes Kind gesetzlich zu verpflichten sind, sollen sie auch Träger dieser Einrichtungen sein. Andere Träger können Angebotskindertagesstätten betreiben – wie bei den Schulen.

An diesem Punkt regt sich Widerstand bei den Grünen. Sie sehen zu viel Staat und zu wenig Berücksichtigung der Elterninitiativen, wobei sie gerade diese Organisationsform als wünschens- und besonders unterstützenswert erachten. Dafür möchten sie genügend Raum in einem künftigen – vor allem in einem von ihnen eingebrachten Kindertagesstätten-Gesetz verwirklicht sehen. Diese Elterninitiativen sind in erster Linie eine Notlösung, selbst wenn sie z.Zt. ihre Aufgaben oft besser als staatliche Einrichtungen lösen. Die Not fehlender Kindertagesstätten-Plätze und schlechter Bedingungen auf diese Weise für sich gut zu lösen, ist auch nur bestimmten Einkommensklassen vorbehalten, denn sie funktionieren nur dort gut, wo Eltern zusätzlich Zeit und Geld aufwenden. Jedoch ist auf gesetzlicher Grundlage die Versorgung *aller* Kinder mit Kindertagesstätten-Plätzen, die eine allseitige Entwicklung ermöglichen, zu gewährleisten.

Programmatisch fassen die Grünen ihre Position als „Hilfe zur Selbsthilfe“ und treffen sich hier mit CDU und FDP. Sie verwenden nicht nur dieselbe Begrifflichkeit, sie verstehen sie auch so, der Unterschied besteht lediglich darin, daß die Grünen diesen „Alternativen zur totalen Vorsorge durch den Staat“ (FDP) bzw. dem „Vorrang vor Versorgung“ (CDU) ein wenig spendabler gegenüberstehen würden. Im Wahlprogramm der Grünen zu den Landtagswahlen 1986 steht unter der Überschrift „Grundzüge einer grünen Sozial- und Gesundheitspolitik“: „– das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe muß gefördert und ausgebaut werden“. Im Abschnitt „Initiativen für Kinder“ fordern sie: „Immer mehr Eltern entwickeln das Interesse, familienergänzende Betreuungsformen selbst zu organisieren. Die Bandbreite von Eltern-Selbsthilfegruppen und die Vielfalt der Aufgaben ist deshalb groß, weil sie zurecht auf erhebliche Mängel hinweisen. In einem rechtlich völlig ungesicherten Raum befindet sich der Bereich der Kindertagesstätten und der Kindergärten. Hier gilt es, der kommunalen Sparwillkür Einhalt zu gebieten. Daher fordern die Grünen ein niedersächsisches Kindertagesstätten-Gesetz, in dem alle Arten der Betreuungseinrichtungen verankert sind sowie die Absicherung der Elternmitbestimmung auf allen Ebenen.“

Sie bleiben voll in den jetzt auch schon verankerten Strukturen und werden so nicht in der Lage sein, nachhaltige Verbesserungen zu erreichen.

Auszug aus dem Entwurf für ein Niedersächsisches Kindertagesstätten-Gesetz:

§3 TRÄGER

Träger von Kindertagesstätten i.S. dieses Gesetzes sind

- Gemeinden und Gemeindeverbände,
- Betriebe,
- Angebotskindergärten von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege können (analog den Angebotsschulen) zugelassen werden, sofern sie auf der Grundlage dieses Gesetzes arbeiten. – (bac)

Nazi-Kunst

Wer wagt's als erster: Nazi-Schinken ins Museum?

1986 unterzeichnete Ronald Reagan ein Rückführungsgesetz, das es erlaubte, über 6000 Nazi-Kunstwerke in die BRD zu bringen, welche 1945 von den US-Alliierten in Hitler-Deutschland beschlagnahmt worden waren. Rund 1000 Bilder blieben als „zu gefährlich“ in den US-Armee-Depots zurück, entschied eine Auswahlkommission aus Vertretern des Pentagon und des Genscher-Ministeriums. Die Bundesluftwaffe besorgte den Rück-

transport. Finanzminister Stoltenberg, Eigentümer der edlen Werke, ließ sie erst einmal im Magazin der Ingalstädter Armee-Museums verbergen. Niemand darf sie derweil sehen. Seitdem ist ein heftiger Streit v.a. in Kulturkreisen darüber entbrannt, ob man die Nazi-Kunst im Museum ausstellen soll oder nicht. ARD und WDR strahlten am 17.5. gleich zwei Filme zum Thema aus. Einer davon war ein Mitschnitt einer Podiumsdiskussion im Museum Ludwig „Wohin mit der Nazi-Kunst?“, an der u.a. Ex-Kanzler Schmidt, der DDR-Maler Bernhard Heisig und der linke SPD-Grafiker Klaus Staack teilnahmen. Die von Staack initiierte Protest-Resolution,

unterstützt von über 200 Künstlern und Kulturfunktionären, die sich gegen die Ausstellung der Nazi-Werke im Museum wehren, hatte die Kontroverse verschärft. Zu Recht argwöhnte Staack im Fernsehen, daß Bestrebungen, die Nazi-Kunst im Museum neben anderen Werken (etwa denjenigen von ehemals als „entartet“ bezeichneten) zu zeigen, zur Rehabilitation beitragen würden. Man müsse diese Versuche im Zusammen-



Die Abbildung aus dem offiziellen Ausstellungskatalog der deutschen Faschisten für die „Große deutsche Kunstausstellung 1941 im Haus der Kunst zu München“ zeigt das Bild „Die Heimat ruft“ von Hans Jakob Mann.

hang mit dem „Historikerstreit“, der Verharmlosung des Dritten Reiches, sehen, aber auch mit neofaschistischen Tendenzen unter Jugendlichen heute. Verbisserner Kritiker dieser Initiative war Schokoladen-Ludwig (Namensgeber des Museums Ludwig in Köln), der, wie Staack vermutet, Nazi-Kunst gerne in „seinem“ Museum ausstellen möchte. Eine leider wahrscheinliche Prognose, wenn man mitverfolgt, mit welcher rühriger Zielstrebigkeit Ludwig z.B. an der „Entnazifizierung“ von Nazi-Bildhauer Breker arbeitet. Erst hatte er sich und seine Frau Irene von Breker porträtieren lassen, dann behauptete er vor der Kamera, für ihn sei Breker ein hervorragender Künstler

„und nicht das Thema Nazi-Kunst“. Dann giftete er mit Geißlerscher Dummdreistigkeit gegen Staacks Aufruf, Nazi-Kunst nicht ins Museum zu hängen: „Das ist dasselbe, wie Herr Goebbels die andere Kunst nicht haben wollte. Ich finde das ein Fortleben nazistischer Geistes in der schlimmsten Form. Die Diskussion, das abzuwenden, indem ich etwas nicht zeige, ist ja genau die Manier, obwohl immerhin Herr Goebbels die Entarteten sogar noch gezeigt hat, wenn auch mit negativem Vorzeichen. (Gemeint ist die diffamierende Wanderausstellung von 1937 „Entartete Kunst“ – d. Verf.) Seine Nachkommen wollen ja noch nicht einmal das. Es darf nicht mehr zur Diskussion gestellt werden. Ich habe die Bilder nie gesehen ... Wir wurden ja alle entmündigt, und hier kriegen wir sie ja nicht gezeigt.“ Mit diesem letzten, sich liberal gebenden Argument treffen sich übrigens Ludwig und Helmut Schmidt, der die Auffassung vertrat: „Jeder soll die Freiheit haben, die Bilder anzusehen, die es gibt. Ich bin gegen jede Bevormundung. Bevormundung durch Leute des Kunstbetriebes ist nicht das, was ich mir mit Karl Popper unter offener Gesellschaft vorstelle.“

Was haben sie vor, die Ludwigs und die Schmidts, die schrillen und die moderaten Argumentierer? Ludwig sagt über die Kultur in der Nazizeit: „Wir hatten Filme, die wir heute noch oft genug im Fernsehen sehen, große Dirigenten, herrliche Orchester, bedeutende Komponisten, Dichter, Philosophen ... es ist doch einfach nicht wahr, daß in diesen Zeiten nur Nacht herrschte ... Nacht herrschte in vieler Hinsicht, wenn ich an diese entsetzliche Aktion „Entartete Kunst“ 1937 denke, die nun wirklich für alle Zeit ein Schandfleck bleiben wird. In der Nacht gab es viele Lichter. Und diese Lichter auszulöschen ... das ist einfach falsch.“ In seiner lyrisch-schwärmerischen Umschreibung vermeidet er, Namen zu nennen. Dennoch weiß man in etwa, woran er denkt, wenn er von den

„vielen Lichtern“ und von „der Nacht“ spricht: Brekers nackte rassistische Kampfmaschinen gehören offensichtlich nicht etwa zur „Nacht“, sondern waren und sind „Lichter“, ebenso seine verlogenen Frauenakte wie „Anmut“, „Eos“ (Morgenröte), die das angeblich Weibliche verkörpern sollten, welches seine Rolle an der Seite des furchtlos kämpfenden Mannes zu spielen hatte. Diese reaktionäre Auffassung von angeblich angeborenen Geschlechterrollen, die ja für die gesamte Reaktion, für Papst und Schokoladen-Ludwig etwas Vertrautes und Unverzichtbares ist, soll als Kunst wieder wirken dürfen und muß deshalb mit aller Macht vom Makel des Faschismus eingewaschen werden. Deshalb wütet Ludwig so dagegen, wenn antifaschistisch gesinnte Kulturtätige die Öffentlichkeit gegen ihn mobilisieren.

Unter „Lichtern“ in faschistischer Nacht versteht er jedenfalls nicht antifaschistische Kunst; diese auch noch mit zu umschließen, reicht sein liberales Mäntelchen, das er bei seiner „vorurteilslosen“ weltweiten Kunstsammelei so gerne vorzeigt, doch nicht ganz. Aber interessanterweise steht er in diesem Unterschlagen und Verschweigen der antifaschistischen Kunst gar nicht allein da; in der ganzen Debatte taucht die antifaschistische Kunst überhaupt nicht auf. Auch Staack, der seine Position als antifaschistisch versteht, erwähnt die bewußte antifaschistische Kunst weder als entschiedenste Kunst gegen den Faschismus noch als überhaupt erkennbare künstlerische Strömung. Er nennt allenfalls mal einen einzelnen antifaschistischen Künstler. Es scheint ähnlich zu sein wie beim antifaschistischen Widerstand insgesamt: Je stärker er antikapitalistisch war, desto mehr wird er heruntergespielt oder ganz verschwiegen. G. Engels vom „Kölner Stadtanzeiger“ bringt diese Taktik in seiner Fernsehkritik über die Kunstdiskussion auch prompt und plump auf den Nenner: „Nazi-Kunst“ ist nicht gleich „Kunst der Nazi-Zeit“; es gab zur Zeit des gestiefelten Wüterichs ja

auch die Kunst der inneren Emigration – um nur Namen wie Ernst Barlach, Käthe Kollwitz und Oskar Schlemmer zu nennen, ferner Emil Nolde, Max Pechstein, Erich Heckel ... oder von den jüngeren Ernst Wilhelm Nay und Fritz Winter.“ Die Kunst der „inneren Emigration“ als vom Faschismus verfolgte wird genannt, die bewußt politisch antifaschistische Kunst nicht. Das kann nur daran liegen, daß die antifaschistische Kunst eine Diskussion über Ursachen und Verbrechen des Faschismus provoziert, indem sie diese darstellt, und diese Diskussion will man nicht.

Vor den Werken der antifaschistischen Künstler Hubbuch, Meffert, Grosz, Heartfield, Nagel, Grundig, Nussbaum, Salomon, Vogeler, der (unfrisierten) Kollwitz u.v.a. kann man sich eine Auseinandersetzung über den Faschismus nur sehr umständlich entziehen. Die Kunst der „inneren Emigration“ kann man dagegen viel besser für allgemeinemenschliche Erschütterungen über tragische Künstlerschicksale benutzen, ohne über den imperialistischen Zweck des arischen Reinheitsgebots gegenüber Künstlern reden zu müssen.

Staeck sprach in der Fernsehdiskussion davon, daß der „antifaschistische Konsens durch alle Parteien“ jetzt aufgekündigt zu werden droht. Solch ein Konsens hat in Wirklichkeit nie bestanden. Der tatsächliche „Konsens durch alle Parteien“ war und ist der der Verharmlosung des Faschismus. Dieser Konsens klang deutlich bei Helmut Schmidt an: „In jeder Epoche waren die Künstler bereit, die Regierenden zu verherrlichen. Die Kunst geht nach Brot. Daß jemand Mitläufer oder Nutznießer war, sagt noch nichts über die Qualität seines Werkes. Man soll sie dem Gespött preisgeben.“ Wogegen Staeck richtigerweise vertrat, daß das „furchtbare Herrschende“ waren, nicht irgendwelche, und daß die Künstler Täter waren, nicht nur Mitläufer.

Dagegen ist ein tatsächlicher antifaschistischer Konsens gegen die Verharm-

losung des Dritten Reiches nötig, die – das sieht Staeck ganz klar – in Form einer Rehabilitation von Teilen der Nazi-Kunst nur ein Baustein zu neuerlicher faschistischer Entwicklung sein würde. Die Unterzeichner des Aufrufs gegen Nazi-Kunst im Museum wenden sich nicht gegen ein Ausstellen von Nazi-Kunst „in bestimmtem Kontext“. Dem ist zuzustimmen. Das überkommene, von fürstlichen Sammlern im Feudalismus angelegte reine Kunstmuseum kann und will allerdings genau diesen Kontext nicht darstellen, weil für diesen Kontext eine kulturhistorische Ausstellung nötig wäre. In solch einer Ausstellung müßte sowohl historisches Anschauungsmaterial über den Nazi-Faschismus, seine Entwicklung bis hin zur sog. Entnazifizierung im Zusammenhang mit Nazi-Kunst gezeigt werden als auch Hinweise auf das ideologische und ästhetische Weiterwirken von Elementen faschistischer Ästhetik in vielen heutigen Gesellschaftsbereichen wie Architektur, „avantgardistischer“ Mythenkunst, Comics, Kleidung, sichtbarem Verhalten usw. Vor allem darf in solch einer Ausstellung die Konfrontation mit der antifaschistischen Kunst nicht fehlen, weil sie neben der Entlarvung des verbrecherischen Charakters von Nazi-Kunst den antifaschistisch-antikapitalistischen Widerstand zum Ausdruck bringt. Sollte das die „Bevormundung durch Leute des Kunstbetriebes“ sein, die Schmidt meint? Es ist das Gegenteil. Diese Konfrontation mit antifaschistischer Kunst und heutigen faschistischen und faschistoiden Tendenzen verhindert gerade eine von Leuten wie Ludwig eingeplante Einschüchterung durch diese Ästhetik, verhindert eine ideologische faschistische Bevormundung, was die unkommentierte, offiziell neben anderen Bildern im Museum hängende Nazi-Kunst zwangsläufig wäre. Sich von solcher „Offenheit“ nicht zu distanzieren, unterscheidet den Sozialdemokraten Schmidt von dem Sozialdemokraten Staeck doch um einiges. – (güv)



Die in der Zeit des „Großen Sprungs“ geschaffenen Be- und Entwässerungsanlagen auf dem Lande drohen jetzt zu verfallen, weil es mit der Privatisierung der Landwirtschaft keine dafür verantwortlichen Kollektive mehr gibt.

Literatur über die VR China

Zu den Umwälzungen seit der Kulturrevolution

Unübersehbar ist die Literatur zu den Entwicklungen in China seit 1976 im angelsächsischen Raum. Die wenigen einschlägigen Neuerscheinungen in der BRD beschränken sich meist auf Berichte von Botschaftern und Journalisten. Das Interesse, das diese Veröffentlichungen leitet, ist beschränkt: entweder Abrechnung mit Maoismus und euphorische Begrüßung der neuen Politik anstelle von Untersuchung der Hintergründe und Ergebnisse der maoistischen Politik und der Triebkräfte für die Wirtschaftsreformen; oder der Versuch, Politik und Folklore als „reizvolle, fremdartige Welt des Orients“ zusammenzubringen. Damit ist der Nutzen eines Studiums solcher Veröffentlichungen fragwürdig.

Das Buch von Orville Schell ist da eine Ausnahme: Der amerikanische Journalist hat seine Reportagen und Reiseberichte aus China überarbeitet und als Buch herausgegeben, unter dem provokanten deutschen Titel „Lieber reich als gleich“ (Die amerikanische Originalausgabe heißt „Es ist ehrenwert, reich zu werden“, eine von den Medien der VR China in den letzten Jahren ständig verbreitete Parole). Schell ist nicht als Journalist in der VR China akkreditiert, seine Berichte basieren auf wenigen Reisen, auf der Auswertung englischsprachiger chinesischer Publikationen sowie auf diversen Gesprächen mit chinesischen Funktionären bzw. westlichen „China-Experten“.

Die Kapitel seines Buches kreisen um die Ergebnisse der Wirtschaftsreformen und deren soziale Folgen. Eindrucksvoll der Bericht über die überall entstandenen privaten Märkte, auf denen nicht nur die Bauern ihre Produkte vermarkten, sondern – vorwiegend jugendliche – Händler Jeans und Hemden aller Marken und Herkunftsländer ver-

kaufen, japanische und Hongkong-Unterhaltungselektronik, die auf dunklen Wegen nach China gelangt ist, vermarkten und Friseure, Masseure, Garköche oder auch Händler von pornographischen Heften ihre Dienste anbieten. Er schildert, wie das Management der Staatsbetriebe die neugewonnenen Freiheiten nutzt und begehrte Produkte direkt vermarktet, statt sich der wenig profitablen staatlichen Absatzkanäle zu bedienen. Die Staatspläne werden so zu Makulatur.

Eigene Kapitel hat Schell der sich ausbreitenden Kriminalität bzw. der Renaissance von Religion und Aberglauben gewidmet, zwangsläufigen Folgen der Zersetzung der sozialistischen Gesellschaftsstrukturen. Anschaulich kommt die Hilflosigkeit des Parteiapparates gegenüber diesen Sumpflüthen der Marktwirtschaft zum Ausdruck: Die befragten Funktionäre stellen diese Erscheinungen nicht in Abrede, betonen dagegen immer nur die hauptsächlichen Vorteile der Wirtschaftsreformen.

Kritisch setzt sich Schell mit den Landwirtschaftsreformen auseinander. Seine Schilderung konkreter Entwicklungen bestätigt die negativen Prognosen über die Folgen der Privatisierung der Landwirtschaft: Die Auflösung der Viehzuchtkollektive in der inneren Mongolei hat zu einer Überweidung der Steppengebiete geführt, die Wüste dringt vor. Schell zitiert den US-Amerikaner William Hinton, der seit 1937 die chinesische Revolution praktisch unterstützt hat und nach der Revolution der chinesischen Regierung wiederholt als Landwirtschaftsberater gedient hat. Hinton beklagt, daß wichtige Agrarforschungs- und Saatzuchtzentren jetzt auch als selbständig wirtschaftende Einheiten geführt werden – mit der Folge, daß die Direktoren der Zentren das Land an Bauern verpachtet haben. In dem Dorf Long Bow, dessen jüngste Geschichte Hinton in seinen Büchern „Fanshen“ und „Shenfan“ beschrieben hat, ist das Bewässerungssystem – in der Zeit des „Großen Sprungs“ errichtet – zusammengebrochen, weil die dafür verantwortlichen Arbeiter Bezahlung nach Wassermenge verlangten und weil die Bauern die Bewässerungsanlagen als billige Quelle von Baumaterial und Schrott benutzen. Die Mechanisierung der Landwirtschaft ist zurückgegangen, weil sie den Produktionsverhältnissen – Bauernfamilien bewirtschaften in Eigenregie Kleinstparzellen – widerspricht. Große Maschinen verrotten und werden ausgeschlachtet.

Die seit der Kollektivierung vorbildlich geregelte Gesundheitsversorgung auf dem Lande existiert kaum noch. Die lebenswichtigen Leistungen der Kommunen in Form der „fünf Garantien“ (Nahrungssicherung, Bereitstellung von Kleidern, medizinische Versorgung, Wohnen, Übernahme der Bestattungskosten) sind beseitigt, die Verelendung von Teilen der Landbevölkerung nimmt zu, und die Parteipresse beläßt es bei Appellen, daß reiche Bauern den Armen helfen sollen.

*

Zu einer grundsätzlichen Abrechnung mit dem Marxismus – bzw. dem, was er darunter versteht – nutzt Ernst Eckelt, Justitiar der Fugger-Bank in Augsburg, die Wirtschaftsreformen in China. Die Kenntnisse der Entwicklungen in der VR China stützen sich auf ein, zwei Touristenreisen, auf das Studium einschlägiger Artikel der FAZ, der Augsburger Allgemeinen und des Bayern-Kurier sowie auf Erzählungen befreundeter, aber ansonsten unbekannter bayerischer Professoren, die einmal in der VR China als Gastprofessoren unterrichten durften. Da Eckelt ferner noch Vergleiche zu Ungarn, der DDR und der UdSSR zieht und seine Meinung über Reformen in diesen Ländern genauso wenig von Tatsachen getrübt ist, ist das Buch den Lekturaufwand nicht wert.

Kostprobe: „In der Geschichte des Sozialismus ragt seit

der Erstürmung des Winterpalastes ... kein Ereignis so heraus wie der ... Beschluß des ZK der KP Chinas, die Betriebe aus der engen Verflechtung mit der Staatsgewalt herauszulösen.“ Solche Wertungen haben es immer in sich, vor allem dann, wenn der hochgerühmte Beschluß – jedenfalls gegenwärtig – noch weithin Papier ist und die Staatsbetriebe viel weniger Autonomie haben als in Ungarn. Oder Eckelts Kommentar zu einem sowjetischen Leserbrief, der die Leistungsentlohnung als sozialistisches Prinzip herausstellte: „Die Leistungen waren bisher nur im Kapitalismus Maßstab des Lohnes, im realen Sozialismus hingegen galt und gilt noch nicht das Leistungs-, sondern das Gleichheitsprinzip ...“ Als Autor, der über die „Abkehr vom Marxismus“ schwafelt, sollte Eckelt wissen, daß schon das Kommunistische Manifest „jedem nach seiner Leistung“ propagiert.

Der einzige Grund, warum über Eckelts Traktat, dessen Zweck die stimmungsmäßige Festigung des reaktionären Lagers in der BRD ist, an dieser Stelle überhaupt gehandelt wird: Mit dem Klasseninstinkt eines Bourgeois zielt Eckelt auf die Widersprüche zwischen chinesischer Parteipropaganda und der Wirtschaftspolitik. Und davon gibt es reichlich: So die ständig wiederholte Sentenz, durch die Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln sei trotz Privatisierung der Landwirtschaft etc. eine Rückkehr zum Kapitalismus und ein Entstehen antagonistischer Klassenwidersprüche unmöglich. Das Argument ist hohl, da nicht der formelle Besitztitel, sondern vielmehr die in China kaum mehr beschränkte Verfügungsgewalt über Produktionsmittel die Akkumulation von Kapital erlaubt. Oder die Dengsche Phrase vom „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“: An keiner Stelle hat die KPCh diese „Besonderheiten“ – womit nur die Wirtschaftsreformen gemeint sein können – erklärt und eine Diskussion über die Konsequenzen für die revolutionäre Theoriebildung eröffnet. Offenbar ist dieser „Zusatz“ zum Sozialismus nur ein Weg, wenigstens zeitweilig die Widersprüche zwischen Programmatik und Wirtschaftspolitik zu verkleistern.



Demonstration nach dem Sturz der „Vierbände“. Die gesellschaftlichen Kräfte, die auf die Entmachtung dieses Teils der Parteiführung drängten, repräsentierten sehr unterschiedliche Interessen – wie sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat.

*

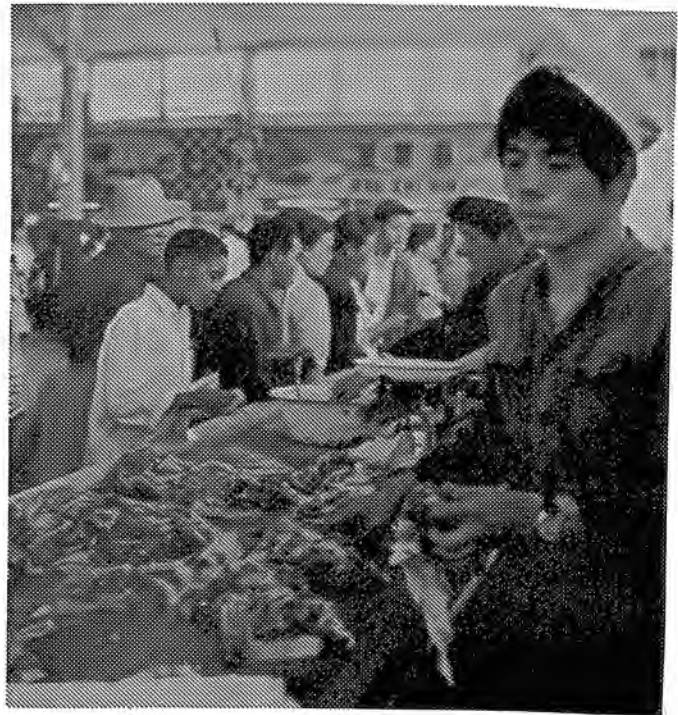
Aus dem Sandler-Verlag stammt das 1986 erschienene Buch der beiden Autoren Helmut Forster-Latsch und Jochen Noth. Ihre These lautet:

„Gerade Mao Zedongs Theorie und Praxis – vor allem seit den 50er Jahren – ausgegeben als Alternative zum sowjetischen Weg, verbargen hinter der revolutionären Phrase eine Realität, die gerade dem ähnelte, was angeblich bekämpft wurde ... Die diesem Modell (dem sowjetischen, d. Red.) und Weg innewohnenden Defizite wollte er durch von oben initiierte populistische Massenbewegungen lösen. Und gerade diese zahllosen, von der Bevölkerung scheinbar voll unterstützten Bewegungen verdeckten die banale Tatsache, daß es um nichts anderes ging als darum, eine Schwerindustrie auf Kosten der übrigen Gesellschaft aus dem Boden zu stampfen. In diesem Sinne ist der Maoismus oder die Maosche Entwicklungsstrategie nichts anderes als eine neue, wenn auch populistische Züge aufweisende Variante des stalinistischen Industrialisierungsmodells (die durch die extreme Rückständigkeit Chinas bedingten Defizite sollten durch den Willen ersetzt werden; Zwang und Gewalt taten ein übriges) ... Eine unserer entscheidenden Thesen ist somit auch, daß die gesamte maoistische Entwicklungsstrategie gerade die Tendenz verkörperte, China zu einer staatsmonopolistischen Gesellschaft werden zu lassen, in der die Produzenten in Stadt und Land erneut von den Produktionsmitteln getrennt und dem Willen einer über Partei- und Staatsapparat herrschenden Zentralbürokratie unterworfen sind ...“

Dagegen stellen die Verfasser die Entwicklungen in der VR China seit 1976, vor allem aber seit 1980 als Versuche hin, das „stalinistische Industrialisierungsmodell“ aufzubrechen durch eine Einschränkung der Akkumulation zugunsten des privaten Konsums sowie durch die mit den Wirtschaftsreformen angeblich verbundene zunehmende Selbstbestimmung der Produzenten. Überflüssig anzumerken, daß das „stalinistische Industrialisierungsmodell“, das nicht weiter in seinen Hintergründen und Folgen untersucht wird, für die Verfasser in jeder Hinsicht untauglich und in seinen gesellschaftlichen Konsequenzen fatal ist.

Von diesem bornierten Ansatz einmal abgesehen: Der Streit um das richtige Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Akkumulation und Konsum sowie um die Proportionen zwischen Schwerindustrie, Leichtindustrie und Landwirtschaft ist so alt wie die Debatte um den sozialistischen Aufbau. Zudem haben diese Fragen in den letzten Jahrzehnten auch im Zentrum entwicklungspolitischer Strategiediskussionen gestanden. Bekanntlich waren und sind es vor allem die Imperialisten und deren Organe wie IWF und Weltbank, die gegen den raschen Aufbau einer eigenständigen Schwerindustrie durch die Entwicklungsländer vorgehen. Die Tauglichkeit relativ hoher Akkumulationsraten in bestimmten Perioden des Aufbaus kann zudem nur anhand der konkreten Verhältnisse eines bestimmten Landes entschieden werden.

Die Verfasser führen den Beweis über die Parallelen zu „Moskau“ vor allem anhand statistischer Größen (Akkumulationsrate etc.) sowie anhand des chinesischen Wirtschaftsplanungs- und Wirtschaftsverwaltungsapparates. Unbestreitbar hat gerade nach der Revolution 1949 das sowjetische Modell des Wirtschaftsaufbaus Pate gestanden und sich in einer zentralen Bürokratie, der vorrangigen Entwicklung schwerindustrieller Großbetriebe etc. niedergeschlagen. Aber schon der Prozeß der Kollektivierung der Landwirtschaft bis 1957 konnte sich auf viel breitere gesellschaftliche Kräfte stützen als in der SU. Spätestens der „Große Sprung“ 1958 war der bewußte Bruch mit dem sowjetischen Industrialisierungsmodell; er legte die Grundlagen für die ländliche Industrialisierung und den Aufbau einer ländlichen



Über dem farbenfrohen Bild ländlicher Märkte, die den Touristen ein Bild von Wohlhabenheit vorgaukeln, ist das Schicksal der Armen auf dem Lande – Alleinstehenden, Alten, Waisenkindern etc. – in den Hintergrund geraten.

Infrastruktur und Wasserversorgung. Die Kulturrevolution hat den Versuch unternommen, diese dezentralen Aufbauanstrengungen fortzusetzen, und damit die Basis gelegt für das explodierende Wachstum der ländlichen Industrie in den letzten Jahren und das stabile Wachstum der Getreideproduktion in den 70er und Anfang der 80er Jahre. Diese Besonderheit des „maoistischen Modells“, die forcierte dezentrale Entwicklung, lassen die Verfasser außer Acht.

Außerdem sagen Verhältniszahlen über Akkumulation und Konsumtion wenig über die tatsächlichen Auswirkungen auf die Mehrheit der Bevölkerung. Natürlich bedeuten Investitionen für die Industrialisierung der Landgebiete einen Abzug vom Konsumtionsfonds. Abgesehen von dem langfristigen Nutzen solcher Investitionen lassen die Verfasser aber unberücksichtigt, wie weit sich die Verteilung des – zugegeben beschränkten – Konsumtionsfonds im revolutionären China geändert hat, konkret: wieviele trotz knappster Mittel durch die Revolution vor dem Verhungern bewahrt wurden und wieviel den besitzenden Schichten entzogen wurde. Außerdem: Völlig unberücksichtigt bleiben die Aufbauleistungen der Massen aus dem „Großen Sprung“ und der Kulturrevolution, die finanziell – z.B. durch Großprojekte mit ausländischer Beteiligung – überhaupt nicht aufzuwiegen sind.

Die Alternative der Verfasser ist der Typus von Marktwirtschaft, der in der VR China immer mehr die sozialistische Wirtschaft verdrängt. Interessant, daß es heute gerade die früher erbittertsten Verfechter des „stalinistischen Industrialisierungsmodells“ wie Deng und Bo Yibo und Gegner der „maoistischen Entwicklungsstrategie“ sind, die das Lob der Ergänzung der sozialistischen durch die Marktwirtschaft singen.

Besprochene Bücher: Ernst Eckelt: Die Abkehr vom Marxismus – China als Modell, Busse Seewald, Herford 1986; Helmut Forster-Latsch/Jochen Noth: Chinas Weg in die Moderne – anders als Moskau?, Sandler Verlag, Frankfurt 1986; Orville Schell: Lieber reich als gleich, Ullstein Verlag, Berlin 1986 – (wom)

Rentenreform

Reaktionäre sind sich einig, ob „Grundrente“ oder „Rente flexibel“: Arbeitskraft muß billig und willig zu haben sein

Blüm erklärt, er wolle bei dem bewährten System der lohn- und beitragsbezogenen Renten bleiben; das wegen der Bevölkerungs- und Kassenentwicklung Nötige könnte er als Reform in diesem Rahmen durchführen. Blüm reagierte damit auf einen Vorschlag des sogenannten „Kronberger Kreises“. Diese der FDP nahestehenden Wirtschaftswissenschaftler der angebotsorientierten Richtung verlangen eine Grundrente in Höhe von 40% des Durchschnittsnettolohnes für jeden, ergänzt durch private Altersversicherungen. Ist das nur ein müßiger Streit zwischen CDU und einigen Fanatikern der Marktwirtschaft, den Blüm nur allzu gerne führt, um sich christlichsozial zu profilieren? Sollte man nicht, statt um Prinzipien zu streiten, sich lieber darauf konzentrieren, daß bei der bevorstehenden Reform das Rentenniveau möglichst hoch und die Beitragssätze möglichst nied-

rig bleiben und außerdem der Zuschuß aus dem Staatshaushalt in die Rentenkasse reichlich ausfällt, ein Vorgehen, von dem sich offensichtlich die SPD und auch der DGB Erfolg versprechen? Die propagandistischen Vorstöße der angebotsorientierten Wissenschaft sind nicht bedeutungslos, sie klopfen die Grundsätze fest, von denen auch Blüm ausgeht.

Blüm schwärmt bei der Rentenreform keineswegs vom christlichen Sozialismus oder sozialen Christentum. Für die Bundesregierung sind die gesetzlichen Vorhaben zur Rente neben den Steuergesetzen und der Reform der Krankenversicherung wesentliche Eckpfeiler des Gesamtkonzepts der „Wende“ in der Sozialpolitik. Das Wunschbild all dieser Reaktionäre ist der Arbeiter, der statt Ansprüche ans Leben zu stellen, den Ansprüchen des kapitalistischen Marktes zu gehorchen hat. – (alk, erl, haj)

„Existenzsicherungsrente“ und warum Blüm dagegen ist

Der „Kronberger Kreis“ – das sind die Wirtschaftswissenschaftler Wolfram Engels, Armin Gutowski, Walter Hamm, Wernhard Möschel, Wolfgang Stützel, Carl Christian von Weizsäcker und Hans Willgerodt – hat einen bereits seit längerem von liberaler Seite propagierten Vorschlag „Grundrente“ aufgegriffen und ausgearbeitet. Sie fassen selbst zusammen:

„Über Jahrzehnte gestreckte Umformung der Rentenversicherung in eine unverändert im Wege des Umlageverfahrens finanzierte Mindestsicherung, die alle Bürger umfaßt, auf Beiträgen gleichen Umfangs beruht und deren Höhe ca. 40 Prozent des durchschnitt-

lichen Nettolohnes ausmacht (Existenzsicherungsrente).

– Aufbau individueller Zusatzversicherungen.

– Abkoppelung der Rentenversicherung vom Arbeitsvertrag und – steuerfreie – Überführung des bisherigen Arbeitgeberbeitrages in den Bruttolohn.

– Stärkere institutionelle Absicherung der Rentenversicherung gegenüber dem Zugriff der Politik.

– Gleichmäßige Besteuerung aller Altersbezüge. Versicherungsmathematische Ab- und Zuschläge bei vorgezogenem bzw. hinausgeschobenem Rentenbeginn (unter Abschaffung der Zuverdienstgrenzen).

– Gestaffelte Heraufsetzung des Rentenalters von 65 Jahren etwa ab dem

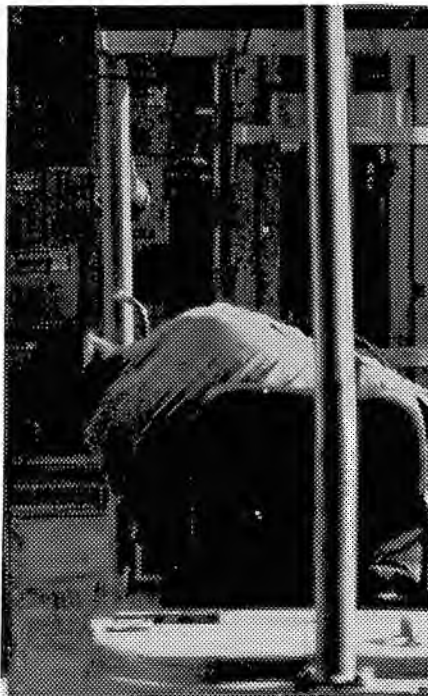
Jahre 2000.“

Was wären unvermeidliche und beabsichtigte Folgen einer solchen Rentenreform? Das Angebot von Arbeitskraft für unstete, flexible, vorübergehende, schlecht bezahlte Tätigkeiten könnte steigen, weil bei dieser Art von Lohnarbeit die tatsächliche Beschäftigungszeit und die Lohnhöhe für die spätere Rente keine Rolle mehr spielen im Gegensatz zur jetzigen Regelung. Außerdem wären die Kapitalisten in beträchtlichem Umfang von Versicherungsbeiträgen entlastet, was vor allem den Konzernen die Ausdehnung aller möglichen Arten von Betriebsrenten oder Bezahlung von Lebensversicherungen für den betriebstreuen Teil der Belegschaften erlauben würde.

Dennoch stieß dieser Vorschlag weder bei der Bundesregierung noch bei den großen Kapitalistenverbänden auf viel Gegenliebe. Blüm polemisierte in der Bild-Zeitung dagegen:

„Wir bleiben bei unserer guten alten lohn- und beitragsbezogenen Rente. Unsere Rente bleibt Alterslohn für Lebensarbeit, die sich jeder mit seinen Beiträgen selbst verdient und für die er sich deshalb auch bei niemandem zu bedanken braucht. Warum sollte ein Millionär, der gar keine Beiträge gezahlt hat, plötzlich noch mit einer Grundrente beglückt werden?“

Blüms Einwände rühren daher, daß eine Existenzsicherungsrente unter Umständen auch den Druck verringern könnte, auf dem Arbeitsmarkt sich anbieten zu müssen. Selbst wenn eine solche Rente niedrig ist, daß sie kaum zum Leben reicht, mag sie doch für viele, vielleicht zusammen mit einer Tätigkeit in der „Schattenwirtschaft“, immer noch erträglicher sein, als mit 60 Jahren noch für einen Kapitalisten schinden zu müssen. So ist dann auch



Blüm will mit flexibler Rente das Angebot an billigster Lohnarbeit erhöhen.

in der „Welt“, in der sich Blüm gleichfalls äußerte, aus dem Millionär schon der „Aussteiger“ geworden, den er im Abseits wissen will. Blüm sieht andere Mittel, den Markt für billigste Lohnarbeit zu füllen.

Was Blüm am Rentensystem erhalten will

Die Krise des Rentensystems, die die bürgerliche Fachwelt allgemein sieht, rührt zum wenigsten aus der Änderung des Bevölkerungsaufbaus – der zurückgehenden Geburtenrate und einem absehbar stark wachsenden Anteil älterer Menschen. Was der bürgerlichen Gesellschaft als Schreckensbild einer geänderten Bevölkerungspyramide des Jahres Zweitausendund... erscheint, ist ein Widerspruch der aus dem kapitalistischen Charakter der BRD stammt und nicht aus dem Fortpflanzungsverhalten.

Das jetzige Rentensystem hat den Kapitalisten eine enorme Erhöhung der Arbeitsintensität ermöglicht. Wer älter und nicht mehr zu dauernder Höchstleistung fähig ist, kann von der jeweiligen Firma recht billig abgestoßen werden.

Dieser Wunsch des einzelnen Kapitals, möglichst junge, gesunde, handverlesene Arbeitskraft mit höchster Intensität auszubeuten, führt aber insgesamt zu einem Anwachsen jenes Teils der Arbeiterbevölkerung, der solchen Ansprüchen nicht gewachsen ist, daher aus dem Arbeitsmarkt ausscheidet und mehr oder minder auskömmlich und auch mehr oder minder lange von Versicherungsleistungen lebt. Die Kapitalistenklasse insgesamt sieht hiermit ihren Anspruch auf Ausbeutung möglichst aller verletzt. Dieser Wunsch des Kapitals nach Ausbeutung auch der älteren Lohnabhängigen muß nicht einmal als grob unmenschlich erscheinen. Der Verschleiß der Arbeitskraft ist ungleich bei den Individuen, und oft auch einseitig auf bestimmte Körperfunktionen beschränkt wegen der extremen Einseitigkeit in der Tätigkeit. So mag jemand mit 55 Jahren nicht mehr am Fließband stehen, aber als Teilinvalide, in Teilzeit durchaus noch in bestimmten Tätigkeiten einem Ausbeuter Profit bringen.

Der Gedanke, daß eine zunehmende Zahl von solchen älteren Lohnabhängigen vielleicht zehn bis zwanzig Jahre lang ein Einkommen aus der Rente hat, ohne gezwungen zu sein, auf dem Arbeitsmarkt zu erscheinen, ist der bürgerlichen Gesellschaft jedenfalls unerträglich. Angesichts dieses Widerspruchs ist die Politik gefordert...

Was Blüm auf keinen Fall angetastet wissen will, ist das Recht der Kapitalisten, im industriellen Bereich die Ver-

nutzung von Arbeitskraft in einen solchen Zeitraum zusammenzudrängen, der weit unter dem liegt, was physiologisch bei normalen Bedingungen möglich wäre. Nun ist ja aber die Arbeitsintensität in verschiedenen Tätigkeiten recht unterschiedlich. Wer für die Arbeit in der Autoindustrie als Invalide gilt, den kann man durchaus noch als Dienstbote arbeiten lassen, vielleicht „teilverrentet“, was die zwanzig Wochenstunden, für die ihn die Herrschaft braucht, nochmal billiger macht.

Blüms Reformüberlegungen enthalten die Elemente, um den entsprechenden Zwang zu schaffen: Senkung des Rentenniveaus, Einführung von Teilrente, Erhöhung des Rentenalters und Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug.

Rentenniveau: vom Hunger bis zum „verdienten Lebensabend“

Diese Maßnahmen würden keineswegs alle gleich treffen. Wir haben in einer Tabelle des Infas-Instituts dargestellt, wie weit das Einkommen von Rentnerhaushalten streut: Es reicht von Beträge, wo allgemeine und medizinische Unterversorgung, ja direkter Hunger unausweichliche Folge sind, bis hin zu Geldsummen, die Rücklagenbildung ermöglichen und so einen dauernden Geldstrom hin zur jüngeren Generation, sei es in Form direkter Zahlungen, sei als Erbschaften von Bar- und Sachvermögen.

Das Geldeinkommen allein kennzeichnet allerdings noch nicht ausreichend die Lage von Rentnerhaushalten. 1500 Mark im Monat bei eigenem Hausbesitz ermöglichen eine vielleicht ausreichende Reproduktion. Wenn davon jedoch Miete zu zahlen ist, herrscht Not.

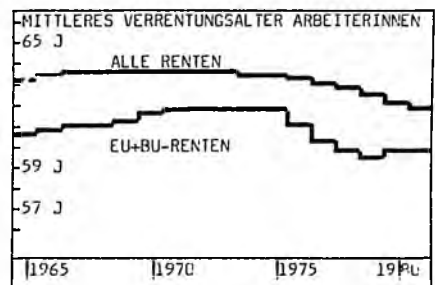
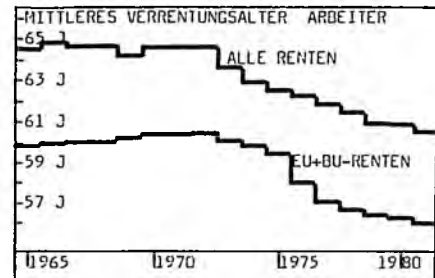
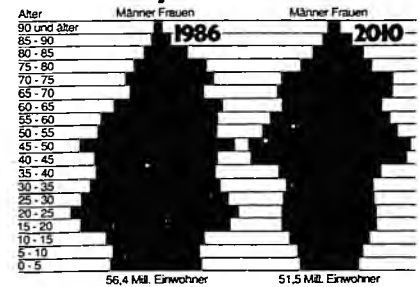
So bewirkt die Senkung des Rentenniveaus eine weitere Spaltung zwischen Eigentum und Lohnarbeit. Wer's zu Wohnbesitz gebracht hat, kann seinen „wohlverdienten Lebensabend“ genießen, wer nicht, geht mit 65 Jahren noch zum Putzen.

Der Grund für diese starke soziale Differenzierung bei den Renten liegt in der Rentenformel selbst, die Blüm in der Struktur beibehalten will. Die Rentenhöhe hängt ab vom früheren Arbeitslohn, sie ist daher ausbildungs- und geschlechtsspezifisch, und sie hängt ab von der Dauer der Versicherungseinzahlung, d.h. vom historischen Schicksal der Individuums (Krieg, lange Zeit der Arbeitslosigkeit u.ä.).

„Betriebsbeamte“ mit Pensionen aus imperialistischem Profit

Die starke Differenzierung der Renten je nach individuellem Lebensschicksal,

Von einer Pyramide weit entfernt



Mit der Propaganda von der immer schmaler werdenden „Basis der Bevölkerungspyramide“ – wir haben oben ein Beispiel aus der „Welt“ abgedruckt – wird ein wichtiger gesellschaftlicher Vorgang verhüllt. Die durchschnittliche Zeit, in der das Kapital ein Arbeiterleben verschlissen hat, ist bedeutend kürzer geworden, wie die Schaubilder über die Entwicklung des durchschnittlichen Verrentungsalters von Arbeitern und Arbeiterinnen zeigen. Waren 1971 noch fast drei Viertel aller Männer zwischen 60 und 65 Jahren erwerbstätig, sind es inzwischen nur 35%. Der Grund: die Arbeitsintensität für immer mehr Tätigkeiten steigt enorm.

PROZENTWERTE (QUER)		HAUSHALTS - NETTOEINKOMMEN								* HAUSHALTSGROSSE						
	GESAMT	UNTER 1000 DM	1000 BIS 1500	1500 BIS 2000	2000 BIS 2500	2500 BIS 3000	3000 BIS 4000	4000 BIS 5000	5000 DM UND MEHR	* PER-SON	1	2	3	4	5 UND MEHR PERS.	
BASIS	40001	4.4	9.7	15.9	19.9	14.3	19.8	8.6	5.4	13.1	27.9	22.5	21.6	14.9		
BERUFSTAETIGKEIT																
VOLL/TEILW. BERUFSTAETIG	* 17837	.9	3.9	12.0	19.6	16.6	26.0	11.6	7.6	7.6	25.2	27.8	24.8	14.5		
VORRUEBERGEH. ARBEITSLOS	* 1106	13.5	17.8	17.7	21.6	11.9	10.1	2.7	1.9	12.0	29.6	24.8	17.3	16.3		
RENTNER/PENSIONAER	7019	8.5	23.3	25.1	18.3	9.4	9.0	3.2	1.6	32.7	50.5	9.2	3.5	4.1		
NICHT MEHR BERUFSTAETIG	5938	3.7	8.9	18.0	24.7	14.5	17.6	6.9	4.0	8.1	24.5	24.8	26.6	15.9		
BERUFS-AUSBILDUNG/LEHRE	* 1308	4.8	4.2	10.6	21.0	13.4	24.9	10.8	7.3	4.0	7.2	20.3	33.7	34.8		
SCHUL-AUSBILDUNG/STUDIUM	4056	8.3	6.6	11.3	18.6	15.4	20.4	10.3	6.4	7.1	9.5	23.0	33.2	27.2		
WEHRPFLICHTIG/ERSATZDIENST	151	5.2	4.8	11.0	19.0	18.6	17.6	16.3	4.9	6.5	12.6	35.2	22.1	23.7		
NOCH NIE BERUFSTAETIG	2359	9.0	19.6	22.6	16.7	11.8	12.0	4.3	2.1	24.3	32.6	16.1	14.0	13.0		
BERUFSTAETIG/ARBEITSLOS/ IN BERUFS-AUSBILDUNG	*) 20251	1.9	4.7	12.3	19.8	16.1	25.1	11.0	7.2	7.7	24.3	27.1	25.0	15.9		
PROZENTWERTE (SENK.)		M A E N N E R								* F R A U E N						
	GESAMT	14-19 JAHRE	20-29	30-39	40-49	50-59	60 JAHRE U. AELT. *		GESAMT	14-19 JAHRE	20-29	30-39	40-49	50-59	60 JAHRE U. AELTER	
BASIS	18586	2470	3524	2919	3485	2633	3555		21415	2357	3364	2851	3459	3114	6269	
HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN																
1.000 BIS UNTER 1.000 DM	2.8	2.1	7.0	1.4	1.1	1.2	2.8		5.9	2.9	6.8	1.2	1.3	3.1	12.5	
1.000 BIS UNTER 1.250 DM	2.3	1.2	2.9	1.3	.9	1.4	5.1		5.9	1.7	4.2	1.4	1.3	3.5	14.3	
1.250 BIS UNTER 1.500 DM	4.3	2.4	4.5	2.9	1.8	3.0	9.9		6.5	2.3	5.3	2.1	2.1	5.4	13.6	
1.500 BIS UNTER 1.750 DM	5.7	2.9	5.3	4.0	4.0	5.2	11.7		6.9	3.5	6.2	4.1	4.0	7.2	11.2	
1.750 BIS UNTER 2.000 DM	10.0	7.5	8.8	9.1	8.2	10.5	15.0		9.1	7.4	8.4	8.0	7.3	10.2	11.2	
2.000 BIS UNTER 2.250 DM	10.1	10.6	8.5	10.8	9.3	10.2	11.7		9.8	11.0	10.2	10.9	10.1	10.5	8.3	
2.250 BIS UNTER 2.500 DM	10.5	10.3	8.8	12.4	11.4	11.3	9.2		9.5	10.4	9.1	12.0	11.6	10.3	6.6	
2.500 BIS UNTER 3.000 DM	15.2	16.3	13.6	18.5	17.5	14.6	11.3		13.6	16.4	15.5	16.2	16.0	14.0	8.9	
3.000 BIS UNTER 3.500 DM	12.7	15.0	13.5	14.2	14.4	12.2	7.7		10.8	12.9	13.2	16.4	13.3	10.4	5.0	
3.500 BIS UNTER 4.000 DM	9.1	11.8	9.7	9.2	10.7	8.9	5.2		7.3	9.1	7.6	9.8	11.0	8.8	2.6	
4.000 BIS UNTER 4.500 DM	5.9	6.9	6.5	6.1	7.3	6.4	2.9		4.9	7.7	4.1	6.0	7.6	5.9	1.9	
4.500 BIS UNTER 5.000 DM	3.5	3.9	3.7	3.5	4.0	4.2	2.2		2.9	3.9	3.1	3.9	4.5	3.1	1.0	
5.000 DM UND MEHR	6.0	6.4	5.6	5.3	7.3	8.3	3.6		4.8	7.2	4.1	6.2	7.9	6.1	1.3	
DURCHSCHNITT IN DM	2856	3044	2798	2921	3084	3015	2393		2609	3013	2630	3000	3104	2773	1916	
WOHNVERHAELTNIS																
MIETER-GESAMT	45.9	36.3	59.7	55.7	40.6	37.5	42.2		49.2	35.9	66.6	52.8	40.2	40.2	52.5	
UNTERMETER	1.4	1.6	3.7	.8	.9	.5	.6		1.0	1.2	3.3	.3	.3	.5	.6	
MIETER EINER WOHNUNG	40.2	29.7	52.1	49.3	34.6	32.8	39.3		44.2	31.3	58.5	45.0	34.5	37.4	49.7	
MIETER EINES HAUSES	4.2	5.0	3.8	5.6	5.0	4.1	2.4		4.0	3.4	4.8	7.5	5.4	2.3	2.2	
EIGENTUEMER-GESAMT	49.6	53.2	31.8	41.6	57.4	60.8	55.2		47.3	55.2	28.6	45.5	58.4	58.5	43.3	
EIGENTUEMER EINER WOHNUNG	4.5	3.7	3.3	6.0	4.6	3.9	5.3		5.4	4.0	3.9	5.5	5.3	4.5	7.1	
EIGENTUEMER EINES HAUSES	45.1	49.6	28.5	35.6	52.8	57.0	49.9		41.9	51.2	24.7	40.0	53.2	54.0	36.2	

Aus dem Infratest Sozialatlas 1983/84 haben wir oben die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen nach Berufsgruppen abgedruckt. Bei den Rentnerhaushalten mußten fast ein Drittel mit Einkommen unter 1500 DM auskommen, allerdings hat auch fast ein Viertel über 2500 DM zur Verfügung. – Aus der zweiten Tabelle kann der Anteil von Wohneigentümer in den verschiedenen Altersgruppen abgelesen werden. Rund 55% der über 60jährigen Männer (rund 43% bei weiblichem Haushaltsvorstand) lebt in der eigenen Wohnung, ein Prozentsatz, der in den nächsten Jahren noch ansteigen wird.

Ausbildung und Geschlecht wird noch verstärkt durch die bei den Großbetrieben verbreitete Praxis der Betriebsrenten. Die Konzerne schaffen dabei beamtenrechtsähnliche Verhältnisse für einen Teil der Belegschaften: Wen die Firma betriebsstreu halten will, der hat nicht nur eine (nach Ausbildung abgestufte) Karriere vor sich, sondern an deren Ende auch eine Alimentation zusätzlich zur gesetzlichen Rente zu erwarten. Der BDI verlangt, im Zuge der Rentenreform diese Betriebsrenten stärker steuerlich zu begünstigen und arbeitsrechtlich zu erleichtern. Bei gekündigten gesetzlichen Renten werden die betrieblichen Zusatzzahlungen ein Mittel zur festeren Bindung der (deutschen) Stammbesellschaften an die Konzerninteressen.

Tatsächlich geschieht diese „Lösung des Problems der Altersstruktur“ ausschließlich auf Kosten des Auslandes und der ausländischen Beschäftigten in der BRD. Keine Betriebsrente erhalten

all diejenigen, deren Arbeitskraft in kurzer Zeit verschlissen wird und von denen man sich dann trennt. Das sind die große Mehrheit in den ausländischen Niederlassungen der Konzerne, aber auch die große Zahl der Arbeiter aus dem Ausland, von denen Daimler oder Siemens nicht Betriebsstreu, sondern höchste Arbeitsverausgabung erwarten.

Man sollte daher von den Gewerkschaften eigentlich mindestens ebenso laute Kritik an den Betriebsrenten erwarten, wie sie oft gegenüber den Beamtenpensionen geäußert wird. Schließlich: Wie gesichert können Renten überhaupt sein, die finanziert sind durch imperialistische Profite aus dem Ausland und durch den Ausländern vorenthaltene Rentenleistungen?

Pflegefall – aus der Rente nicht bezahlbar

Das allgemein übliche Verfahren der Kapitalisten, Arbeitskraft im Übermaß

auszubeuten und nach Verbrauch abzustoßen, hat nicht bloß zu einer starken Zunahme der vorzeitigen Verrentung geführt. Das Risiko, im Alter zum Pflegefall zu werden, ist ebenfalls gestiegen. Wen es trifft – und je höher die Arbeitslast war, umso höher ist das Risiko –, der gerät in Not, ist auf Sozialhilfe mit allen entwürdigenden und entmündigenden Umständen angewiesen. Nun kann eine Rente kaum so hoch sein, daß aus ihr die mehr oder minder ständige Inanspruchnahme fremder Hilfe zu bezahlen ist. Die Frage stellt sich, ob gegen das Risiko, zum Pflegefall zu werden, nicht ein gesellschaftlicher Sachleistungsanspruch treten muß, vergleichbar der Verpflichtung der Kommunen, Krankenhäuser zu bauen oder Kindergärten zur Verfügung zu stellen.

Blüm will Sozialhilfe als Druckmittel behalten

Von verschiedener Seite ist der Vorschlag gemacht worden, die niedrigsten

CDU entdeckt ihr Herz für „Trümmerfrauen“ Senator Fink fordert Ausgleichszulage

Am 9. Juli erhängte sich im Westberliner Bezirk Kreuzberg die 66jährige Ruth-Sybille Niendorf. Tags darauf passierte die im westdeutschen Bundestag beschlossene Aufhebung der Mietpreisbindung für Westberlin den Bundesrat. Wie bestellt präsentierte Sozialsenator Fink flugs Konsequenzen, für die sich Grüne wie Graue Panther erwärmen möchten.

Wie folgt berichtet die „Morgenpost“ am 11. Juli: „Ihren letzten Kampf allerdings verlor sie. Ausgerechnet, als es einmal um ihre eigenen Interessen ging. Ruth Niendorf (66) aus Kreuzberg erhängte sich. Sie,

quenzen an. Sein Ministerium arbeite an einer Initiative, die alten Menschen mit einer Rente unterhalb des Existenzniveaus helfen solle: indem sie ihnen den Gang zum Sozialamt erspare. Zum Problem erklärt Fink damit die „Scham“ und „Behördenangst“ alter Menschen, nicht jedoch, daß diese Renten beziehen, von denen niemand leben kann.

Fink schlägt eine „Ausgleichszulage“ vor, die alleinstehende Rentner bei weniger als 800 DM und in Gemeinschaft lebende Rentner bei zusammen weniger als 1200 DM Rente erhalten sollen. Der Aufwand soll den Renten-

Rentenversicherungen Kriterien wie z.B. die Gewährleistung einer angemessenen Existenzgrundlage nicht mehr berechtigt wären.

Blüm als bisheriger CDA-Vorsitzender bekräftigte daraufhin seine Ablehnung jeder Art von Mindestleistungen als Schritt zur „Gleichmacherei“. Der DGB wies auf seine qualitativen Forderungen gegen das Elend als Folge niedriger Renten hin, vor allem Forderungen zur Verbesserung der sozialen Absicherung der lohnabhängigen Frauen und der Weiterentwicklung der Rente nach Mindesteinkommen.

Ein Schritt in Richtung Mindestsicherung?

So äußerte sich Trude Unruh, Sprecherin der Grauen Panther und Mitglied der Bundestagsfraktion der Grünen, wenn auch „weit entfernt davon, Herrn Fink für diese Initiative zu loben“. Von 800 DM könne kein alter Mensch leben. Die Grünen verlangen seit 1983 eine Grundrente von 1200 DM, die Grauen Panther treten für mindestens 1500 DM für alleinstehende und für 2100 DM für in Gemeinschaft lebende Rentner ein. Allein zwei Drittel der rund 600000 in Westberlin lebenden Rentner erhielten Renten unterhalb dieser Beträge.

Schon als Bangemann vor gut einem Jahr die Reduzierung der Renten auf etwas über die Armutsgrenze als FDP-Idee propagierte, empfanden die Grünen dies als Eingehen auf ihre Positionen. Die Auftraggeber Bangemanns indessen zielen auf die Zerstörung der Sozialversicherung. Ob es die Forderungen von Grünen und Grauen Panther stärkt, wenn nun Fink im Kern einen Art Härtezuschlag als mögliche Auffangstellung der CDU in der Rentendiskussion vorbereitet?

Gewiß nicht ohne Grund hat Fink seinen Vorschlag mit dem Schicksal „Trümmerfrau“ verknüpft. Zu solchen wurden von der Roten Armee zunächst NSDAP-Angehörige und Frauen von solchen verpflichtet, einige Monate nach Kriegsende wurde die Verpflichtung gelockert und eine gewisse Bezahlung gewährt – als Bauhilfsarbeiterinnen. Soweit diese „Trümmerfrauen“ heute in elenden Verhältnissen leben müssen, ist dies Ergebnis der faschistischen Familien-, Frauen- und Kriegspolitik, die nicht bloß in der Familien- und Hausfrauenfreundlichkeit heutiger CDU-Politik Entsprechungen findet. Lohnabhängige Versicherteninteressen sind dagegen fundamental oppositionell.



die jahrelang in bitterster Armut lebte, sah keinen Ausweg mehr, als ihr Hauswirt die Miete um fast ein Drittel erhöhte, glaubten Freunde.

Ruth Niendorf wohnte in einer kleinen Wohnung am Kottbusser Damm (4. Etage), zahlte rund 225 DM Miete. Nach dem Einbau eines Bades sollte sie 300 Mark zahlen, mehr als die Hälfte ihrer kleinen Rente (500 DM) ...

Die Kriegerwitwe wurde noch vor wenigen Wochen vom amerikanischen Präsidenten wegen ihrer Verdienste als „Trümmerfrau“ empfangen.

Soweit die Morgenpost. In anderen Berichten wird auch darauf verwiesen, daß Ruth Niendorf schwerstbeschädigt war. Die Springer-Presse versteht sich darauf, mit den Tränen des Mitleids naheliegende Fragen fortzuschwemmen. Warum hat denn eine schwerstbeschädigte „Kriegerwitwe“ bloß eine Rente von 500 DM? Und natürlich gibt es keinerlei Anlaß, über die Verantwortlichkeit der herrschenden Sozialpolitik nachzudenken.

Der Westberliner Sozialsenator Fink kündigte postwendend Konsequenzen an.

Sein Ministerium arbeite an einer Initiative, die alten Menschen mit einer Rente unterhalb des Existenzniveaus helfen solle: indem sie ihnen den Gang zum Sozialamt erspare. Zum Problem erklärt Fink damit die „Scham“ und „Behördenangst“ alter Menschen, nicht jedoch, daß diese Renten beziehen, von denen niemand leben kann. Fink schlägt eine „Ausgleichszulage“ vor, die alleinstehende Rentner bei weniger als 800 DM und in Gemeinschaft lebende Rentner bei zusammen weniger als 1200 DM Rente erhalten sollen. Der Aufwand soll den Renten-

versicherungsträgern aus Steuermitteln erstattet werden. Im Unterschied zur Sozialhilfe sollen die Angehörigen jedoch nicht zum Ersatz dieser Ausgleichszulage herangezogen werden können. Die bisher öffentlich diskutierten Informationen lassen weitere Einzelheiten im Dunkeln, z.B. die Frage, ob und inwieweit die Ausgleichszulage mit anderen Einkommen verrechnet werden soll. Möglicherweise überläßt Fink als zukünftiger CDA-Vorsitzender auch schlicht die Formulierung solcher Bedingungen wie „Bedürftigkeit“ und dergleichen mehr den Sozialministerien in den Ländern der BRD, denen der Westberliner Senat zunächst einmal den Entwurf für ein solches Gesetz zugesandt habe. Fink, bisher schon verantwortlich für den Bereich Sozialpolitik beim CDU-Vorstand, war vor den Bundestagswahlen für eine Verbindung von Renten und Sozialhilfe eingetreten. Dies würde die Rentenantragsteller zwangsläufig in eine Bedarfprüfung hineinziehen. Weiter hätte die Verbindung von Rentenversicherungen und Sozialamt zur Folge, daß gegenüber den Leistungen der

Renten ohne Antrag auf das Sozialhilfeniveau anzuheben. Blüm lehnt das ab. Tatsächlich wäre eine solche Mindestrente ein Hemmnis für ein nach oben hin flexibles Rentenalter. Selbst wenn die Mindestrente niedrig wäre, würde sie doch vielen eine Auskommen ermöglichen, wäre ein Anspruch auf Mindestlebensbedingungen, ganz im Gegensatz zur Sozialhilfe. Sozialhilfe erfüllt nicht den Anspruch, daß niemand verhungern darf, sondern organisiert die Existenzbedrohung des Hungers durch behördliche Bedürftigkeitsprüfung, Heranziehen der Angehörigen zur Unterstützung, durch Zwangsarbeit, sofern nur ein Rest von Arbeitsfähigkeit unterstellt wird. Ein solches Druckmittel zu lebenslanger Lohnarbeit will Blüm nicht aus der

Hand geben.

Diese Existenzbedrohung durch Hunger, durch Absinken in die Gosse, wie sie in der Sozialhilfe als Grundsatz festgehalten ist, ruft die Forderung nach Mindesteinkommen hervor. Nun ist aber Einkommen, das nicht aus Arbeit (oder auf Arbeit begründeten Versicherungen) stammt, auf keinen Fall anzustreben – schließlich streben wir an, daß die größte Quelle von Einkommen ohne eigene Arbeit, die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital, beseitigt wird. So stellt sich die Frage, ob nicht die Forderung nach Mindesteinkommen mit einem Beschäftigungsanspruch und daraus abgeleiteten Versicherungszahlungen zu verknüpfen ist.

*

Auf was müßte die Kritik an den Absichten der Reaktion besonders wert legen?

Die größte Belastung für die Rentenversicherung ist die enorm gestiegene Arbeitsintensität. Wahrscheinlich würde eine Reduktion der Arbeitsleistung auf ein Maß, das im Mittel ein 50- bis 55jähriger aushalten kann, alle Finanzprobleme der Rentenkasse auf lange Sicht beseitigen. Nötig sind Schranken gegen die menschenverachtende Praxis, einen beträchtlichen Teil der Gesellschaft so zu schinden und zu quälen, daß weit vor Erreichen biologisch gesetzter Grenzen wesentliche Lebensfunktionen zerstört sind.

Die Reaktion scheut eine Auseinandersetzung um die Gründe für zuneh-

Dokumentiert: BDI-Präsident zur „Rentnerflut“

Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in der „Welt“ vom 9.7. 1987

Die Renten sind zwar in den nächsten Jahren ohne Probleme zu bezahlen, aber schon in den 90er Jahren werden wir die ersten Auswirkungen einer gravierenden demographischen Umwälzung zu spüren bekommen. Die weltweit niedrigste Geburtenrate stellt unsere Bevölkerungspyramide auf den Kopf. Immer weniger Aktive stehen einer rapide wachsenden Rentnerflut gegenüber. Wenn sich der Trend fortsetzt, muß in gut 40 Jahren ein Erwerbstätiger für mehr als eine Rente aufkommen ...

Junge Menschen müssen einen Hausstand gründen, eine Familie ernähren und für die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder sorgen. Werden sie durch zu hohe Rentenbeiträge überfordert, dann besteht die Gefahr, daß sie „den Generationenvertrag kündigen“ ... Zu hohe Beitrags- und Steuerlasten müßten andererseits die Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik unserer Wirtschaft drastisch reduzieren ...

Für die Sicherung des Generationenvertrages erscheinen mir daher folgende Grundsätze geboten:

1. Die Beibehaltung der dynamischen, beitragsfinanzierten und lohnbezogenen Rente, die nicht schneller wachsen darf als die verfügbaren Arbeitseinkommen.

2. Neben die gesetzliche Altersversorgung muß verstärkt die private Vorsorge – z.B. durch Kapitalbildung – treten. Darüber hinaus ist ein Abbau steuer- und arbeitsrechtlicher Hemmnisse im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge notwendig. Erst dann steht die Altersversorgung auf

drei tragenden Säulen, die sich ideal ergänzen.

3. Seit Ende der 70er Jahre liegt das Nettorentenniveau der staatlichen Rentenversicherung nach 45 Versicherungsjahren bei über 70 Prozent. Diese Größe darf nicht tabu sein, zumal, wenn die Altersversorgung zunehmend auf mehr Beine gestellt wird.

4. Die Basis der produktiven Zeiten, in denen Beiträge geleistet werden, muß möglichst groß bleiben. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist hierfür ebenso wichtig wie eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die demographische Entwicklung verlangt, daß wir nicht weniger, sondern mehr und auch im Alter länger arbeiten. Dabei sind auch die Unternehmen gefordert. Sie werden sich darauf einstellen müssen, auch für ältere Arbeitnehmer Teilarbeitsplätze zu schaffen, die mit einer Teilrente verbunden werden sollten.

5. Trotz aller Vorausschaubarkeit der künftigen demographischen Entwicklung sägen einige jedoch weiter an dem Ast, auf dem wir sitzen. Angesprochen sind vor allem die Verfechter der 35-Stunden-Woche. Die SPD träumt in ihren Programmentwürfen sogar von der 30-Stunden-Woche im Jahr 2000. Dies dürfte ein Alptraum werden. Mit immer weniger Arbeitsstunden sollen immer mehr Renten versorgt werden, bald doppelt soviel wie heute. Es liegt auf der Hand, daß wir damit unsere Altersversorgung in höchstem Maße gefährden.

Auch den Gewerkschaften muß klar werden, daß sie mit solchen Forderungen gegen die Interessen ihrer Mitglieder votieren. Es ist verhängnisvoll, wenn wir in Kenntnis der kommenden Rentnerflut weiterhin „die Deiche abtragen“.

6. Mir scheint, die Rentenleistung für beitragsgeminderte Zeiten sollte grundsätzlich an der Höhe der Lohnersatzleistung orientiert werden. Dies ergibt

Sinn, wenn die Rentenversicherung weiterhin die Lebensleistung widerspiegeln soll. Würden dagegen die Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit für Leistungsbezieher am „alten Bruttolohn“ orientiert, hätte dies den sicheren finanziellen Kollaps der Bundesanstalt zur Folge. Die ohnehin stark gebeutelte Nürnberger Kasse müßte mit Beitragserhöhungen oder Steuermitteln aufgefüllt werden.

Dies kann aber nicht der richtige Weg sein. Zudem wirken sich vor allem lange Ausbildungszeiten nicht nur negativ auf unsere Leistungsfähigkeit aus, wir belohnen diese Zeiten auch noch mit hohen Bewertungen in der Rentenversicherung. Hier erscheinen mir Korrekturen unumgänglich.

Einige Rentenregelungen verleiten direkt dazu, sich aus der Erwerbstätigkeit zurückzuziehen. Die gesetzliche Rentenversicherung braucht aber eine breitere aktive Basis. Wir müssen deshalb weg von hohen beitragslosen Zeiten und weg von ausufernder Erwerbsunfähigkeit.

Die hohen Belastungen für die Renten-, aber auch für die Krankenversicherung aus einer bevorstehenden Überalterung der Bevölkerung werden nur zu verkraften sein, wenn wir die Dynamik unserer Volkswirtschaft stärken und Produktivitätsbremsen beseitigen. Einer weitsichtigen und verantwortungsbewußten Reform der gesetzlichen Rentenversicherung kommt daher große Bedeutung zu.

Man darf nicht den vermeintlich bequemen Weg über Staatskassen suchen, sondern muß das Äquivalenzprinzip („Leistung gegen Gegenleistung“, d. Red.) stärken und dem einzelnen mehr Entscheidungsfreiheit geben. Und nicht zuletzt ist die Solidarität der Jüngeren und Leistungsfähigen für die Älteren in Zukunft verstärkt gefordert.

mende vorzeitige Verrentung, für die wachsende Zahl von Pflegefällen. In bäuerlichen Gesellschaften hat man welche, die das Pferd vom Pflügen lahm zurückbrachten, als Viehschinder mißachtet. Man braucht so nicht einmal den marxistischen Begriff von der Ausbeutung der Arbeitskraft zu bemühen. Denn soviel ist allgemein anerkannt, daß es in unserer Gesellschaft welche gibt, die in den Fabriken anordnen, und andere, die gehorchen und ausführen müssen.

Quellenhinweis: Kronberger Kreis, Reform der Alterssicherung, Frankfurter Institut für wirtschaftspol. Forschungen, Juni 1987; Die Welt, 9.7.1987; Die Angestelltenversicherung, Zeitschrift der Bundesversicherungsanstalt für Ang., 3/87, 4/87, 6/87



Kritik der wachsenden Arbeitsintensität ist unbedingt nötig!

Vorgestellt: Das Gutachten der Rentenkassen

Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger hat auf Wunsch von Blüm die Prognos AG in Basel mit einer Modellrechnung beauftragt, wie im bestehenden Rentensystem verschiedene Maßnahmen wirken würden. Dieses Gutachten fand breite Pressebeachtung.

Das Gutachten ist optimistisch bei den Wachstumsannahmen, eine ungebrochene imperialistische Ausbeutung und Expansion ist vorausgesetzt. Mit dieser generellen Annahme beschränken sich die Maßnahmen zur Rentenstrukturreform auf eine Senkung des Nettostandardrentenniveaus, auf die Umverteilung der persönlichen Einkommen und auf schlichten Verzicht.

Ganz anders die Aussichten für Bezieher von Kapitaleinkommen. Soweit die Rentenreform eine Änderung in der Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit bewirken soll, hätte das durch „Verbesserung der funktionalen Einkommensverteilung“ zugunsten des Kapitals zu geschehen.

Die Verschiebung der Beschäftigtenstruktur wird im Gutachten nicht berücksichtigt, trotz der großen Auswirkungen, die eine weitere Zunahme derjenigen Lohnabhängigen hat, die über der Pflichtversicherungsgrenze als Beitragszahler entfallen. Bleibt der jetzige Zustand, wären die Profiteure hiervon die privaten Versicherungsunternehmen.

In einigen Stichpunkten sollen nun die wesentlichen Maßnahmen, die das Gutachten vorschlägt, vorgestellt werden.

Anpassungsmaßnahmen

Das Gutachten beurteilt ein Bündel von sechs Maßnahmen, die die Ren-

tenkasse zur Prüfung vorgelegt hatte, hinsichtlich ihrer Wirkungsweise.

1) Die Änderung der Rentenanpassungsformel, also die Abkehr von der bruttolohnbezogenen Rentenanpassung hin zur nettolohnbezogenen Rentenanpassung.

2) In Zukunft Fortschreibung des Bundeszuschusses entsprechend der Entwicklung der Rentenausgaben und des Beitragssatzes sowie einmalige Anhebung des Bundeszuschusses auf 20% der Rentenausgaben.

3) Bei Bezug von Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Krankengeld) sollen die Beiträge auf der Basis von 100% bzw. von 75% des zuletzt erzielten Bruttoeinkommens bemessen werden.

4) Begrenzung der Ausbildungsausfallzeiten auf höchstens neun Jahre und maximal 90% bzw. 75% des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten.

5) Erhöhung des Rentenzugangsalters bei Versichertenrentenzugängen ab dem Alter von 50 Jahren um ein Jahr ab dem Jahr 2005.

6) Die veränderten Rentenanpassungsmodalitäten werden auf die Pensionen übertragen.

Erwartete Wirkungen

Das Gutachten untersucht die Wirkungen für zwei mögliche Wirtschaftsentwicklungen: erstens erschöpfter Arbeitsmarkt („oberes Szenario“) bzw. geringere Wachstumsraten und überfüllter Arbeitsmarkt („unteres Szenario“). Im ersten Fall würde das Arbeitsangebot steigen aufgrund des steigenden Rentenzugangsalters, somit würde ungünstigen Wachstumsaussichten entgegengewirkt. Im zweiten Fall würden die Kosten für den Faktor Arbeit relativ sinken. Dies führte dann zu weniger Beitrag und auch zur Verbesserung der Wettbewerbssituation.

Alle Maßnahmen, und das sei wünschenswert, würden zu geringeren Bei-

trägen zur Rentenkasse führen, als ohne Eingriffe zu erwarten wäre.

Mit der gewohnt wissenschaftlichen Zurückhaltung werden nun einige Bedenken geäußert:

Die Steigerung des Bundeszuschusses, finanziert über direkte Steuern, würde dem Beitragsentlastungseffekt entgegenwirken, und aufgrund prinzipiell progressiv wirkender Steuersätze wäre eine personelle Umverteilung der Einkommen zu erwarten.

Die Altersgrenze, so wird nahegelegt, sei nicht einfach höher zu setzen, sondern flexibel zu gestalten, denn was bei vollem Arbeitsmarkt wünschenswert sei, könne bei größerer Arbeitslosigkeit zu Mehrausgaben aus der Arbeitslosenkasse führen.

Es folgt dann der zarte Hinweis der Wissenschaft, daß Zahlung von Rentenbeiträgen bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit entsprechend dem vorigen Bruttoeinkommen durch die jeweiligen Versicherungskassen keinen „Nettoeffekt“ habe.

Und schließlich wird zur Vorsicht gemahnt bei Änderungen in der Beamtenversorgung: Positive Effekte für den Staatshaushalt würden „abgeschwächt durch die sinkenden verfügbaren Einkommen der Pensionäre“.

Rentenfinanzen

Durch die Maßnahmen betrüge der Beitragssatz im Jahr 2030 je nach „Szenario“ 26,1% bzw. 31,3 % vom Bruttoeinkommen. Man kann davon ausgehen, daß die Politik diesen von der Wissenschaft prognostizierten Beitrag für zu hoch hält und weitere Leistungseinschränkungen für nötig erachtet.

Quelle: Die gesetzliche RV vor dem Hintergrund langfristiger demographischer und ökonomischer Entwicklungen, eine Zusammenfassung des Prognos-Gutachtens, Die Angestelltenversicherung 6/87



Reaktionen auf AZO-Entwurf

Der Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes, von der Regierung im Mai im Bundesrat vorgelegt, erlaubt den Kapitalisten in bisher nicht gekanntem Maß die Ausdehnung der Arbeitszeit in die Nacht und ins Wochenende, die Anordnung von 10-Stunden-Schichten und ähnlicher Formen von Überarbeit. Dennoch ist er ihnen nicht „flexibel“

genug. BDA und Textilkapitalisten haben bereits weitere Möglichkeiten zur Anordnung von Sonntagsarbeit verlangt. Die BDA will zudem jede noch verbliebene gesetzliche Schranke für die Anordnung von regelmäßiger 10-Stunden-Arbeit beseitigt haben. Wie entwickelt sich der Widerstand in den Gewerkschaften gegen diese Arbeitszeit-Pläne von Regierung und Kapitalisten?

Algerien: 25 Jahre nach der Befreiung vom Kolonialismus

Eine der ersten Maßnahmen der algerischen Regierung nach der Vertreibung des französischen Imperialismus war die Beseitigung von ausländischem Eigentum am Boden. Auf den von Europäern verlassenen Gütern und Farmen wurde ein vom Staat geförderter Selbstverwaltungssektor gegründet, der heute über 20% der in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte beschäftigt und 70% der landwirtschaftlichen Produktion erwirtschaftet. Daneben besteht noch ein genossenschaftlicher Bereich. Im privaten Bereich besitzen Mittel- und Großbauern immerhin noch 17% des Bodens. Eine Agrarreform ab 1971 sollte die soziale Lage auf dem Land verbessern und die Selbstversorgung Algeriens erhöhen. Welche Fortschritte konnten dabei erreicht werden?



Kampf gegen Rationalisierung

Stillegungen, Rationalisierung und Lohnsenkung – seit Jahren sind die Stahlbelegschaften in der BRD heftigen Angriffen ausgesetzt. Allein im Ruhrgebiet haben Thyssen, Hoesch, Mannesmann und Krupp seit 1975 70000 Beschäftigte „abgebaut“, weitere 20000 bis 30000 sollen in den nächsten Jahren folgen. Trotz großer De-

monstrationen, Arbeitsniederlegungen und anderer Aktionen ist unübersehbar, daß die Stahlkonzerne ihre Gangart noch verschärfen wollen. Wie entwickelt sich der Widerstand dagegen? Was wird in den Belegschaften und in der IG Metall diskutiert? Wie werden die Perspektiven des Kampfes gesehen? Diese Fragen sollen in einem Interview mit einem Stahl-Betriebsrat erörtert werden.

Ausländerwahlrecht

Notfalls wolle sie mit einer Verfassungsklage gegen die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer in Hamburg einschreiten, hat die CDU verlauten lassen, nachdem SPD und FDP verkündet hatten, sie berieten über die Einführung eines solchen kommunalen Wahlrechts. Inzwischen hat die Auseinandersetzung Kreise gezogen: Die SPD will nun angeblich auch in Bremen und Schleswig-Holstein die Einführung eines kommunalen Wahlrechts betreiben. Der sozialliberale Dreh: SPD und FDP wollen ein – äußerst beschränktes – Wahlrecht für *EG-Ausländer*. Die Rechtlosigkeit aller nicht aus EG-Staaten stammenden ausländischen Arbeiter – Türken, Jugoslawen usw. – würde bekräftigt.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel. 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie –

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront**. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Leichenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Comides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58 Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elieghausen, Wolfgang Müller, für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux, für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP